Donnerstag, 25. August 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 197 - 34.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

„DDR" beugt sich dem Markt: Die Bedeutung des Milliarden-Kredites an Ost-Berlin liegt langfristig in dem Eingehen der kommunistischen Regierung auf die Regeln des „kapitalistischen" Marktes zur Behebung akuter Finanzschwierigkeiten, erklärt der CSU-Vorsitzende Ministerpräsident Strauß in einem WELT-Interview. (S. 1)

Doppelbeschluß durchsetzen: Bundeskanzler Kohl bekräftigt im Kabinett seinen Willen, den NATO-Doppelbeschluß durchzusetzen und sich nicht dem Druck der „Straße" zu beugen. (S. 8)

Leo 2 für Schweiz: Regierung in Bern entscheidet sich für den Ankauf des deutschen Kampfpanzers Leopard 2 anstelle des Mitbewerbers M-1 aus USA. Die Schweiz will 420 Panzer für 4,5 Milliarden Franken kaufen. (S. 1)

Mubarak: Ägyptens Präsident hat zum ersten Mal seit einem Jahr wieder einen israelischen Minister empfangen. Er konferierte mit Energieminister Modai.

Bush nach Rumänien: US-Vizepräsident besucht Mitte September Bukarest, meldet Agerpres.

Hardek wird verhört: Der Führungsfunktionär der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc", Hardek, hat sich den polnischen Behörden „gestellt". Er wurde von einem Militärstaatsanwalt verhört. (S. 8)

Gute Beziehungen: Staatsminister Mertes hebt in einer Analyse zum Kohl-Besuch den guten Stand der Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem hervor.

Bahr bei Honecker: Der SED-Chef hat den SPD-Politiker in Ost-Berlin empfangen. Zuvor hatte Bahr mit ZK-Sekretär Axen über Rüstungsfragen gesprochen. Der CDU-Abrüstungsexperte Todenhöfer forderte Bahr auf, in seinen Gesprächen eine „freie" innerdeutsche Grenze als Beitrag zur Abrüstung zu verlangen.

Awacs verlassen Tschad: USA wollen ihre Frühwarnflugzeuge aus Tschad zurückziehen, weil Frankreich inzwischen Flugzeuge entsandt hat und libysche Truppenbewegungen beobachtet werden können. Wieder Feuergefechte im Norden. Paris hofft weiter auf Verhandlungslösung. (S. 2)

Seemann aus „DDR" geflüchtet: Ein 18jähriger Seemann ist bei der Passage seines Schiffes durch den Nord-Ostsee-Kanal in die Freiheit geflüchtet.

Heute: CDU-Präsidium berät über Mutterschaftsgeld. – US-Landwirtschaftsminister Block unterzeichnet in Moskau neues Getreideabkommen. – Zentralbankratsitzung; kreditpolitische Beschlüsse nicht erwartet. – CDU-Generalsekretär Geißler eröffnet Friedenskampagne der Union in Geilenkirchen. – Nationaler Protesttag der Opposition in Uruguay.

ZITAT DES TAGES



„Zum Schluß übergeben wir sonst einem sterbenden Volk konsolidierte Haushalte."

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einem WELT-Interview zu seiner Forderung, das Mutterschaftsgeld nicht zu kürzen. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Benzinpreis-Erhöhung: Hat sich nach Beobachtung des ADAC durchgesetzt; vier Pfennig für Benzin, zwei Pfennig für Diesel.

Innerdeutscher Handel: Zunahme im ersten Halbjahr auf 7,9 Milliarden DM; Lieferungen der Bundesrepublik plus 33, der „DDR" plus zwei Prozent. (S. 9)

Konjunktur: HWWA erwartet flache Aufstiegskurve einschließlich 1984; Ifo sieht Erholung ohne Beschleunigung; GfK etwas optimistischer; Privatbanken-Chef Schroeder-Hohenwarth errechnet einprozentiges Wachstum 1983. (S. 9)

Mittelstand: Bitte an Stoltenberg, mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau die letzten Zinserhöhungen zu „erörtern".

Rheinmetall: Umsatzzuwachs 1983 erwartet, 1982 Umsatzrückgang auf 2,372 Milliarden DM (2,413), Dividende weiter sechs DM je 50-Mark-Aktie. (S. 10)

Gruppe Kipp: 1982 Umsatzsteigerung um 12 Prozent auf 3,41 Milliarden DM; Massa-GmbH plus zwölf Prozent auf 2,8 Milliarden. (S. 10)

BMW: Neue Motorradgeneration mit wassergekühlten Vierzylinder-Reihenmotoren angekündigt; soll in Berlin gebaut werden.

Börse: Nach unsicherem Beginn bei fast allen Standardwerten Kurssteigerungen. Der Rentenmarkt blieb abwartend. WELT-Aktienindex 138,7 (138,6). Dollarmittelkurs 2,6423 (2,6169) Mark. Goldpreis pro Feinunze 424,00 (426,40) Dollar.

KULTUR

Kleinstkörper: Wissenschaftler des Stuttgarter Max-Planck-Instituts erforschten mit „Desy"-Synchrotonstrahlung erstmals die Struktur eines Kristalls von sechs Tausendstelmillimeter Kantenlänge. Bisher konnten nur zwanzigmal so große Objekte untersucht werden.

Wladimir Bukowski: Der russische Dissident und berühmte Schriftsteller, der aus den USA zur Vorstellung seines Buches „Dieser stechende Schmerz der Freiheit" nach Bonn kam, wurde von Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Kohl empfangen.

SPORT

Doping: 13 Leichtathleten aus den USA haben Caracas Hals über Kopf verlassen und starten nicht bei den panamerikanischen Spielen. Es wird vermutet, sie seien vor den Dopingkontrollen geflüchtet.

Hockey: Die deutsche Mannschaft verlor bei der Europameisterschaft ihr letztes Gruppenspiel gegen Spanien mit 2:4 und trifft morgen im Halbfinale auf Holland, das die Titelkämpfe veranstaltet. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Totenvögel: Tödliche Angriffe von Raben auf weidende Rinder wurden von kanadischen Wissenschaftlern bestätigt. (S. 14)

Acht Unfalltote: Fünf Kinder und drei Erwachsene starben auf der Autobahn Köln–Aachen bei einem Auffahrunfall, der durch eine Reifenpanne entstand.

Wetter: Nach zögernder Dunstauflösung heiter; im Bergland Quellwolken. Bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß: Die Wende nimmt nicht auf allen Gebieten Gestalt an

Er vermißt sie in der Ost-, Deutschland- und Rechtspolitik / WELT-Interview

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß vermißt noch ein operatives Konzept der Bundesregierung für die Deutschland- und Ostpolitik. In einem WELT-Interview sagte Strauß, bei den Koalitionsverhandlungen seien zwar die Umrisse erörtert worden, aber das Konzept habe „noch keine Gestalt gewonnen". Strauß rechtfertigte den Milliarden-Kredit an die „DDR". Mit Bundeskanzler Kohl sei er der Meinung, daß sich damit die „DDR" als erstes Land im Ostblock den Spielregeln des „kapitalistischen" Kapitalmarktes füge. Aber auch humanitäre Überlegungen seien dabei aus der Sicht Bonns eingeflossen. Mit Strauß sprachen Wilfried Hertz-Eichenrode und Manfred Schell.

WELT: Herr Ministerpräsident, Sie haben von der Wende bis in das Jahr 2000 gesprochen. Was soll das in der Ostpolitik bedeuten?

Strauß: Die Begriffe „Wende" oder „Kontinuität" sind politische Stilbegriffe, die mit Inhalt gefüllt werden müssen. Die Wende ist eingeleitet worden auf den Gebieten der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Ihre Ziele sind Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, Abbau der Arbeitslosigkeit auf ein normales und erträgliches Maß, Wiedergewinnung von Wachstum und Wiederherbeiführung einer Leistungsgesinnung, das heißt Abbau einer von der liberal-sozialistischen Koalition herbeigeführten verderblichen Mentalität, daß Arbeit Fluch des Lebens und Freizeit Vorgriff auf das Paradies sei.

WELT: Wo sehen Sie noch die Wende?

Strauß: Auf anderen Gebieten ist die Frage Wende oder Kontinuität sorgsam zu prüfen, zum Beispiel: Gibt es eine Wende in der Rechtspolitik? Ich beantworte diese Frage mit Nein. Hier gibt es leider nur Korrekturen; aber als erfahrener Politiker weiß ich, daß Koalitionen Kompromisse erfordern und daß deshalb eine reine Wende gegen einen Partner, der ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung und Mitschuld an den zu ändernden Zuständen hat, nicht in der gewünschten Weise hergeführt werden kann.

WELT: Was wäre die Wende in der Rechtspolitik?

Strauß: Die Wende in der Rechtspolitik wäre eine klare Fassung des Tatbestandes des Landfriedensbruchs mit greifbaren Tatbeständen für Polizei und Justiz, das heißt: Strafbarkeit der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration; Strafbarkeit der Teilnahme an einer gewalttätigen Demonstration; ein Verbot der Vermummung; ein Verbot der passiven Bewaffnung und anderes. Eine Wende auf dem Gebiet des Abtreibungsparagraphen ist weder beabsichtigt noch angestrebt, wohl aber an der Praxis. Das heißt keine Änderung des Paragraphen 218, aber eine umfassende moralische Neubesinnung auf die ethischen und biologischen Grundlagen unseres Volkes für den Rest dieses Jahrhunderts und für kommende Generationen. Das schließt auch eine Änderung des generativen Verhaltens der Bevölkerung ein.

WELT: Was meinen Sie konkret?

Strauß: Wir brauchen wieder mehr junge Väter und junge Mütter; wir brauchen einen Nachwuchs, der den biologischen Bestand unseres Volkes hebt. Wir brauchen eine breite Basis unserer Bevölkerungspyramide, die gewährleistet, daß die Renten und Pensionen auch in Zukunft noch durch Beiträge und Steuern überhaupt finanziert werden können. Der Trend zum sterbenden Volke muß angehalten und wieder in die gegenteilige Richtung mit einem vernünftigen Ergebnis umgekehrt werden. Auf dem Gebiete der Rechtspolitik halten wir ferner eine Änderung des Ehescheidungsfolgenrechts für dringlich geboten.

WELT: Wende in der Deutschlandpolitik?

Strauß: In der Deutschlandpolitik kann es keine Wende geben, die zu der Zeit vor Oktober 1969 zurückführt – in der Deutschlandpolitik wie überhaupt in der Ostpolitik. Das liegt an der liberal-sozialistischen Koalition und an ihren führenden Persönlichkeiten Brandt/Scheel, später Schmidt/Genscher. Der damalige Bundeskanzler in spe hatte einen ungeheuren Fehler begangen, als er noch vor seiner Wahl von seinem Pressesprecher Ahlers erklären ließ, die neue Regierung gehe von der Tatsache zweier deutscher Staaten aus. Ich bin nicht so vermessen, zu behaupten, daß die Tatsache zweier deutscher Staaten hätte verhindert

■ Fortsetzung Seite 4

DER KOMMENTAR

Rufer in der Wüste

Von PETER GILLIES

Pervers nennt es der Präsident des Bundeskartellamtes, wenn der Staat fußkranke Unternehmen mit Steuergeld auf Dauer über Wasser hält. Denn damit verfälsche er den Wettbewerb, statt Leistung und Innovation zu fördern. Die Feststellung von Wolfgang Kartte ist richtig und wacker, aber leider hört den Rufer aus der Wüste niemand.

Die Mahnung, daß der Strukturwandel nur marktwirtschaftlich bewältigt werden kann, ist auch der neuen Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben. Der Wahn, man könne mit Dauersubventionen auch Dauerarbeitsplätze erhalten, erfreut sich unverändert großen Zuspruchs.

Dabei ist vielfach bewiesen, daß derartige Eingriffe zugunsten einer Firma oder Branche andere, noch wettbewerbsfähige Unternehmen und deren Arbeitsplätze gefährden. Doping per Subvention macht die Fußkranken nicht gesund, andere Gesunde aber krank. „Im Prinzip" ist dieser Zusammenhang den meisten Politikern geläufig. Aber wenn dann Gewerkschaft, Unternehmensleitung, Betriebs- und Landräte einträchtig öffentliche Gelder begehren, werden ihre Knie aus sogenannten übergeordneten Gründen weich. Durch Belohnung von Unwirtschaftlichkeit erkaufen sie sich dann doch wieder eine (trügerische) Ruhe.

Einst traten „Reformer" mit dem Ziel an, den „öffentlichen Korridor" auszuweiten. Sie haben ihr Ziel vorfristig erreicht: Aus dem Korridor ist ein Ballsaal geworden; denn der Staat beherrscht bereits mehr als die Hälfte des Sozialprodukts. Nur aus dem privaten „Rest" kommen jedoch Wohlstand, Wachstum und rentable Arbeitsplätze.

Die Privatisierung von staatlichen Unternehmen ist ein Weg, Subventionsstraffung, Steuer- und Abgabensenkungen sind weitere Wege. In allen Bereichen steht die Bundesregierung in der Pflicht, ihren prinzipiellen Bekundungen auch Konkretes folgen zu lassen. Der Prozeß fortzeugender Staatsausweitung muß endlich unterbrochen werden.

Wenn es nicht gelingt, das Risiko statt der Beharrung, die Investition statt des Konsums zu belohnen, werden die Gefilde der Vollbeschäftigung nie erreicht. Dieser Strukturwandel ist schmerzfrei nicht zu haben. Wer das Gegenteil behauptet, erliegt einem törichten Populismus. Verbal wird einstweilen das marktwirtschaftliche Prinzip weiter hochgehalten – aber doch nicht so hoch, daß sich niemand heranwagt.

Worms: CDU einig in Wirtschaftsfragen

Der stellvertretende Bundesvorsitzende bestreitet Kontroverse um Albrecht-Papier

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Bernhard Worms hat gestern gegenüber der WELT betont, es gebe keinen Streit in der CDU-Spitze auf dem Feld der Wirtschaftspolitik. Er wisse sich mit allen Beteiligten einig, daß die Bundesregierung in Bonn keine Flickschusterei mit Ausgabenprogrammen betreiben dürfe, sondern nach Jahren der SPD-Schuldenpolitik die Konsolidierung des Haushalts vorrangig betreiben müsse. Er wandte sich scharf dagegen, daß „in meine Partei Dinge hineininterpretiert werden, die es gar nicht gibt".

Anlaß zu dieser Kritik gaben ihm Veröffentlichungen, nach denen der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht auf der heutigen CDU-Präsidiumssitzung in Bonn mit einer geharnischten Kritik an Bundeskanzler Helmut Kohl aufwarten wolle. In Vorbereitung dazu habe er allen Kollegen ein vertrauliches Zehn-Punkte-Papier über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und über die Wirtschaftspolitik geschickt.

Worms stellt nun fest, dieses Papier sei ein Teil der Aufträge, die Bundeskanzler Helmut Kohl an verschiedene Präsidiumsmitglieder bei der letzten Sitzung im Mai vergeben hätte. So habe er selbst die Aufgabe übernommen, sich über Sinn und Arbeitsweise der sogenannten Interparlamentarischen Arbeitsgruppe (IPA) Gedanken zu machen. Kollege Lothar Späth etwa, der baden-württembergische Ministerpräsident, sei die Arbeit zugefallen, sich vor allem mit dem Gebiet der Inneren Sicherheit zu beschäftigen.

Worms, der Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag ist, bekräftigte seine Ansicht, daß die Union mit dieser Arbeitsteilung zu vernünftigen und machbaren Lösungen auf verschiedenen Feldern der Politik komme. Er sagte: „Eine diskutierende Partei wie die CDU muß darüber hinaus auch Wege aufzeigen dürfen, über die wir diskutieren müssen, um das Beste zu erreichen."

Unstreitig sei die These von Albrecht, daß sich der psychologische Aufschwung in der Wirtschaft nach Regierungsübernahme durch die CDU und nach dem Sieg der Union bei der Bundestagswahl dann erschöpfe, wenn die Regierung in Bonn keine flankierenden Maßnahmen ergreife.

„Staatsmittel für marode Konzerne kürzen"

dpa, Frankfurt

Das Bundeskartellamt sieht in der derzeitigen Wirtschaftslage seine Hauptaufgabe darin, dafür zu sorgen, daß der Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft marktwirtschaftlich bewältigt werden kann. Es gehe darum, eine möglichst große Zahl selbständig agierender Unternehmen und eine möglichst große Vielfalt auf den Märkten sicherzustellen, sagte Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte in Frankfurt.

Kartte hält eine Umkehr in der Steuer- und Beihilfenpolitik für dringend erforderlich. Diese müsse Leistung und Innovation fördern und nicht einen Großteil der verfügbaren Staatsmittel für kränkelnde Großunternehmen einsetzen. Die Probleme von Kohle, Stahl und Werften seien nur durch Stillegungen lösbar. Wenn Subventionen von maroden Unternehmen gar zu Preisunterbietungen gegen kleinere, aber wettbewerbsfähige Konkurrenten eingesetzt würden, „so pervertiert dies das gesamte System", sagte Kartte. Einige Märkte seien auch durch Staatsunternehmen verfälscht. Deshalb sei die angelaufene Diskussion über eine Privatisierung höchst notwendig.

Das schwierigste Problem für das Kartellamt stelle heute die durch den rasanten Konzentrationsprozeß im Handel gewachsene Nachfragemacht des Handels gegenüber der Industrie dar. Kartte kündigte an, sein Amt werde hier sowohl Fusionsfälle wie auch die Frage der Bildung von Einkaufskontoren und die Verkäufe „unter Einstandspreisen" in Testverfahren vor die Gerichte bringen.

Bukowski lobt Bonn für klare Linie

hey, Bonn

Sowjetische Propaganda-Experten haben Mitte der 70er Jahre zur Begründung der massiven Aufrüstung die These entwickelt, die Sowjetunion müsse sich vor einer angeblichen westlichen Bedrohung und Einkreisung schützen. Sie haben diese Behauptung „mit großem Geschick in die westliche Öffentlichkeit lanciert" und gleichzeitig eine „künstliche Atmosphäre der Furcht" erzeugt, um der eigenen Bevölkerung noch mehr Opfer aufbürden zu können. Das hat der sowjetische Regimegegner Wladimir Bukowski, der gestern von Bundespräsident Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn empfangen wurde, vor Journalisten erklärt.

Der Westen müsse seine Verteidigungsfähigkeit sowohl im nuklearen als auch im konventionellen Bereich verstärken, damit die Sowjetunion bei den INF-Verhandlungen zu einem Kompromiß bereit ist.

Der sowjetische Regimegegner, der die ehemalige Bundesregierung wegen ihrer Entspannungspolitik kritisiert hatte, sieht sich durch den von Kohl auch in Moskau demonstrierten Kurs „ermutigt". Bonn zeige jetzt eine klarere Linie bei den Ost-West-Beziehungen.

Für das nächste Jahrzehnt erwarte er, sagte Bukowski, daß in seiner Heimat eine Verarmung der Bevölkerung eintreten wird: „Die 90er Jahre werden vor allem zu industriellen Unruhen führen."

Gleichzeitig warf Bukowski Moskau vor, subversiv in Pakistan tätig zu sein. Ziel der Sowjetunion sei es, den Persischen Golf zu kontrollieren.

Schweiz hat sich für Leo 2 entschieden

Gesamtbedarf 420 Panzer / Die meisten werden in Lizenz nachgebaut / USA unterlegen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die sich schon im Juni abzeichnende Entscheidung der Schweiz zum Erwerb des deutschen Panzers „Leopard 2" ist gestern von der Berner Regierung offiziell verkündet worden. Damit gelang es den Deutschen, sich gegen starke amerikanische Konkurrenz, die den Panzer „M 1" anbot, durchzusetzen.

Die Entscheidung des Berner Bundesrates, deren Bestätigung im Parlament als sicher gilt, sieht vor, in einer ersten Tranche 210 von insgesamt 420 Leopard-2-Panzern für das Schweizer Bundesheer zu beschaffen. Dafür ist ein Finanzbedarf von 2,5 Milliarden Schweizer Franken (rund 3,05 Milliarden Mark) vorgesehen. Die ersten 35 Panzer der ersten Tranche werden beim deutschen Hersteller, Krauss-Maffei, von der Schweiz gekauft, die weiteren 175 im Lande selbst in Lizenz nachgebaut.

Für den Bau der Produktionsanlagen in der Schweiz sind Kosten in Höhe von 100 Millionen Franken errechnet worden. Insgesamt rechnet man in Bern für die Beschaffung der 420 Panzer mit Kosten von mehr als 5,5 Milliarden Mark. Bis 1991 soll das Vorhaben abgewickelt sein.

Nach Darstellung des Berner Militärdepartements haben die rund einjährigen Erprobungen der beiden Konkurrenzmodelle ergeben, daß beide Typen „technisch hochstehende, den Anforderungen der neunziger Jahre gewachsene und miliztaugliche Waffensysteme" seien. Das US-Modell verfüge jedoch zur Zeit noch nicht über die im „Pflichtenheft" geforderte 120-mm-Kanone, seine apparative Gefechts-Ausstattung sei gegenwärtig zudem bescheidener als beim deutschen Mitbewerber. Im Panzerschutz sei das US-Modell dem deutschen allerdings überlegen.

In Bern wurde als wichtiges Element bei der Entscheidung zugunsten des deutschen Produkts die Frage des Lizensbaus in der Schweiz bezeichnet. Nur der Leopard 2 sei „mit vertretbaren Mehrkosten" in Lizenz zu bauen. Auch bei einer Koproduktion wäre der amerikanische Panzer dem Berner Verteidigungsministerium zufolge wesentlich teurer geworden als der deutsche bei einem Lizenzbau.

Die Neubeschaffung soll in den nächsten 15 Jahren die aus den fünfziger Jahren stammenden 300 britischen „Centurion"-Panzer und die 150 einheimischen „Panzer 61" der Schweizer Armee ersetzen. Die inzwischen ebenfalls veralteten rund 400 Kampfwagen des Schweizer Typs „Panzer 68" sollen als „Infanteriepanzer" in die „zweite Linie" zurückgezogen werden.

Mit weniger Gehalt Stellen sichern

Hamburger Initiative für öffentlichen Dienst soll bundesweite Diskussion auslösen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburgs sozialdemokratischer Senat bereitet sich auf eine Initiative im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vor, die noch zu massiven Auseinandersetzungen führen dürfte: In Gesprächen mit allen für den öffentlichen Dienst zuständigen Gewerkschaften will die Landesregierung eine Übereinkunft darüber erreichen, daß großen Gruppen von Staatsdienern die derzeitigen Einkünfte faktisch beschnitten werden. Ziel ist, Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst zu vermeiden und darüber hinaus aus dem insgesamt jeweils zur Verfügung stehenden „Personalblock" der Haushalte von Bund und Ländern – in Hamburg fast die Hälfte des Etats – mehr Beschäftigte als bisher zu besolden.

Federführend für dieses Projekt, mit dem der Senat eine bundesweite Diskussion in Gang bringen möchte, ist der Innensenator Alfons Pawelczyk, der in Hamburg auch für das Personalamt und damit für die rund 114 000 Bediensteten der Hansestadt politisch verantwortlich ist. Die Brisanz liegt in dem Umstand, daß eine – noch dazu von der SPD getragene – Landesregierung sich anschickt, bislang als Tabu geltende „Besitzstände" des öffentlichen Dienstes zur Diskussion zu stellen.

„Zurückgeschnitten" werden sollen unter anderem:

- Überstundenentgelte, die von nicht wenigen Staatsdienern bereits als eine Art normales Einkommen betrachtet würden;
- das Weihnachtsgeld in den höheren Besoldungsgruppen;
- die Verdienstmöglichkeiten aus Nebenbeschäftigungen, etwa für Lehrer, Richter und andere Berufszweige;
- Zuwendungen und Beihilfen dort, wo den Empfängern zumindest ein Teilverzicht und damit eine entsprechende Leistung aus eigener Tasche zugemutet werden kann.

Zu den Themen, über die Pawelczyk mit den Gewerkschaften sprechen will, gehört auch die Überlegung, in den Staatsdienst eintretende Mitarbeiter für eine gewisse Zeit auf der Grundlage von sogenannten „Zweidrittel"- oder „Dreiviertel"-Verträgen zu beschäftigen, also mit entsprechend reduzierten Bezügen.

Die Mitarbeiter im einfachen Dienst sollen nach den Vorstellungen Pawelczyks von solchen Maßnahmen ausgenommen werden, da für sie „die Belastungsgrenzen erreicht, zum Teil überschritten" seien. Zugleich bekräftigt der Innensenator jedoch seine Überzeugung: „Ich sehe aber Möglichkeiten der Beteiligung bei den Empfängern höherer Einkommen." Die Zumutbarkeit eines solchen „Solidarbeitrages" begründet Pawelczyk vor allem mit der Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gallische Empörung

Von Heinz Weissenberger

Der von Präsident Reagan angeordnete Abzug der erst vorige Woche nach Sudan entsandten Awacs-Radarflugzeuge hat in Paris sprachlose Verblüffung hervorgerufen. Von offizieller Seite wurde dazu bisher kein Kommentar abgegeben. Der Abzug der zwei Awacs, der acht F 15 „Eagle" und der zwei KC-10-Tankflugzeuge, die die Amerikaner abgestellt hatten, soll am Freitag beendet sein.

Die amerikanische Geste, dem französischen Expeditionskorps in Tschad mit den Awacs zu Hilfe zu kommen, artet immer mehr in eine amerikanisch-französische diplomatische Tragikomödie aus – wenn sie nicht sogar zu einem Casus belli zwischen Reagan und Mitterrand wird.

Erst erklärte sich Mitterrand „empört" darüber, daß er die Entsendung der Awacs erst aus der Zeitung erfahren habe. Dann erklärten hohe amerikanische Regierungsbeamte, die Awacs seien von den Franzosen angefordert und nach „Konsultationen auf höchster Ebene" nach Sudan geschickt worden.

Jetzt schäumte die Tageszeitung „Le Matin", die als das inoffizielle Sprachrohr der Sozialistischen Partei Mitterrands gilt, über den Abzug der US-Maschinen. „Welches Spiel spielt Reagan eigentlich?" hieß es in einem Leitartikel der Zeitung.

„Mit dem Abzug der Awacs läßt Reagan die französische Luftwaffe in Tschad (zwölf Maschinen) allein gegenüber der von Tripolis (70 Mirages und Dutzende von MiGs). Wenn Khadhafi seine Mirages oder MiGs näher an N'Djamena heranschickt, befände sich das französische Lager in Tschad in flagranter Unterlegenheit. Die französische Armee rechnete auf das ‚Auge Reagans'. Indem er dieses Auge schließt, macht Reagan seinem größten Feind, Khadhafi, ein geradezu königliches Geschenk."

Also: erst ist man in Paris „empört", weil Reagan die Awacs schickt, und dann ist man „empört", wenn er sie wieder abzieht. Die Amerikaner sollen helfen, aber man will keinesfalls dastehen, als hätten einem die Amerikaner geholfen. Das sind die Verbündeten, für die notfalls amerikanische Menschenleben eingesetzt werden sollen. Welches Spiel, so möchte man in Abwandlung des „Matin"-Aufschreis fragen, spielt eigentlich Mitterrand? Die Antwort fällt nicht schwer: ein kindisches. Es ist gut, wenn die Amerikaner ihn lehren – und alle Europäer mit ihm – daß sie sich nicht jedes Theater bieten lassen.

Umfragliches

Von Enno v. Loewenstern

Mit Umfragen läßt sich trefflich Einfluß nehmen. Seit einiger Zeit geistern Gerüchte durchs Land, Umfragen hätten bewiesen, „daß eine Mehrheit gegen die Nachrüstung ist". Daß, also, die Regierung „gegen den Willen der Mehrheit handelt" und mithin „Widerstand gerechtfertigt" sei.

Die Regierung ist freilich auf der Geschäftsgrundlage gewählt worden, daß sie nachrüstet, falls die Sowjets nicht abrüsten. Vogel, der Nicht-Nachrüstung versprach – aber wohlweislich nur durch die Blume, nicht etwa offen und ehrlich – verlor die Wahl klar. Das müßten also schon recht eindrucksvolle Umfragen sein, wenn man auf einen Umschwung der Wählermeinung schließen wollte.

Was liegt tatsächlich vor? Erstens eine Umfrage aus Schmidts letzten Tagen mit der verlogenen Unterstellung, daß die Amerikaner in Genf „nicht ernsthaft" verhandelten. Für diesen Fall war eine Mehrheit gegen die Nachrüstung. Und nun erfährt man von einer Umfrage der „Forschungsgruppe Wahlen", die ihre Fragestellung erst gar nicht verrät, die ihre Schräglage aber auch deutlich zeigt: „Für den Fall", daß es in Genf zu keiner Einigung komme, solle weiterverhandelt und nicht nachgerüstet werden, sage die Mehrheit.

Also auch schlau am Thema vorbeigefragt. Nun wollen die Amerikaner eine Umfrage in Auftrag geben – hoffentlich diesmal mit ein paar Fragen zur Sache, die den Befragten klarmachen, um was es geht. Etwa: Wenn die Sowjets ihre SS 20 nicht abrüsten, sollen wir das einfach hinnehmen? Falls die Amerikaner ihre Truppen in Europa dann gefährdet sehen: Sollen sie abziehen, soll die NATO aufgelöst werden, soll Europa sich der sowjetischen Übermacht unterwerfen? Oder meint man, daß Egon Bahr, Gerd Bastian und Franz Alt, quer über die Autobahnen gelegt, die sowjetischen Panzer am Vorrücken hindern werden?

Gewiß hat Bahr mit seiner konsequent wiederholten Legende, daß die Amerikaner in Genf „nicht ernsthaft" verhandeln, zielbewußt für viel Verwirrung gesorgt. Aber noch jede Umfrage, die von ernstzunehmenden Instituten unternommen wurde, zeigt eine haushohe Mehrheit für den Verbleib in der NATO. Hier müssen die Fragen ansetzen, dann ist die Klarheit bald genug wiederhergestellt.

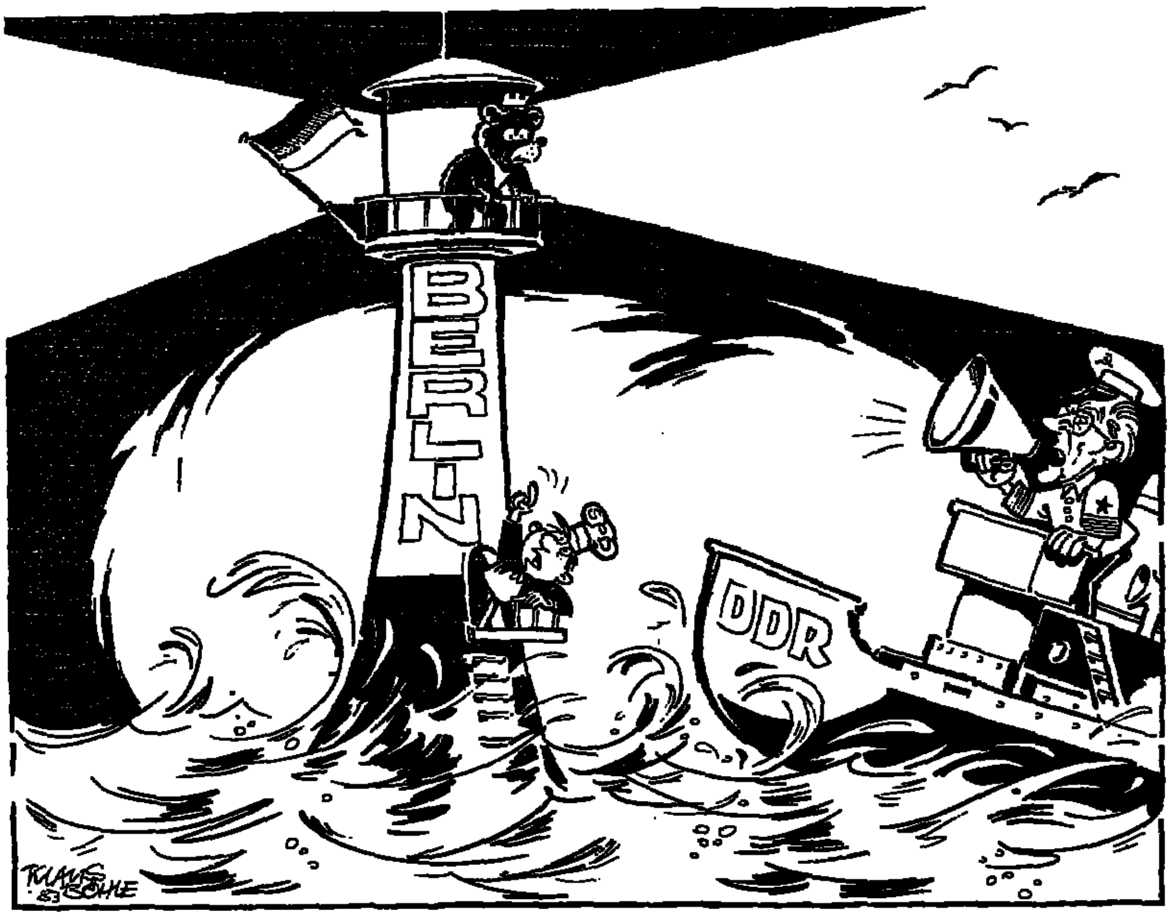
Generale links und rechts

Von Astaf Domberg

Die Aufforderung der Untergrundgewerkschaft „Solidarität" zu einem landesweiten Bummelstreik in Polen leitet eine neue Kraftprobe zwischen dem Regime Jaruzelski und jenen Gruppen der polnischen Gesellschaft ein, die vor drei Jahren, im August 1980, für die Dauer von 16 Monaten die Gewerkschaftsfreiheit erkämpften. Manches spricht allerdings dafür, daß der Streik keine scharfe Waffe mehr ist, sobald das Regime zum Äußersten entschlossen scheint – und die gewerkschaftliche Organisation nicht mehr normal funktionieren kann.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß sich der kommunistische General Jaruzelski in Polen zu derselben Zeit konsolidiert, während der antikommunistische General Pinochet in Chile zu wackeln beginnt. Denn der „rechte" General im fernen Südamerika muß – so brutal er sonst auch sein mag – auf die öffentliche Meinung, auf die verbotenen Parteien, die Gewerkschaften, das Ausland und auf tausend andere Faktoren Rücksicht nehmen. Das Schicksal rechter Militärregime ist es – Gott sei Dank –, nach einer gewissen Weile zu ermüden und über die eigenen Fehler zu stolpern. Denn hinter Pinochet und seinesgleichen steht niemand.

Jaruzelski dagegen hat es besser. Er kann nicht stolpern, denn die Sowjetunion fängt ihn schon auf. Kommunistische Diktaturen haben folglich eine längere Lebensdauer als rechtsgerichtete Militärregime. In Europa sind in den letzten Jahren drei autoritäre Rechtsregime gestürzt und haben einer demokratischen Ordnung Platz gemacht: Griechenland, Spanien, Portugal. Aber kein einziges kommunistisches Land hat sich demokratisiert, geschweige denn „entkommunisiert". Das sollte denen zu denken geben, die wegen jedes eingesperrten Chilenen protestieren, aber schamhaft oder staatsmännisch schweigen, sobald es um das nahegelegene Polen geht. Oder ist hier etwa auch Angst im Spiele?



„Licht aus!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Spiel auf Kosten Berlins

Von Peter Philipps

Was ist das – Berlin? Eine lebendige, pulsierende, gefährdete Stadt, gut; aber: was ist es rechtlich? Im Viermächte-Abkommen vom 26. Juli 1945 heißt es: „Das Berliner Gebiet (unter welchem Ausdruck das Gebiet von Groß-Berlin, wie im Gesetz vom 27. April 1920 definiert, zu verstehen ist) wird gemeinsam von den bewaffneten Streitkräften der USA, Großbritanniens, der UdSSR und der Französischen Republik, die durch die betreffenden Oberkommandierenden dazu bestimmt werden, besetzt. Zu diesem Zweck wird das Gebiet von Groß-Berlin in vier Teile eingeteilt ... Eine interalliierte Regierungsbehörde (Kommandantura) ... wird gegründet, um gemeinsam die Verwaltung des Gebiets von Groß-Berlin zu führen." Auf diese und andere einschlägige Abkommen haben sich später die Botschaften der vier Siegermächte bezogen, als sie im Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 festschrieben: „Die vier Regierungen stimmen darin überein, daß ungeachtet der Unterschiede in den Rechtsauffassungen die Lage, die sich in diesem Gebiet entwickelt hat, und wie sie in diesem Abkommen sowie in den anderen in diesem Abkommen genannten Vereinbarungen definiert ist, nicht einseitig verändert wird."

Dies alles waren Dinge, die bisher Politikern, die sich mit Berlin beschäftigten, eine Selbstverständlichkeit waren. Jede sprachliche Ungenauigkeit, jedes Infragestellen der von den vier Mächten zu garantierenden Einheit von Groß-Berlin, ist keine Läßlichkeit, sondern geht an die Substanz, greift die Argumentation der Sowjets und der SED auf, die immer wieder – bisher vergeblich – Anläufe unternommen haben, das Viermächte-Abkommen in seiner Gültigkeit auf die drei Westsektoren zu beschränken.

Ausgerechnet die Berliner SPD hat nun die gemeinsame Grundlage aller Berlin-Politik verlassen. In einem Vorstandspapier, das während einer Klausur-Tagung im Harz verabschiedet wurde (s. WELT v. 24. August), ist nur noch von der „Zukunft Berlins (West)" die Rede. Die Stadt als Ganzes kommt nicht vor. Im Gegenteil: Es wird sogar von dem „Engagement der Amerikaner, ganz besonders in Berlin (West)" gesprochen.

Was sich hier manifestiert, ist die Denkschule, die Willy Brandts Berater Günter Gaus in Berlin eingeführt hat. Bei den Diskussionen in Bad Lauterberg hat Harry Ristock, der designierte SPD-Spitzenkandidat für die nächste Berliner Wahl, nicht korrigierend eingegriffen.

Und diese Wahl in zwei Jahren muß man hier im Auge behalten. Denn in dem oben bereits erwähnten Diskussionspapier, das der Harz-Tagung zugrunde lag, wird deutlich gemacht, daß auch im sensiblen Bereich der Deutschland-Politik die Anhänger der Grünen angesprochen werden sollen, um Wählermehrheiten zu bekommen.

Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, daß nach dem Rücktritt des Stobbe-Senats vor zwei Jahren die „rechte" Mehrheit in der Berliner SPD sich selbst zerschlagen hat und eine zweite und dritte Garnitur die Führung übernahm. Einige Mitglieder der Reservebank spannen anschließend Fäden nach Ost-Berlin, in denen sich offensichtlich auch ihr Denken inzwischen verheddert hat.

So heißt es in dem Diskussionspapier, daß man damit aufhören müsse, „auch nur den Anschein zu erwecken, als seien unsere Rechtspositionen in den Bestand der DDR zielende Ansprüche". Doch genau dies müssen sie sein, solange die Präambel des Grundgesetzes und die Existenz Berlins eine Bedeutung haben sollen. Denn solange die Bundesrepublik



Erfinder des Anbiederungspapiers an den Kurs der Alternativen: Der frühere Bundessenator Gerhard Heimann FOTO: KLAUS MEHNER

Deutschland und die „DDR" existieren, kann das Ziel nicht erreicht sein, die „Einheit in Freiheit zu vollenden".

Der Minister für innerdeutsche Angelegenheiten, Heinrich Windelen, hat dieser Tage klargestellt, daß die neue Bundesregierung nicht daran denkt, die deutschen Interessen in einen Gegensatz zur Bündnisverpflichtung zu stellen. In der Berliner SPD hingegen wird darüber nachgedacht, die „Spielräume für operative deutsch-deutsche Politik ständig zu erweitern", indem man beispielsweise zum „Rückzug sämtlicher Atomwaffen auf das Gebiet der atomwaffenproduzierenden Staaten" kommt. Damit wäre Westeuropa schutzlos den sowjetischen SS 20 ausgeliefert, und für die USA hieße es: Ami, go home. Daß gleich auch die Erfüllung der Geraer Forderungen Honeckers – u. a. nach der Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft – mitempfohlen wird, verwundert da kaum noch.

Die Gefährlichkeit dessen, was da in den Köpfen eines großen Teils der Berliner SPD-Führung herumspukt, wird eigentlich nur durch eines gemildert: Mangels Regierungsmacht kann dies alles in absehbarer Zeit nicht umgesetzt werden. Jedenfalls noch nicht, so lange nicht, wie diese Partei von der Regierung ferngehalten wird. Doch dies entbindet den Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker nicht von der Pflicht, morgen im Abgeordnetenhaus die Berliner Positionen nachdrücklich geradezurücken. Dazu gehört unter diesen Umständen vielleicht doch ein Hinweis auf eine Tatsache, über die man nicht gern redet: Berlin ist sozusagen Besatzungsgebiet; die Souveränität wird von den Alliierten ausgeübt. Aber das heißt nicht, daß die Amerikaner die Berliner gegen ihren Willen schützen müssen. Die SPD hat sich in der Tradition von Brandts gefährlichem Wort vom „Formelkram" entwickelt. Man ist sehr weit gegangen in leichtfertigen Abmachungen über Gebiete, die unter fremder Verwaltung stehen. Nun aber geht es an einen Teil des freien Deutschland. Falls die SPD das für ein harmloses Glasperlenspiel halten sollte nach dem Motto, daß man die Amis getrost treten und dennoch auf ihren Schutz hoffen kann: es ist keines.

IM GESPRÄCH John G. Tower

Ein Mann der Stärke geht

Von Thomas Kielinger

Ich will die strategischen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten nicht unter dem Blickwinkel der politischen Mutlosigkeit von linken Parteien in Europa betrachten." – „Die Wahl Reagans hat gezeigt, daß Amerika mit der ewigen Büßerhaltung fertig ist. Die Leute meinen immer noch, man könne uns herumstoßen und dann unsere Unterstützung wie ein Lösegeld einfordern."

Der das sagte, Senator John Goodwin Tower von Texas, will nun aus der aktiven Politik ausscheiden. Oder zumindest: Er will seinen Senatssitz im Wahljahr 1984 nicht verteidigen. Die Nachricht traf seine Parteifreunde wie ein Schock, denn Tower gehört zu den angesehensten Köpfen im amerikanischen Senat – und zu seinen besten außenpolitischen Sachverständigen, wie nicht nur die zitierten Äußerungen belegen. Als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Senats hat John Tower an entscheidender Stelle den Wiederaufbau der militärischen Stärke Amerikas mitbetrieben.

Seinen Rang im Senat verdankte Tower nicht allein seiner Anciennität – er ist Senator seit 1961, dem Jahr der Kennedy-Wahl –, oder dem Gewicht seines riesigen und reichen Staates, sondern vor allem seiner Persönlichkeit. John Tower ist nicht der Mann irgendwelcher Interessen, auch wenn kein amerikanischer Politiker völlig ohne Rücksicht auf Lobbygruppen Politik machen kann; John Tower ist ein unabhängiger, kluger und kompetenter Kopf, der das Wiedererstarken Amerikas aus tiefster Überzeugung betrieb. Er hat das Versagen der Kennedy-Administration gegenüber Kuba im April 1961 und gegenüber der Sowjetunion im August 1961 erlebt, er hat erlebt, wie Moskau daraufhin die Entschlossenheit der USA durch Vorschieben von Raketen nach Kuba testete und wie daraus, aus dem Eindruck amerikanischer Schwäche, die schwerste



Weicht den „Hispanos": Senator Tower FOTO: VISUM

Krise der Nachkriegszeit erstand. Er hat Amerikas Versagen in Vietnam erlebt. Seine Überzeugung, daß nur ein starkes Amerika sich und den Frieden behaupten kann, ist unerschütterlich.

Niemand hat Carter bitterer kritisiert als Tower; es ist bezeichnend für ihn, daß er die Entwicklung eines Neutronensprengkopfes vor einigen Wochen mit der ausdrücklichen Maßgabe durchsetzte, die USA dürften die Einführung einer neuen Waffe nicht von der Zustimmung ihrer Verbündeten abhängig machen. Es ist keineswegs paradox, sondern nur zu treffend, wenn man bedauernd feststellt: Europa verliert einen seiner wichtigsten Freunde. Ob es ihn freilich ganz verliert, ist die Frage. Für Männer wie John Tower müßte in der Reagan-Administration immer ein Platz sein – und wie die Dinge liegen, erwartet kaum jemand, daß es keine zweite Regierung Reagan geben wird. Tower verzichtet, weil die spanischsprechende Minderheit in Texas immer einflußreicher wird; die Stimmen solcher Gruppen kommen der Demokratischen Partei zugute. Die Lücke im Senat wird schwer zu füllen sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Aachener Volkszeitung

Zu Umfragen über die Nachrüstung meint das Blatt:

Wie würden Sie entscheiden? Wenn in Genf die Verhandlungen nicht weiterkommen und im Herbst die Nachrüstung ansteht? Eines ist klar: Neue Raketen erfreuen keinen so richtig. Es kommt auf die Frage an. Oder besser: auf die Formulierung derselben. So ist trefflich Stimmung zu machen mit Wortwahl und Satzbau in Umfrage-Katalogen. Das ZDF hat die Bundesbürger ausforschen lassen, wie man denn zum zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses stehe. Rund drei Viertel sind gegen den Vollzug. Das sickerte durch. Nur die Fragestellung war nicht zu erfahren.

DARMSTÄDTER TAGEBLATT

Zur Nachrüstungsdiskussion befindet die Zeitung:

Wer eine Abrüstung will, die nicht die eigene Sicherheit und damit den Frieden gefährdet, der sollte nicht einseitigen Vorleistungen des Westens das Wort reden, sondern für einen gleichrangigen und gleichzeitigen Rüstungsabbau beider Seiten eintreten. Das Ziel muß sein, den Frieden mit immer weniger Waffen sicherer zu machen.

Kölner Stadt-Anzeiger

Zum Fall Hecker heißt es hier:

Eine Affäre wie diese hätte sich mit ein wenig mehr Bonner Routine zweifellos früher beenden, ja sogar geräuschlos begraben lassen. Nur wollen die Grünen eben dieser Routine sich ja nicht ergeben, sie wollen nichts unter den Teppich kehren, und das ist gewiß nicht der unsympathischste Zug der neuen Partei. Allerdings müssen sowohl Hecker wie seine Freunde sich darauf gefaßt machen, daß die Bredouille um so größer wird, je länger sie darüber diskutieren. Bemerkenswerte Wirkungen zeigen die Grünen schon jetzt. Die Fraktion, die einmal alle ihre Verhandlungen unter den Augen der Öffentlichkeit führen wollte, hat im Fall Hecker Stillschweigen verordnet. Wie sagte doch die grüne Abgeordnete Waltraud Schoppe: „Na ja, – der Glanz ist runter jetzt."

The Washington Post

Zur Lage in Tschad schreibt die Zeitung:

Glücklicherweise haben die Franzosen ihre Angelegenheiten in Ordnung gebracht. Sie haben in und um Tschad eine militärische Streitmacht aus Bodentruppen und Flugzeugen in Stellung gebracht, um damit die Hilfe auszugleichen, die Libyen den Rebellen gewährt. Es ist dem Vernehmen nach die größte französische Militäroperation in Afrika seit dem Krieg in Algerien. Mit der Einnahme der nördlichen Stadt Faya Largeau durch die Libyer ist in der Schlacht sowieso eine Pause eingetreten. Jetzt sind die Franzosen in der Lage, ihre erklärte Politik in Kraft treten zu lassen und zu versuchen, eine Verhandlungslösung zu erreichen. Oberst Khadhafis Dementi, daß seine Truppen in Tschad stehen, wird von französischen Offiziellen als etwas angesehen, das es ihm leichter macht, diese Truppen abzuziehen. Die US-Regierung steht den libyschen Absichten äußerst skeptisch gegenüber. Aber sie zeigt die Vernunft, sich zurückzuhalten und das Feld den Franzosen zu überlassen.

Anti-Papst, Anti-Kreisky – Österreichs Jusos im Aufwind

Eine Wiener Peinlichkeit und die Aussichten der SPÖ / Von Carl Gustaf Ströhm

Ist nun auch die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) von jener Krankheit befallen worden, an welcher ihre deutsche Schwesterpartei SPD bereits seit langem leidet und die man als „Lust am Untergang" diagnostizieren könnte? Einige Vorkommnisse am Vorabend des Papst-Besuchs in Wien scheinen darauf hinzudeuten. So lud die Parteijugend der SPÖ ausgerechnet für den Tag, an dem Papst Johannes Paul II. mit Zehntausenden von jungen Menschen einen Gottesdienst feiern wird, zu einer Parallelveranstaltung ein, die zunächst als „Anti-Papst-Festival" bezeichnet wurde. Unter den Rednern dieser Gegenveranstaltung wurde auch ein Mitglied der österreichischen Bundesregierung angekündigt: die für Frauenfragen im Kabinett Sinowatz zuständige Staatssekretärin Johanna Dohnal.

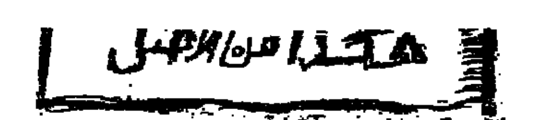
Damit kündigte sich eine groteske Situation an, die in mancher Hinsicht die Führungsschwäche der österreichischen Sozialisten in der Nach-Kreisky-Ära offenbar werden ließ: Während die sozialistisch geführte Wiener Regierung den Papst-Besuch in Österreich emphatisch begrüßte, während die sozialistisch beherrschte Stadt Wien alle Vorbereitungen für einen großartigen Empfang traf, scherten die österreichischen und vor allem die Wiener Jungsozialisten ins alte anti-klerikale und anti-papistische Fahrwasser aus. Erst nach einigem Hin und Her waren sie bereit, ihre Veranstaltung nicht mehr „Anti-Papst-Festival", sondern „nur" noch „Alternative zum Papst-Rummel" umzubenennen – was sachlich keinerlei Änderung der Juso-Position bedeutet, und verbal wahrlich auch nicht.

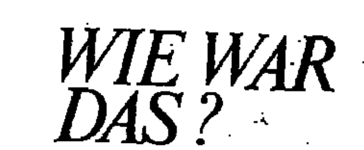
Erst nach erheblichem Durcheinander zog auch die sozialistische Frauen-Staatssekretärin ihre Zusage zurück. Sonst wäre es zu einer absurden Situation gekommen. Während die österreichische Bundesregierung den Papst einerseits am roten Teppich mit allen Ehren begrüßte, hätte sich knapp danach ein Mitglied dieser Regierung davongemacht, um an einer Kundgebung gegen den Gast teilzunehmen.

Dennoch ist die Affäre damit nicht ausgestanden. Die eher gewundenen Erklärungen, die zwei prominente Sozialisten zur Juso-Veranstaltung abgaben – Außenminister Erwin Lanc und der Wiener Bürgermeister Leopold Gratz kritisierten zwar den Zeitpunkt der geplanten Juso-Aktion, traten aber gleichzeitig für das Recht der Jungsozialisten ein, solch eine Veranstaltung abzuhalten – zeigen das Dilemma, in das die SPÖ seit Kreiskys Rücktritt geraten könnte: das Dilemma, sich entweder für die meist katholischen Wählermassen der Partei oder für die radikalen sozialistischen Ganz- und Halbjugendlichen entscheiden zu müssen.

Die ersteren, die große Masse auch der SPÖ-Anhänger, sehen im Papst-Besuch ein großes Ereignis, auch für ihr persönliches Seelenheil. Die letzteren attackieren den polnischen Papst, weil er gegen die marxistische „Volkskirche" in Lateinamerika Stellung bezieht, weil er angeblich den Kampf der „fortschrittlichen" Kräfte in Nicaragua und anderswo nicht unterstützt und weil er die Abtreibung nicht akzeptiert. Interessant ist dabei, daß die österreichischen Jusos über Polen oder die Unterdrükkung der Religion und der Menschenrechte in der benachbarten Tschechoslowakei in diesem Zusammenhang kein Wort verlieren. Die gleichen Wiener Jusos, die dem Papst „Komplizenschaft" mit Reaktionären in Lateinamerika vorwerfen, finden nichts dabei, demnächst mit KP-Aktivisten gemeinsam „für den Frieden" zu demonstrieren. Die ideologische Einäugigkeit ist also nicht auf den linken Flügel der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik beschränkt.

Um die Verwirrung vollzumachen, hat sich der ehemalige Bundeskanzler und Noch-Parteivorsitzende Kreisky zu Wort gemeldet und deutlich für die Jusos Partei ergriffen. Formal war das völlig in Ordnung. Kreisky hat nur gesagt, daß die jungen Leute das Recht zum Demonstrieren hätten und daß man sie doch lassen solle. Materiell aber wurde das natürlich als Ermutigung der jungen Leute verstanden, denn jedermann hat die Erzieherrolle noch in Erinnerung, die Kreisky in Zeiten seiner Macht und Herrlichkeit gegenüber den Jusos spielte. Die „Alternative zum Papst-Rummel" kann sehr wohl als „Alternative zum Kreisky-Rummel" verstanden werden – als Test, wie weit man unter der neuen SPÖ-Führung gehen kann. Jedenfalls hat Kreiskys jäher Ausbruch von Toleranz den österreichischen Bundeskanzler und künftigen SPÖ-Vorsitzenden Fred Sinowatz veranlaßt, auf die Vorgänge mit tiefem Schweigen zu reagieren. Besorgte SPÖ-Funktionäre sind freilich der Ansicht, dies alles werde die SPÖ bei den nächsten Wahlen viele Stimmen aus den katholischen und gemäßigten Reihen kosten. Es kann das Land allerdings auch ein Stück Stabilität kosten.







WIE WAR DAS?

Als sich bei Herstatt die Türen schlossen

Von WILM HERLYN

In die Stille vor dem Anpfiff des Fußball-Weltmeisterschaftspiels Deutschland gegen Jugoslawien beginnt in der Effektenhalle der Kölner Privatbank Herstatt der Fernschreiber zu rattern: „Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen in Berlin hat dem Institut die Erlaubnis zur Fortführung des Bankgeschäfts entzogen und die Abwicklung angeordnet." Wie fast die ganze Nation, sitzen auch die Herstatt-Mitarbeiter am 26. Juni 1974 vor dem Fernseher, als sie die Nachricht erhalten. Sie springen auf, schließen die Türen, verhängen die Fenster mit Gardinen und Jalousien.

Es ist 16 Uhr. Bleich und wortlos verläßt der persönlich haftende Gesellschafter Iwan David Herstatt das Haus, dem er seinen Namen gab, durch die Hintertür. Gigantische Devisenspekulationen hatten sein Institut in einen Verlust getrieben, der schließlich das Zehnfache des haftenden Kapitals erreichte: Bei einem Eigenkapital von 77 Millionen Mark verloren die Herstatt-Banker eine Milliarde Mark.

Die Nachricht macht blitzschnell die Runde. Weil bei der Bank niemand mehr das Telefon abnimmt, erkundigen sich besorgte Sparer bei den Kölner Zeitungen, was nun mit ihrem Geld sei. Am nächsten Morgen rotten sich knapp 200 Kunden vor der Bank zusammen. Ein junger Geschäftsmann winkt fassungslos mit zwei Schecks im Wert von 22 000 Mark, die er wegen des Fußballspiels am Vortag nicht eingelöst hatte. Die Polizisten haben Mühe, die aufgebrachte Menge zu beruhigen.

Personalchef Gerloff faßt sich ein Herz, tritt mit einem roten Megaphon vor den Eingang und klärt auf: „Spareinlagen bis 20 000 Mark werden auf jeden Fall zurückgezahlt, in Härtefällen sogar mehr." Das Geld kommt aus dem „Feuerwehr-Fonds" der deutschen Privatbanken, der zur Herstatt-Pleite 30 Millionen Mark umfaßt, später aber um 90 Millionen Mark aufgestockt werden mußte.

Erst allmählich wird bekannt, wer zu den Gläubigern zählt: Die Kirche, ein Sparverein vom Eros-Center, Professoren, Handwerker – 65 000 Personen. Der volle Bilanzverlust: 1,2 Milliarden Mark. Versicherungs-Konzernchef Hans Gerling, der Herstatt-Merheitsaktionär, muß rund die Hälfte seines Konzerns verkaufen und die Privatgläubiger auszahlen. Inzwischen macht sich Staatsanwalt Manfred Willems ans Werk und trägt Berge von Papier zur Anklageschrift für eine Serie von Prozessen zusammen. In diesem Papierwust wird er sich ein paar Jahre später wünschen: „Ich hätte so gerne noch einmal einen richtigen Mord."

Nun soll gegen die Hauptbeteiligten am 2. September das Urteil gesprochen werden. Ob die Justiz aber den wirklichen Tätern den Prozeß macht, wird allenthalben bezweifelt. Chef-Devisenhändler Dany Dattel ist wegen Krankheit der Anklage entzogen. Gegen Herstatt wird das Verfahren wegen drohenden Infarktrisikos eingestellt. Und auch Hans Gerling wird strafrechtlich nicht mehr belangt: Vor einem Jahr stellte der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren ein.

Der Hindernislauf zum Geld – Athleten in der Werbung

Die Leichtathleten und ihr Verband streiten sich. Es geht um Werbung und damit um Geld. Doch nicht die Sportler haben gegen Statuten verstoßen, sondern ihr Verband hat einen Werbevertrag geschlossen: ohne Wissen der Sportler, von denen einige nun fürchten, Probleme mit eigenen Verträgen zu bekommen.

Von KLAUS BLUME

„Wir rechnen mit Schwierigkeiten." Das sagte ein Sprecher der Deutschen Sporthilfe bereits im April im Gespräch mit der WELT. Jetzt sind diese Schwierigkeiten vorhanden. Konkret: Josef Neckermanns Sporthilfe und der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) liegen sich in den Haaren. Es geht dabei um einen Werbevertrag zwischen dem Schokoladenriegel-Hersteller Mars und der Leichtathletik Fördergesellschaft mbH, einer Vorschaltfirma des Verbandes.

Zur Vorgeschichte: Als das Internationale Olympische Komitee (IOC) seine Zulassungsregel 26 („Amateurparagraph") renovierte, wurde damit Athleten und Athletinnen erlaubt, künftig zu werben und damit Geld zu verdienen. Dieses Honorar muß aber auf Treuhandfonds festgelegt werden.

Ein Vertrag ohne Wissen der Athleten

Die hiesigen Fachverbände haben deshalb die Stiftung Deutsche Sporthilfe beauftragt, eine Förderungsgesellschaft zu gründen, die alle Werbemaßnahmen koordiniert. Der Deutsche Leichtathletik-Verband hat sich daran nicht gehalten, er hat vielmehr seinerseits einen Werbevertrag abgeschlossen und damit gegen die schriftlich festgelegten Vereinbarungen mit der Sporthilfe verstoßen.

Die Vereinbarung zwischen Mars und den Leichtathleten hat folgenden Wortlaut: „Die Leichtathletik Förder GmbH hat mit Mars vereinbart, daß Mars die Leichtathletik Förder GmbH mit einem Betrag in Höhe von DM 150 000,– unterstützt. Dieser Betrag wird in zwei Raten von je 75 000 Mark gezahlt. Die Leichtathletik Förder GmbH überläßt ihrerseits der Mars GmbH den ausschließlichen werblichen Einsatz folgender Disziplingruppen: Zehnkampf, Sprint männlich, Hochsprung männlich/weiblich, Hammerwurf, Siebenkampf, Mittelstrecke männlich/weiblich sowie Speerwurf männlich. Die Ausschließlichkeit der Werbung bezieht sich auf alle Waren und Produkte, die in allen Kanälen des Lebensmittelhandels vertrieben werden, das heißt einschließlich Lebens- und Genußmittel sowie Bedarfsgegenstände."

Das ist der Punkt, der Athleten und ebenso auch Manfred Pasenau, den Geschäftsführer der Sporthilfe-Förderungsgesellschaft, erregt. Denn dieser Vertrag ist am 10. Juni ohne Wissen der Athleten zustande gekommen. Er bindet nun die meisten von ihnen, keine individuelle Werbung für andere Produkte betreiben zu können.

Dem Mars-Vertrag wurde nämlich eine Liste von 45 Produkten beigefügt, für die nun die Athleten nicht mehr werben dürfen. Da gibt es zum Beispiel auch den Punkt „Sonstige Zuckerwaren". Hochsprung-Weltrekordlerin Ulrike Meyfarth und 5000-m-Europameister Thomas Wessinghage werben aber bereits für ein Traubenzucker-Erzeugnis. Was wird nun geschehen?

Unter der Rubrik „Persönlich, streng geheim" hat aber auch die Fördergesellschaft Deutsche Sporthilfe GmbH ein Papier erarbeitet, bei dem es um einen Werbevertrag mit dem Mars-Konkurrenten Ferrero geht. Auszüge daraus: „Werbeart: Sammelbild-Promotion mit Album, wobei Bilder von deutschen Spitzensportlern eingesetzt werden sollen. Aus einem Kreis von rund 33 Sportlerinnen und Sportlern sollen im August 1983 25 Athleten ausgewählt werden. Jeder ausgewählte Athlet erhält voraussichtlich einen Betrag zwischen DM 5000,– und DM 7000,–."

Die Sache wird wohl kaum noch zustande kommen, denn der Deutsche Leichtathletik-Verband will aus seinem Mars-Vertrag nicht wieder aussteigen. Außerdem habe der Vermittler dieses Kontraktes, der ehemalige Ruderer und frühere Daume-Referent Dr. Jürgen Schroeder, bereits seine Provision erhalten.

Das alles zeigt, wie zäh auf diesem Markt gerangelt wird. Jürgen Schroeder zum Beispiel beschafft über seine Sportausrüstungs- und Lizenzverwertung GmbH (SLG) dem Nationalen Olympischen Komitee Sponsors. Das ist seine rechtmäßige Aufgabe, vertraglich mit dem NOK abgesichert. Doch Schroeder kümmert sich auch um andere Geschäfte. So bemüht er sich zur Zeit um einen Sponsor für die Hochzeitsfeier des Zehnkampf-Weltrekordlers Jürgen Hingsen mit dessen amerikanischer Verlobten Jeannie Purcell. Es ist die Rede von 30 000 Mark.

Das Kuriosum: Schroeder sitzt gleichzeitig im Gutachter-Ausschuß der Deutschen Sporthilfe. Josef Neckermann hat ihn mehrfach gebeten, dieses Amt niederzulegen – bislang vergeblich.

Aus der vertraulichen Sitzung des Vorstandes der Deutschen Sporthilfe in Sachen Schroeder deshalb folgender Protokollauszug: „Die Sitzungsteilnehmer vertreten die Auffassung, daß Dr. Schroeder durch seine berufliche Tätigkeit einerseits und als Mitglied des Gutachterausschusses der Sporthilfe andererseits sich in einer Interessenkollision befindet. Aus seiner gutachterlichen Arbeit stehen ihm Informationen zur Verfügung, die ihm als Inhaber und Geschäftsführer der SLG von Nutzen sein könnten. Daher soll das NOK für Deutschland gebeten werden, Dr. Schroeder aus dem Gutachterausschuß zurückzuziehen."

Das Gerangel um Werbeverträge und Provisionen ist in vollem Gange. Denn da gibt es zum Beispiel in Köln eine Werbeagentur, die Thomas Wessinghage, Brigitte Kraus, Carlo Thränhardt, Dietmar Mögenburg und auch Ulrike Meyfarth unter Vertrag hat. Die Strumpf-Werbung von Frau Meyfarth erfolgte über diese Gesellschaft.

Der Markt ist in Bewegung, und die Fachverbände, die als gemeinnützig gelten, versuchen über Vorschaltgesellschaften dabei ihre Geschäfte zu machen. So hat sich zum Beispiel die Leichtathletik Fördergesellschaft sogar einmal um die europäischen Fernsehrechte bei einem Länderkampf in den USA bemüht. Die Sache scheiterte, weil sie rechtlich nicht zulässig war.



Hochsprungweltrekordlerin Ulrike Meyfarth ist auch Meisterin im lukrativen Werbegeschäft. FOTO: SVEN SIMON

Handgelder bis zu 100 000 Mark werden von den Sportartikel-Ausrüstern an Spitzenathleten gezahlt, um sie als Leitfiguren für die Werbung einzusetzen. Sie helfen, den Absatz zu steigern, das Image eines Sportartikel-Herstellers zu bilden. Klaus Wolfermann, 1972 in München Speerwurf-Olympiasieger und nun Public-Relations-Mann bei der Herzogenauracher Firma Puma, sagt dazu: „Meßbar ist das alles schon, auch über den Verkauf. Und wenn zum Beispiel Harald Schmid, angetan mit Puma-Artikeln, in einem Fernsehstudio sitzt, dann ist das so viel Werbung, wie wir eigentlich gar nicht bezahlen können."

Und so werden denn auch Großveranstaltungen wie die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften von Anfang August in Helsinki von den Sportartikel-Produzenten ausgewertet. 60,9 Prozent aller Teilnehmer trugen deutsche Adidas-Schuhe. Der amerikanische Konzern Nike kam auf 18,76, Puma auf 8,35 und Tiger (Japan) auf 3,56 Prozent.

„Tiger" kommt auf leisen Sohlen

Der japanische Tiger-Konzern kommt auf leisen Sohlen auf den europäischen Markt. Im letzten Jahr traten die Japaner als Hauptsponsor der Leichtathletik-Europameisterschaften von Athen auf. Im Gespräch – und bis heute nicht dementiert – war dabei die Summe von acht Millionen Dollar. Dieser massive Einsatz hat den Weltverband der Sportartikelbranche veranlaßt, zu beschließen, künftig keine Großveranstaltungen mehr zu sponsern. In Helsinki gab ein japanischer Video-Hersteller das Geld.

Aber Tiger kommt auf leisen Sohlen. Die Taktik der Japaner: Sie bemühen sich um Verträge mit Nachwuchsathleten. Das geschieht recht unbemerkt, weil diese Sportler noch nicht im Rampenlicht stehen. Aber eines Tages könnten sie zu Leitfiguren werden.

Der Kampf der Sportartikel-Ausrüster, er fand auch bei den Weltmeisterschaften in Helsinki statt. Da kämpfte zum Beispiel die Firma Nike heftig um den Marathonmarkt. Schließlich geht es darum, in den USA Millionen von Joggern Schuhwerk zu verkaufen. Pech für die Amerikaner, daß die Marathonsieger von Helsinki – die Norwegerin Grete Waitz und der Australier Robert de Castella – deutsche Laufschuhe trugen.

Werbeverträge, Ausrüsterkontrakte – das allein ist nicht der Lohn für Amateur-Leichtathleten. Denn bei den großen Sportfesten wie gestern in Zürich wird für die Stars obendrein kräftig gezahlt. Diese Stargagen müssen vom jeweiligen Veranstalter auf einen Athletenfonds überwiesen werden. Nach Beendigung der sportlichen Laufbahn darf dann kassiert werden.

Wie hoch sind die Gagen der Stars? Spitzenverdiener ist derzeit der amerikanische Sprinter und Weitspringer Carl Lewis mit 40 000 Mark Abendgage. Hürdenläufer Ed Moses (USA) wird mit etwa 12 000 Mark gehandelt – bei einem Weltrekord gibt es natürlich mehr. Willi Wülbeck, der deutsche Weltmeister über 800 Meter von Helsinki, kann um Startgelder zwischen 6000 und 8000 Mark handeln.

Früher wurde unter dem Tisch gezahlt, und da waren es auch erhebliche Summen. Zwischen 30 000 und 40 000 Mark soll der Kenianer Henry Rono bei seinem Weltrekordlauf über 10 000 m 1978 in Wien erhalten haben. Jetzt, wo offen kassiert werden darf, wird die Sache teurer. Zum einen wird eine Summe auf den Athletenfonds überwiesen, zum anderen gibt es obendrein die heimliche Gage unterm Tisch.

Die Gelder dafür kommen zumeist aus Fernseh- und Werbeverträgen. Im Falle Carl Lewis zum Beispiel vom amerikanischen Fernsehsender NBC. Der Meilenweltrekord des Engländers Sebastian Coe vor zwei Jahren in Brüssel belastet auch nicht den Etat des Veranstalters. Ein japanischer Uhrenhersteller finanzierte das Projekt Weltrekord.

Die Verbandsfunktionäre scheinen bei alldem überfordert. Sonst wohl wäre dem Deutschen Leichtathletik-Verband nicht der Lapsus unterlaufen, einen Werbe-Vertrag über 150 000 Mark abzuschließen – eine Summe, die in dieser Branche mittlerweile schon lächerlich gering ist. Deshalb bemühen sich die Leichtathleten nun um eine Aufstockung und auch um lukrative Einzelverträge für ihre Stars.

Es ist fraglich, ob das klappt, und deshalb sagt ein Sprecher der Deutschen Sporthilfe auch: „Eigentlich sollte es um die Athleten gehen, doch nun scheinen die Verbände und die Agenturen zu profitieren."

Aus deutschen Landen auf den britischen Tisch

Als Exporteur von Agrar-Produkten nimmt die Bundesrepublik Deutschland weltweit den fünften Platz ein. Der Wert dieser Ausfuhren überstieg 1982 bereits den der exportierten Eisen- und Stahlerzeugnisse. Ein Beispiel für den erfolgreichen Agrar-Export ist der britische Markt.

Von HEINZ HILDEBRANDT

Fremdworte deutscher Herkunft sind in der englischen Sprache Mangelware, aber die wenigen bisher bekannten wie Kindergarten und Blitzkrieg bekommen zunehmend Gesellschaft. Nicht nur Wurst gehört dazu, sondern sogar spezifische Bezeichnungen wie Bratwurst und Bierwurst, und auch das für britische Zungen schwer aussprechbare Wort Quark wird den Hausfrauen in England, Schottland und Wales geläufig. Das alles sind Folgeerscheinungen eines nüchternen wirtschaftlichen Vorganges, dem steigenden Anteil deutscher Lebensmittel im Angebot britischer Supermärkte.

Noch vor einem Jahrzehnt nahmen die Briten nur knapp zwei Prozent aller exportierten deutschen Lebensmittel ab. Diese galten durchweg als exotisch und waren fast ausschließlich nur in Delikatessen-Geschäften zu haben, zum Beispiel in der marmorgetäfelten Food-Hall des Londoner Renommee-Kaufhauses Harrods.

Aber dann begaben sich die Briten auf den Weg nach Europa, und die deutsche Lebensmittelindustrie entdeckte den britischen Markt. 1982 nahmen die Briten bereits 12 Prozent aller deutschen Lebensmittelausfuhren auf, bei Bier, Wein und Wurstwaren sind sie inzwischen sogar die größten Abnehmer. 890 Millionen Pfund betrug der Wert dieser deutschen Produkte im vergangenen Jahr, eine Steigerung von mehr als 12 Prozent gegenüber 1981.

Mehr als 200 Importfirmen auf der Insel sind dabei eingeschaltet, ein Viertel von ihnen befaßt sich ausschließlich mit deutschen Produkten. Einige der größten deutschen Exporteure sind sogar mit eigenen, durchaus erfolgreichen Tochtergesellschaften in Großbritannien vertreten, Fleischwarenproduzent Artland zum Beispiel, Backwaren-Hersteller Bahlsen und Kaffeeröster Melitta.

Diese Erfolge waren durchaus nicht vorprogrammiert, denn viele deutsche Angebote paßten nicht zu den konservativen Eßgewohnheiten der Briten, und manches Lehrgeld mußte gezahlt werden. So erinnert man sich im Hause Artland: „Unseren Lachsschinken haben die britischen Hausfrauen zuerst gebraten wie ihren Frühstücksspeck und Teewurst sogar gekocht."

Ohne zielbewußte Aufklärung, ohne eine Einführung in die Feinheiten der deutschen Küche ging es also nicht. Dabei sprang die CMA in die Bresche, die Marketingorganisation für den Absatz deutscher Agrarprodukte. Aus ihrem 100-Millionen-Mark-Etat stellt sie alljährlich rund 40 Prozent für die Exportförderung zur Verfügung, und selten ist so relativ wenig Geld so gut angelegt worden wie im Falle Großbritannien. So ist die CMA schon seit 1963 Hausherr im German Food Centre, einem Musterladen für deutsche Produkte, zentral im Londoner Nobel-Stadtteil Knightsbridge gelegen.

Kurt Bettin, seit zwölf Jahren Leiter des britischen CMA-Büros, erwies sich als der richtige Mann am richtigen Platz. Er knüpft die Kontakte zu den Einkäufern im Einzelhandel, organisiert Messen, Ausstellungen und Deutsche Wochen, veranstaltet Kurse für Verkaufspersonal und Hausfrauen. „Mr. Bettin ist bei uns so bekannt wie Bierwurst und Sauerkraut", schrieb kürzlich die führende britische Handelszeitung.

Deutsche Lebensmittel findet man heute überall in den Regalen und Truhen britischer Märkte, nicht nur in den Londoner Kaufhäusern, sondern auch in den Supermärkten der Provinz bis hoch hinauf in den Norden Schottlands. Die überragende Marktstellung der zentral geleiteten führenden Handelsketten wie Sainsbury und Tesco, Asda und Safeway erleichterte zweifellos diese Entwicklung.

Es sind beträchtliche Mengen, die die Briten so an deutschen Produkten konsumieren. 6000 Tonnen Wurst waren es 1982, etwa 80 der rund 1500 deutschen Wurstsorten sind inzwischen auch hier bekannt, Frankfurter Bockwurst, Bratwurst und Schinkenwurst, letztere ganz oben auf der Beliebtheitsskala. Das alles wird noch von 14 000 Tonnen deutschem Käse übertroffen, davon allein 1250 Tonnen Bavarian Blue, außerdem 5600 Tonnen Quark und Joghurt, 7100 Tonnen Süßwaren sowie fast 11 000 Tonnen Backwaren und Brot.

Getränke sind ein Kapitel für sich, ein besonders erfolgreiches. 1982 importierten die Briten 21 000 Tonnen Fruchtsäfte und Konzentrate, doppelt soviel wie zwei Jahre zuvor. Gleichzeitig führten sie 78 Millionen Liter deutsches Bier ein, ein Plus von 17 Prozent in nur einem Jahr, eine Zuwachsrate, von der deutsche Brauereien nur träumen können.

Anfang der siebziger Jahre gab es in Großbritannien erst 14,2 Millionen Weintrinker, heute wird diese Zahl auf 25 Millionen geschätzt. Parallel zu dieser Entwicklung stieg der Import deutscher Weine von 72 000 Hektoliter 1970 auf mehr als das Zehnfache, auf 738 000 Hektoliter 1982. Tatsächlich ist Großbritannien heute wichtigster Importeur, 37 Prozent aller deutschen Weinexporte gehen in dieses Land.

Inzwischen ist aber auch die britische Lebensmittelindustrie hellhörig geworden. Die Erfolge der Deutschen haben sie zwar nicht das Fürchten gelehrt, aber doch aufgeschreckt. Vor einigen Monaten gründeten sie mit staatlicher Hilfe eine neue Organisation, deren Name „FFB – Food from Britain" gleichzeitig ihr Programm ist. Die Exportförderung für britische Lebensmittel hat dabei einen besonders hohen Stellenwert, die CMA-Aktivitäten werden ausdrücklich als Vorbild genannt. Neben den USA, Frankreich und Benelux ist der deutsche Markt Hauptzielrichtung.

Im vergangenen Jahr exportierten die Briten erst Nahrungs- und Genußmittel für 200 Millionen Pfund in die Bundesrepublik, vor allem Spirituosen, Konfitüre, Süßwaren und Fleisch, insgesamt ein Viertel des umgekehrten Warenstroms. Daß es nicht einfach sein wird, hier zu expandieren, weiß man in der Londoner FFB-Zentrale. Dazu Trevor Barker, ihr Marketing-Manager: „Deutschland ist ein schwieriger Markt, denn hier gibt es keinen zentralen Ausgangspunkt, wie es bei uns London in ist."

Rätselraten um den Berliner Bausenator

Rastemborski seit Freitag verschwunden / Überlastung?

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Nach der Senatsumbildung im Februar dieses Jahres wird im Berliner Rathaus Schöneberg nicht ausgeschlossen, daß sich das Personenkarussell innerhalb der CDU-FDP-Koalition in nächster Zeit erneut zu drehen beginnt. Während in der Senatsmannschaft Richard von Weizsäckers auch gestern das Rätselraten um die Hintergründe des Verschwindens von Bausenator Ulrich Rastemborski (CDU) anhielt, fielen in den internen Runden der CDU-Führungsgremien bereits erste Namen für potentielle Nachfolger des Bausenators, der am vergangenen Freitag nach Hannover flog, um dort die Medizinische Hochschule aufzusuchen. Dort traf er jedoch nicht ein.

Wie das Niedersächsische Landeskriminalamt der WELT auf Anfrage bestätigte, suchen derzeit Berliner Kriminalbeamte zusammen mit der Polizei Hannover nach dem 42jährigen Senatspolitiker. Initiiert wurde die Suchaktion von „besorgten Politikern höchster Ebene", wie in Berlin zu erfahren war. Vor seiner Abreise hatte Rastemborski, der erst kürzlich einen vierwöchigen Urlaub beendet hatte, zwei Briefe an seinen persönlichen Referenten und seine Ehefrau hinterlassen, in denen er unter anderem schrieb: „Ich befinde mich in einem Zustand der Überanstrengung." Weiter teilte der Senatspolitiker mit, er habe sich deshalb zu einem „Krankheitsurlaub" begeben. Er gab jedoch nicht an, wohin er fahren wollte. Bekannt wurde jedoch, daß er einen Termin zur ärztlichen Untersuchung in Hannover vereinbart hatte, zu dem er dann nicht erschien.

In Berliner Senatskreisen wird das Hauptmotiv für das ungewöhnliche Verhalten des Juristen in den hohen Belastungen seiner Senatorentätigkeit gesehen, die er nervlich und gesundheitlich „nicht verdaut habe", so ein Mitarbeiter. Rastemborski, der sich vor seiner Senatorenzeit einen Namen als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses in der Garski-Affäre machte – über sie stolperte 1981 der SPD-Senat Dietrich Stobbes –, sah sich in seinem 16-Stunden-Tag mit derart geballten Problemen konfrontiert, daß er seine Tätigkeit selbst einmal als „killing job" bezeichnete.

Verhandlungen über nahezu jedes besetzte Haus, Probleme und Skandale bei der Internationalen Bauausstellung (IBA), Kontroversen um den Bau des Autobahnzubringers im Berliner Norden, der schleichende Verfall von 500 000 reparaturbedürftigen Wohnungen an der Spree sowie Wohnungsbauprogramme, die hinter den Anforderungen der Realität herzuhinken pflegten – dies alles sorgte für eine „ganz außerordentlich harte, verantwortungsvolle und schwere Arbeitslast", wie es Richard von Weizsäcker nach dem Verschwinden Rastemborskis formulierte.

Doch neben diesem Verständnis prägte auch deutliche Kritik die Äußerungen Weizsäckers zum Verhalten des Bausenators: Er wisse über den Abgang Rastemborskis „weniger, als ich wissen möchte und sollte" und sehe sich deshalb zwar hinlänglich, aber „nicht ausreichend informiert".

Ungeachtet der offenen Frage, ob Rastemborski nach seinem „Krankheitsurlaub" wieder in sein Amt zurückkehren wird, werden im Schöneberger Rathaus jetzt schon die Namen dreier möglicher Kandidaten für den „killing job" genannt: Heinz-Viktor Simon, der Vorsitzende des parlamentarischen Bauausschusses, Klaus Franke, Vize-Parlamentsdirektor und Wolfgang Antes, Baustadtrat des Bezirks Charlottenburg. Sie alle gehören der Union an – aber die Berliner FDP wird sicher Ansprüche anmelden.

Bonn: Im Fall Altun ist noch nichts entschieden

Gericht behandelt heute die Frage des Asylanten-Status'

RENE GRALLA, **Bonn/Berlin**

„In der Sache ist noch nichts entschieden." Das ist der Kommentar aus dem Bundesjustizministerium zu der zunehmend aufgeregten Kampagne, die verschiedene Menschenrechtsorganisationen, Sozialdemokraten und Grüne gegen eine Auslieferung des 23jährigen Kemal Altun an Ankara führen. Der Türke sitzt seit dem 5. Juli 1982 in West-Berlin in Auslieferungshaft. Er soll sich in seinem Heimatland wegen Strafvereitelung verantworten. Der Mitbegründer einer linken Schülerorganisation wird beschuldigt, den Mörder des ehemaligen Zollministers Gün Sazak und die Tatwaffe versteckt zu haben.

Amnesty International appelliert an die Bundesregierung, Altun nicht auszuliefern, bevor heute das Verwaltungsgericht Berlin über seine Anerkennung als Asylant entschieden hat. Der DGB fordert grundsätzlich, den Türken nicht auszuliefern. Die Bundestagsfraktion der Grünen hat in einem offenen Brief den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand aufgefordert, zugunsten des Türken in Bonn zu intervenieren. Pressesprecher Jürgen Schmid vom Bundesjustizministerium hat allerdings von einer Reaktion aus Paris noch nichts gehört. Man sehe „der Sache mit großer Gelassenheit entgegen". Die Bundesregierung prüfe noch den Gesamtkomplex Altun.

Altun war im Januar 1981 illegal nach West-Berlin eingereist. Acht Monate später bat er um politisches Asyl. Zur Begründung gab er unter anderem die in der Türkei gegen ihn erhobenen Vorwürfe an, die er aber bestritt. Über Interpol setzten sich die deutschen Behörden daraufhin mit den zuständigen Stellen in Ankara in Verbindung, die prompt die Auslieferung Altuns verlangten.

„Das hat nichts mit Gefälligkeit zu tun", sagt Berlins Justizsenator Hermann Oxfort (FDP). Die Behörden hätten „pflichtgemäß" im Einklang mit internationalen Auslieferungsabkommen gehandelt. Im Februar diesen Jahres bewilligte die Bundesregierung eine Auslieferung Altuns, die das West-Berliner Kammergericht zuvor für zulässig erklärt hatte. Bonn sah aber vorläufig von einem Vollzug ab, weil sich die Proteste gegen eine Auslieferung Altuns mehrten.

Der Betroffene selbst wandte sich an die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg, die voraussichtlich im Oktober über seine Beschwerde entscheidet. Im Juni erkannte das Bundesamt in Zirndorf Altun, dessen Bruder Ahmet Altun als ehemaliger sozialdemokratischer Parlamentsabgeordneter im Pariser Exil lebt, als Asylberechtigten an. Diese Entscheidung hat die Bundesregierung vor dem Verwaltungsgericht Berlin angefochten.

Schmid verweist darauf, daß „im Prinzip" auch Asylanten ausgeliefert werden können. Im übrigen habe Ankara der Bundesregierung zugesagt, Altun werde weder gefoltert noch wegen anderer Delikte als der Strafvereitelung belangt. Bis jetzt habe sich die Türkei an solche Zusagen gehalten. Inwieweit die Begründung, mit der Ankara die Auslieferung Altuns verlangt, stichhaltig ist, verweist Schmid darauf, daß der Türke „aufgrund eines richterlichen Haftbefehls gesucht wird". Er räumt allerdings ein, daß die deutsche Botschaft die Angaben nicht überprüft hat.

WELT-Interview mit Franz Josef Strauß über die Wende

„Kommunisten unter Sachzwängen"

■ Fortsetzung von Seite 1

werden können. Aber das, was als äußerstes Entgegenkommen gegen viele Gegenleistungen und besser formulierte Verträge hätte zugestanden werden können, durfte nicht von vornherein schon zum Gelächter und zum Gespött der anderen Seite vorweggenommen werden. Auf dieser Grundlage begann die Vertragspolitik, begannen die Verhandlungen, die stümperhaft und unzulänglich geführt wurden. Was Egon Bahr hier gesündigt hat, kann in dieser Generation nicht mehr gutgemacht werden.

WELT: Zu den Verträgen haben Sie gesagt: Pacta sunt servanda. Was hat das für Ihren Besuch in Warschau bedeutet?

Strauß: Das „Pacta sunt servanda" habe ich im Januar 1973 gesagt als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion auf die Regierungserklärung Brandts. Das hieß: Wir werden die Verträge weder brechen noch kündigen, wir werden aus den Verträgen das Mögliche herausholen und werden jeden Mißbrauch der Verträge verhindern. Genau auf dieser Linie lag es, daß ich in Bayern eine Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung herbeigeführt habe, ohne von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU unterstützt zu werden, ohne von einem anderen CDU-regierten Lande unterstützt zu sein, nämlich: eine Auslegung des Grundvertrages durch eine höchstrichterliche Entscheidung zu erwirken. Durch diese höchstrichterliche Entscheidung sind bestimmte Pflöcke eingeschlagen worden, die niemand mehr entfernen kann.

WELT: Was bedeutet es in diesem Zusammenhang, daß Sie in Warschau von der Anerkennung der Realitäten gesprochen haben?

Strauß: Ich habe in Warschau klar unterschieden zwischen den durch die Maßnahmen der Sieger – vor allen Dingen durch den sowjetischen Sieg – herbeigeführten Tatsachen und den Rechtspositionen, die entsprechend der 20 Jahre lang vertretenen Auffassung der CDU/CSU von der liberal-sozialistischen Koalition gefährdet, preisgegeben, ja aufgegeben wurden und durch das eben erwähnte Karlsruher Urteil wieder in ihrer Substanz hergestellt worden sind. Ich habe das in Warschau aber nicht zum ersten Mal gesagt. Ich habe im Gespräch mit westlichen und östlichen Partnern jeden Vorwurf revanchistischer Absichten für die Politik der CDU/CSU mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Ich bin nach wie vor ein Anhänger der Auffassung, daß die deutsche Ostgrenze endgültig nur durch einen Friedensvertrag anders gestaltet werden kann. Aber ich weiß nicht, ob es überhaupt zu einem Friedensvertrag kommt; ich weiß nicht, wann es zu einem Friedensvertrag kommen wird. Bis dahin kann man sich keinem Wunschdenken hingeben, als ob man durch Rechtspositionen allein die gegebenen Tatsachen aus der Welt schaffen kann. In dem Zusammenhang darf man auch nicht vergessen, daß ein falscher Zungenschlag der kommunistischen Propaganda die Möglichkeit gibt, in Polen gegen Deutschland Stimmung zu machen und vor der Gefahr eines deutschen Revanchismus zu warnen. Daran schließen sich Überlegungen an, die man nicht unbedingt auf dem offenen Markt austragen sollte.

Auf dem Wege zu einem operativen Konzept

WELT: Unterstützen Sie das, was Bundesinnenminister Zimmermann über die Einbeziehung der Ostgebiete in die offene deutsche Frage gesagt hat?

Strauß: Ich habe mich sowohl in Prag wie in Warschau mit den Ausführungen Zimmermanns identifiziert. Ich habe in Prag allerdings erklärt, daß die Äußerungen Zimmermanns nichts mit dem Sudetenland, mit Mähren zu tun haben und daß es sich hier um den Rechtsstandpunkt der Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 handelt.

WELT: Gibt es ein operatives Konzept der Union oder der Bundesregierung für die Deutschlandpolitik?

Strauß: Ein operatives Konzept für die Deutschlandpolitik ist bei den Koalitionsverhandlungen in Umrissen erörtert worden, es hat aber noch nicht Gestalt gewonnen. Aber alles, was in der Zwischenzeit von mir gesagt oder empfohlen wurde – ich hatte ja nicht zu entscheiden –, ist ein Schritt auf dem Wege zu einem operativen Konzept.

WELT: Haben sich bei Ihrer Begegnung mit Honecker Ansätze für ein solches operatives Konzept ergeben?

Strauß: Ich gehe trotz meines Gesprächs mit Honecker nicht davon aus, daß wir dieselben Ziele verfolgen. Aber man sollte folgende Überlegungen sehr gründlich anstellen:

1. Die europäische Geschichte ist nicht mit dem Zweiten Weltkrieg zu Ende gegangen und hat auch nicht mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begonnen.
2. Die europäische Geschichte hat immer wieder zu Veränderungen geführt.
3. Diese Änderungen sind früher durch Kriege oder Revolutionen herbeigeführt worden. In Zukunft werden in Europa Änderungen nicht mehr durch Kriege herbeigeführt werden. Revolutionen im Westen sind nicht zu erwarten, und Revolutionen im Osten als Folge der Unzufriedenheit und der Empörung der Bevölkerung über die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Zustände können vom Westen her höchstens inspiriert, aber nicht militärisch unterstützt werden. Also ist eine Politik, die es auf Revolutionen anlegt, in meinen Augen verantwortungslos.
4. Jede Annahme, daß damit die europäische Geschichte zum Stillstand gekommen sei, ist aber völlig falsch. Nur sind nach meiner Überzeugung die Wege, in denen sich die Geschichte Bahn bricht, nicht mehr die Wege des Krieges. Das Auftreten der Atomwaffe hat Kriege in Europa unmöglich gemacht, wenn es nicht zum letzten aller Kriege in der Weltgeschichte kommen soll. Auch Revolutionen sind keine sinnvolle Möglichkeit mehr.
5. Aber es gibt in der modernen Welt wissenschaftlich-technisch-wirtschaftliche Sachzwänge, denen sich auch das kommunistische System und seine planwirtschaftlichen Konzeptionen nicht entziehen können. Ich verweise auf die in der WELT veröffentlichte Denkschrift der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und in diesem Zusammenhang auch auf gewisse Ausführungen des Nachfolgers Breschnews, der erkannt zu haben scheint, daß sich drüben Gewaltiges ändern muß.
6. Ich bin nicht der Meinung, daß damit etwa die Einführung eines demokratischen Systems geplant ist; aber die kommunistischen Systeme müssen Zwangsläufigkeiten berücksichtigen, die sich bei uns aus der demokratischen Gesellschaft und ihrer Wirtschaftsform von selber ergeben, oder sie werden immer hoffnungsloser ins Hintertreffen geraten. So deute ich auch die höchst interessanten Ausführungen, die ich in einem Interview der WELT mit Zdenek Mlynar gelesen habe. Er als ehemals engster Mitarbeiter von Dubeck glaubt nicht mehr an einen Prager oder Warschauer oder Budapester Frühling. Ein Zusammentreffen gleicher Umstände tritt nach seiner Meinung und auch nach meiner Meinung nicht mehr ein. Aber das System kann sich nur halten, wenn es bereit ist, Änderungen zu machen oder Änderungen nicht zu verhindern.
7. Niemand ist heute in der Lage, einen Fahrplan zu entwickeln, was in welchem Jahre wie eingetreten sein wird. Aber daß zu Beginn der achtziger Jahre die Weltpolitik in Europa wieder in Bewegung geraten ist, davon bin ich nach meinen Informationsreisen und Gesprächen der letzten Wochen mehr denn je überzeugt.

WELT: Wie ordnen Sie den von Ihnen dem Bundeskanzler empfohlenen Milliarden-Kredit an die „DDR" in diese Analyse ein?

Strauß: Mit Ostkrediten vergangener Art, von denen sich der DDR-Kredit grundsätzlich unterscheidet, sind nur unzulängliche Versuche zu Lasten der westlichen Steuerzahler und Sparer gemacht worden, kommunistische Regime ohne Änderungen zu stabilisieren. Das gilt im besonderen für den von Schmidt und Genscher zu verantwortenden Polen-Kredit und die damit verbundene Sonderzahlung von 1,3 Milliarden Mark für angebliche Rentenansprüche. Der Kredit kann nicht zurückgezahlt werden, die Raten können nicht gezahlt werden, und der Steuerzahler muß obendrein noch für eine Milliarde Kredit eine Milliarde Zinssubvention aufbringen. Damit hat man das korrupte und unfähige Regime Gierek unterstützt, hat seine Lebensdauer verlängert und hat den polnischen Machthabern geholfen, die Stunde der Wahrheit hinauszuschieben. Auch der Erdgas-Röhren-Kredit ist angesichts des Rückgangs der Energiepreise und der günstigen Zinsbedingungen hier zu nennen, wenn auch nicht in gleich drastischer Weise zu kommentieren.

Spielregeln des westlichen Kapitalmarkts gefügt

WELT: Was ist das Besondere am „DDR"-Kredit?

Strauß: Er ist kein Kredit der Bundesrepublik an die DDR, er ist ein Kredit zwischen einer deutschen Bank – in diesem Fall der Bayerischen Landesbank als Konsortialführer – auf dem europäischen Kapitalmarkt gegen die Abtretung von absolut zuverlässigen Forderungen der DDR an die Bundesrepublik Deutschland. Und zwar zu Bedingungen und Zinssätzen, wie sie dem vom kommunistischen System so gescholtenen kapitalistischen Kapitalmarkt entsprechen. Das ist in meinen Augen – und dieselbe Meinung vertritt auch Helmut Kohl – der erste Fall, daß ein Land des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Ostblock sich diesen Spielregeln fügt. Ich darf aber noch etwas hinzusagen: Auch humanitäre Überlegungen sind hierbei, allerdings unter Beachtung der marktwirtschaftlichen Spielregeln, eingeflossen.

WELT: Können Sie das genauer sagen?

Strauß: Es gab bei den Koalitionsverhandlungen, als die Frage der Beibehaltung des zinslosen Überziehungskredits für die DDR, Beibehaltung der Vorteile im innerdeutschen und im EG-Handel zur Sprache kam, eine einhellige Meinung, daß die Streichung dieser Vorteile zu Lasten der Lebenshaltung der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands gehen würde, und keiner der Koalitionspartner hat eine solche Entwicklung für wünschenswert gehalten. Ich muß also hier mal darauf bestehen, daß nicht mit gezinkten Karten gespielt wird: Man kann nicht einerseits der DDR wirtschaftliche Kooperation verweigern und andererseits dann die Forderung erheben, daß die Bevölkerung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden darf. Eine Verweigerung dieses Kredits wäre natürlich ohne weiteres möglich gewesen; aber die DDR wäre dann noch stärker an den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe gebunden worden, und die daraus entstehenden Nachteile hätte die Bevölkerung tragen müssen.

WELT: Als Realpolitiker haben Sie sich sicherlich Gedanken gemacht, wie die politische Gegenleistung aussehen muß: Abbau der Selbstschußanlagen, Senkung des Reisealters, Rücknahme des überhöhten Zwangsumtausches?

Strauß: Bei dem Kreditvertrag handelt es sich um einen Vertrag, der rein banktechnische Bedingungen und Sicherheiten enthält; sind im wohlverstandenen Interesse beider Seiten politische Bedingungen fehl am Platze. Helmut Kohl wünscht nicht, daß über diese politischen Probleme in der Öffentlichkeit gesprochen wird. Sein Unwille über gewisse Äußerungen galt nicht mir, wie unterstellt worden ist, sondern einigen Bonner Politikern, die sich über Gegenleistungen zu laut geäußert hatten.

WELT: Über Gegenleistungen wäre doch im Zusammenhang mit der Garantie der Bundesregierung zu sprechen gewesen?

Strauß: Die Bundesregierung hat keinerlei Garantie gegeben. Sie hat lediglich eine Forderung der DDR als Sicherheit weitergeleitet. Es haben keine politischen Verhandlungen über diesen Kredit stattgefunden.

WELT: Wäre der Kredit überhaupt zustandegekommen ohne die – wie Sie jetzt sagen – Weiterleitung einer Abtretungserklärung der DDR durch die Bundesregierung?

Strauß: Nein.

WELT: Bedeutet dieses Nein nicht, daß man dann politische Gespräche über die Gegenleistungen hätte aufnehmen können, ja müssen?

Strauß: Jetzt läuft der Zug in der umgekehrten Richtung: Man hätte also auf die Abtretung von Forderungen durch die DDR verzichten müssen, um ihr dann einen Kredit zu Lasten des Haushalts der Bundesrepublik, zu Lasten der Steuerzahler anzubieten und damit politische Bedingungen zu verbinden? Nur ein reiner Tor hätte so handeln können.

WELT: Noch mal zurück zu der Eingangsfrage: Was ist die ostpolitische Strategie?

Strauß: Ich drücke mich nicht vor der Antwort; aber ich bitte gütigst, diese Frage vorher Herrn Kohl und Herrn Genscher zu stellen. Denn die Ausarbeitung einer ostpolitischen Strategie ist nicht Sache der bayerischen Staatsregierung, auch nicht Sonderangelegenheit der Christlich-Sozialen Union, sondern ist eine Aufgabe der Bundesregierung. Die heutige Bundesregierung kann sich allerdings von den mit Hilfe der FDP geschaffenen Tatbeständen, Sachverhalten und vertraglichen Festlegungen nicht absetzen, sondern sie muß auf dem Boden der Vorgeschichte eine Konzeption, ein Programm aufbauen, bei dessen Verkündigung ich dem Bundeskanzler nicht vorgreifen möchte.

WELT: Ist das ein Ratschlag an den Bundeskanzler?

Strauß: Das ist eine Selbstverständlichkeit, die sich aus den Koalitionsverhandlungen ergibt.

WELT: Sie haben erklärt, Sie seien von Ihren Grundsätzen nicht abgewichen.

Strauß: Gerade im Zusammenhang mit der Nachrüstung möchte ich sagen, was die von mir vertretene und auch in Zukunft gewünschte Ostpolitik von jener der liberal-sozialistischen Koalition und vornehmlich von der der SPD unterscheidet:

1. Wir sind überzeugte Gegner einer Politik des Wandels durch Annäherung; man hat nur Schlafwandel erreicht, aber keine Annäherung. Ich halte gar nichts von der Konvergenztheorie: hier ein bißchen mehr Sozialismus und drüben ein bißchen mehr Demokratie, bis die Räder der gesamtdeutschen Maschine zusammenpassen. Das sind Illusionen.
2. Die Sozialdemokraten haben offen den Gedanken der deutschen Einheit aufgegeben und ihn als im Widerspruch zur Entspannung bezeichnet. Helmut Kohl hat sich in Moskau nicht gescheut, die deutsche Einheit als Ziel der deutschen Politik zu nennen. Ich stimme darin mit ihm völlig überein. Wir denken nicht daran, das Ziel der deutschen Einheit aufzugeben.
3. Wir halten an den deutschen Rechtspositionen fest, wie sie das Karlsruher Urteil festgestellt und kodifiziert hat: einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft; Verpflichtung, den Gedanken der deutschen Einheit aufrechtzuerhalten; innerdeutsche Grenzen und keine völkerrechtlich verbindliche Grenzen.
4. Die Sozialdemokratie wünscht den Verzicht auf die Nachrüstung, sie geht mehr und mehr in Richtung des Neutralismus, der einseitigen Abrüstung. Wir sind, besonders ich, entschiedene Anhänger der Nachrüstung in dem von mir oft beschriebenen Sinne.
5. Wir wünschen historische Prozesse in Gang zu setzen, die den Sieg der Demokratie und nicht die Stabilisierung kommunistischer Regime zum Ziel haben.

WELT: Herr Ministerpräsident, auch in Ihrer eigenen Partei gibt es ja Kritiker, die sagen: Beim „DDR"-Kredit ist Leistung gegen Hoffnung gesetzt worden.

Strauß: Diese Behauptung, daß Leistung gegen Hoffnung gesetzt worden ist, ist falsch. Man kann hier nicht vorgehen wie bei einem Viehhandel, wo der Bauer die Kuh übergibt und dann dafür Bargeld erhält. Im übrigen darf ich doch in aller Bescheidenheit einmal darauf hinweisen, daß eine Reihe von Problemen, die bisher für unlösbar oder für nicht verhandlungsfähig gehalten worden sind, nunmehr in Angriff genommen werden. Und ich darf auch darauf hinweisen, daß mehrere für hoffnungslos gehaltene Haftfälle durch mich persönlich lösbar geworden sind. Hier handelt es sich um Fälle, bei denen jede Hoffnung aufgegeben worden war, die Menschen noch aus den Strafanstalten der „DDR" herauszubringen.

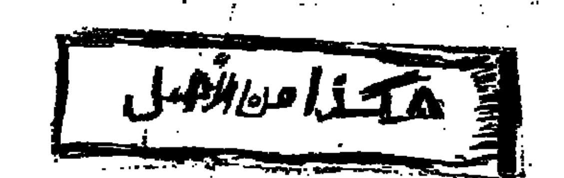
Familienpolitik hat großen Vorrang

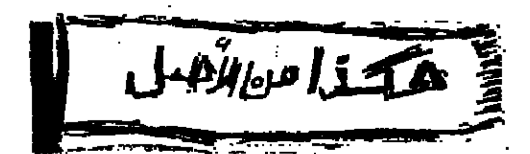
WELT: Herr Ministerpräsident, Sie sperren sich gegen die vom Kabinett beschlossene Kürzung des Mutterschaftsgeldes. Graf Lambsdorff hat Sie deshalb heftig attakkiert. Wie begründen Sie Ihre Position?

Strauß: In dem Wahlprogramm der CDU/CSU und in den Regierungserklärungen des Bundeskanzlers hat die Familienpolitik großen Vorrang. Beim Mutterschaftsgeld geht es um die Frage, wie groß es sein muß und wie lange es gewährt werden muß, damit Frauen bereit sind, auf ihren Arbeitsplatz zu verzichten und sich statt dessen der Kindererziehung zu widmen. CDU/CSU leben nicht von Störmanövern des Grafen Lambsdorff, sondern von ihrer Glaubwürdigkeit. Ich trete ein für eine Zusammenfassung von Mutterschaftsgeld, Kinder- und Erziehungsgeld zu einem in sich geschlossenen System. Das ist nicht allein eine Frage des Etats 1984. Aber man muß damit anfangen. Deshalb habe ich den Stein ins Wasser geworfen. Es gibt viele Unionspolitiker, die so denken wie ich.

WELT: Bleibt es dabei, daß die beschlossene Gesamtsumme der Ausgaben im Haushalt 1984 nicht durch Einzelbeschlüsse erhöht werden darf?

Strauß: Ich begrüße das Ziel von Gerhard Stoltenberg, in der Kreditaufnahme unter 40 Milliarden Mark zu bleiben. Aber ich bin nicht so unbeweglich, daß ich wegen 500 Millionen hin oder her bereit bin, meine grundsätzliche Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen. Zum Schluß übergeben wir sonst einem sterbenden Volk konsolidierte Haushalte.





Bonn sieht Gefahren in der Rheinarmee-Debatte

Ein Rückzug der Briten hätte Folgen für das Bündnis

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die in London in Gang gekommene Debatte über die künftige Rolle der Britischen Rheinarmee wird von fachkundigen Politikern und Militärs in Bonn mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Ausgelöst wurde die Diskussion von einem am 17. August in der „Times" erschienenen Leitartikel unter der Überschrift „Umdenken am Rhein". Darin wurde ohne Wenn und Aber das Urteil gefällt, die NATO-Strategie der „Vorneverteidigung" sei „ohne operative Logik", man bestehe auf ihr allein aus „politischen Gründen". Diese aber bedürften einer neuen Bewertung.

Die Britische Rheinarmee bildet einen Teil dieser von der „Times" kritisierten „Vorneverteidigung". Sie besteht, was ihre Bodenkampftruppen angeht, aus einem Heereskorps, das in Norddeutschland gemeinsam mit einem niederländischen, belgischen und deutschen Heereskorps für die Verteidigung des Grenzabschnittes zwischen Hamburg und Solling unter dem Kommando eines NATO-Befehlshabers der Armeegruppe Nord (Northag) verantwortlich ist. Nach offiziellen Angaben unterhält die Rheinarmee rund 55 000 Mann auf deutschem Boden. Im Haushaltsjahr 1982/83 wandte London für sie 1,5 Milliarden Pfund auf. Die Unterhaltungskosten für das Jahr 1981 bezifferte eine Publikation der Rheinarmee selbst auf rund 3,25 Milliarden Mark.

Keine Beweglichkeit

Die Londoner Zeitung plädiert nun dafür, insbesondere wegen der großen Kosten, die Verteidigungskräfte der NATO in der Bundesrepublik umzugliedern mit dem Ziel, die Britische Rheinarmee zu verkleinern, sie aus ihrem Verteidigungsabschnitt herauszulösen, und die Verantwortung für diesen Abschnitt dem deutschen Heer anzuvertrauen. Das entscheidende Argument für diesen Vorschlag ist, Großbritannien verfüge bei dem Einsatz seines Heeres über keinerlei Beweglichkeit. Bis auf territoriale Kräfte, die in Großbritannien selbst stehen, verfügt London im wesentlichen nur über das eine in Deutschland stehende Heereskorps. Die „Times" meint, dies komme beinahe einer Fesselung an einem 63-Kilometer-Frontabschnitt gleich, der Zoll für Zoll nach vorne bewacht werden müsse.

Nach der Verkleinerung soll die Rheinarmee nach Meinung des Leitartiklers als taktische Eingreifreserve für die Northag dienen. Dies bringe Großbritannien Einsparungen und entkrampfe überdies die „taktische Starrheit im militärischen Denken" der Allianz.

Gedanke der Solidarität

Solche Gedanken stoßen in Bonn freilich auf große Skepsis. Was von einem Briten als „taktische Starrheit" bezeichnet wird, ist für deutsche Politiker und Militärs Kerngehalt des NATO-Ziels, ohne raumgreifende Operationen auf das Territorium des Warschauer Paktes dafür zu sorgen, mögliche östliche Angriffe so nahe an der innerdeutschen Grenze zu stoppen, wie das überhaupt mit den vorhandenen Kräften möglich ist.

Hinzu kommt aus deutscher Sicht, auch der Gedanke der Solidarität der westlichen NATO-Partner. Man könne es sich nicht vorstellen, daß Großbritannien als eins der tonangebenden Länder in der Allianz seine direkte militärische Verantwortung an der innerdeutschen Grenze an einen deutschen Großverband übertrage. Die „Times" selbst erwartet derart desintegrierende Einflüsse als Folge ihres Vorschlages, denn sie hält es für möglich, daß dann auch die Niederlande und Belgien ihre Heereskorps aus der Vorneverteidigung in Norddeutschland herauslösen wollten, um für ihre Frontabschnitte dann ebenfalls die Verantwortung der Bundeswehr zu übertragen.

In Bonn weiß man bei den zuständigen Stellen sehr genau, daß nationale Regierungskreise in Brüssel und Den Haar nur auf Anstöße in diese Richtung warten, um sich ihnen anschließen zu können. Deshalb heißt es am Rhein, daß der „Times"-Artikel fatale Konsequenzen haben könnte, wenn die britische Regierung sich anschicken sollte, auf derartige Vorschläge einzugehen. Mit einer gewissen Beruhigung hat man darum in Bonn zur Kenntnis genommen, wie der frühere stellvertretende Chef des Londoner Verteidigungsstabes, Sir David Fraser, in die Debatte eingriff. In einem Leserbrief an die Zeitung stellte er fest, die Kosten für die Rheinarmee seien ein geringer Preis für den Frieden in Europa.

Ein Schlüsselland Mittelamerikas wacht auf

Von WERNER THOMAS

Das Hotel Maya Excelsior, die beste Herberge der honduranischen Hauptstadt, ist bis Frühjahr 1984 ausgebucht. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Palmerola herrscht Betrieb wie nie zuvor: Täglich landen die bulligen C-130-Transporter der US Air Force. Die Zeitungen melden ständig den Besuch hoher amerikanischer Kongreßvertreter oder Offiziere, die gewöhnlich von General Gustavo Alvarez begrüßt werden, dem Armee-Chef. Präsident Roberto Suazo Cordova erholt sich gerade von einem Herzinfarkt.

Honduras hat sich verändert. Die einst ruhigste und rückständigste Nation der Region ist in einen Rhythmus hektischer Aktivitäten geraten, von denen niemand weiß, wann sie enden werden. „Wahrscheinlich erst mit dem Ende der Krise", sagt der Politiker Jorge Arturo Reina, „und dann kann Honduras ein anderes Land sein."

Honduras, 112 088 Quadratkilometer, 3,7 Millionen Menschen, durchschnittliches Jahreseinkommen knapp 700 Dollar, Analphabetenrate 40 Prozent, zählt neben Nicaragua und El Salvador zu den Schlüsselstaaten Mittelamerikas. Es ist zwar nicht bedroht von einer marxistischen Guerrilla-Bewegung wie El Salvador, die Suazo-Regierung befürchtet jedoch salvadorianische Verhältnisse und trat deshalb die Vorwärtsverteidigung an: Sie erlaubt den Amerikanern ein massives militärisches und wirtschaftliches Engagement. Ein diplomatischer Beobachter spricht von der „Festung Honduras".

In den letzten vier Jahren, seit die sandinistischen Comandantes Nicaragua regieren, wuchs das gesamte Hilfeprogramm der USA von 30 Millionen auf 253 Millionen Dollar. In

HONDURAS

Honduras arbeitet eins der größten Peace-Corps-Kontingente (247 Vertreter) Lateinamerikas. US-Botschafter John Negroponte leitet eine der am stärksten besetzten Missionen Washingtons auf dem Halbkontinent, 110 diplomatische Beamte. In diesem Land sind sechsmal soviel amerikanische Militärberater stationiert wie in El Salvador, fast 300 Mann.

Etwa 125 Berater bilden in der Nähe der Hafenstadt Puerto Castilla Soldaten der Region aus, meist Salvadorianer. Andere kümmern sich um die konterrevolutionären Brigaden, die gegen Nicaragua kämpfen, nach letzten Schätzungen 8000 Partisanen. In den nächsten Monaten werden Pioniereinheiten der US-Streitkräfte die Pisten der Luftwaffenstützpunkte Puerto Castilla, Trujillo und San Lorenzo erweitern, Straßen bauen und Kommunikationszentren errichten.

In die Schlagzeilen der Weltpresse geriet Honduras jedoch durch die sechsmonatigen Militärmanöver, „Ahuas Tara 2" („Kohe Kiefer" in der Sprache der Miskito-Indianer) genannt. Mehr als 5000 amerikanische Soldaten sollen sich an diesen gemeinsamen Übungen mit dem honduranischen Militär beteiligen. Die USA schickten eine stolze Armada von Kriegsschiffen an die karibischen und pazifischen Küstengebiete, um zwei Flugzeugträger gruppiert.

Oberst Arnold Schlossberg, der Manöver-Kommandeur, erklärte: „Dies ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Entsendung amerikanischer Truppen in ein anderes Land zu üben." Und die honduranischen Streitkräfte könnten sich „entwikkeln". Schlossberg wies energisch die Vorwürfe der Sandinisten zurück, daß die Manöver lediglich den Vorbereitungen für eine Invasion dienen sollen.

Als heimlicher Vater dieser Manöver gilt der mächtige Armee-Chef Alvarez, ein erst 42jähriger General mit einer scharfen antikommunistischen Einstellung. Alvarez nennt Nicaragua einen „sowjetischen Stützpunkt". Seine innenpolitischen Gegner beschuldigen ihn dagegen, Honduras „an die Amerikaner zu verkaufen".

Jorge Arturo Reina, der Führer des linken Alipo-Flügels (liberale Allianz des Volkes) der regierenden Liberalen Partei, meint: „Honduras ist heute nur noch ein Pfand der Reagan-Politik." Reina rechnet mit wachsenden antiamerikanischen Ressentiments und will sich nach Ansicht innerparteilicher Gegner auf einer Welle der „Gringo"-Kritik als Gegenspieler des herzkranken Präsidenten profilieren.

Bisher aber sind die „Gringos" gut gelitten. Besonders unter den Geschäftsleuten, die diese Rechnung aufmachen: Die durchschnittlich 3500 US-Soldaten, die bis März ständig in Honduras stationiert sein sollen, werden pro Mann monatlich 500 Dollar ausgeben. Das macht zusammen 1,75 Millionen Dollar.

Auch die Diskothek „Infinito" wirbt um amerikanische Kundschaft – mit einem holprigen Gemisch aus Spanisch und Englisch: „Con feeling para gente nice", mit einem Gefühl für nette Menschen. (SAD)

Unruhen in Pakistan weiten sich aus

AFP/AP, Islamabad

Als Reaktion auf die seit elf Tagen in Südpakistan anhaltenden Unruhen hat die Militärregierung unter Präsident Ziaul Haq gestern massive Truppenverstärkungen in die Provinz Baluchistan entsandt. In der Provinzhauptstadt Quetta hat die „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie" (MRD) für Samstag zu einem Generalstreik aufgerufen.

Am Dienstag waren bei schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und den Sicherheitskräften in der Stadt Kandhkot mindestens drei Demonstranten erschossen und fast 100 verletzt worden. Staatschef Ziaul Haq nahm erstmals in Karatschi zu den Auseinandersetzungen öffentlich Stellung und rief dazu auf, gemeinsam den „Unruhestiftern" entgegenzutreten. Er bezeichnete die Situation aber als nicht besorgniserregend.

Durch die Gewalttaten hat sich die Zahl der Todesopfer seit der Ausrufung einer Bewegung des zivilen Ungehorsams am 14. August durch eine Allianz von acht illegalen Oppositionsparteien auf 30 erhöht. Aus den Reihen der MRD wurde die Zahl der Toten allerdings mit über 60 beziffert. Die Demontrationen richten sich gegen den pakistanischen Präsidenten und das über das Land verhängte Kriegsrecht.

In Friaul sehnt man sich nach Autonomie

Erinnerungen an die Zeit unter Kaiser Franz Josef werden lebendig / „Mitteleuropäisch, nicht südländisch"

CARL G. STRÖHM, Cormons

Die Blasmusik schmetterte den Radetzky-Marsch und Haydns Kaiserhymne – jenes „Gott erhalte", zu dessen Melodie später Hoffmann von Fallersleben das Deutschlandlied schrieb. Hier aber war die Hymne österreichisch und kaisertreu gemeint: Unter der schwarz-gelben Fahne und dem Doppeladler Habsburgs feierten Tausende von Bewohnern des nordöstlichen Italien den Geburtstag Kaiser Franz Josefs (gestorben 1916), des vorletzten österreichischen Kaisers aus dem Hause Habsburg, der bis zum Ersten Weltkrieg auch über einen Teil Friauls, über die Grafschaft Görz (Gorizia) und über Triest geherrscht hatte.

Von den Plakatwänden des malerischen Städtchens prangte das Bild des alten Kaisers – und daneben die Ankündigung auf italienisch, slowenisch, friulanisch und deutsch, man möge „aus traditionellem Anlaß des Kaiser-Geburtstages" nach Giassico kommen. „Musikkapellen, Volkstanz, heimische gastronomische Spezialitäten" wurden angekündigt –, und weiter: „Eintritt 1000 Lire – ehemalige k.u.k. Seeleute und Militärs frei."

Auf dem überfüllten Festgelände – unter den Bildnissen Franz Josefs und der Kaiserin Elisabeth (einer bayerischen Prinzessin) tummelten sich Tausende von Triestinern, Görzern und Friulanern. An mehreren Kiosken wurden Kaiserbilder, Bücher in italienischer Sprache über das Haus Habsburg, über Prinz Eugen und Kaiserin Maria Theresia verkauft. Ein besonderer Schlager waren T-Shirts mit dem Kaiserbildnis und dem Aufdruck: „Franciscus Iosephus Imperator". Da war viel junges Volk zu sehen, Ehepaare mit kleinen Kindern, solider Mittelstand.

„Es geht uns nicht so sehr um Österreich als solches, als vielmehr darum, daß es unter dem österreichischen Kaiser eine anständige, ehrliche Regierung gegeben hat", erklärte Frau Elsa Pelizzon von der Kulturgemeinschaft Mitteleuropa, welche alljährlich dieses Volksfest organisiert. Man fühle sich mitteleuropäisch und wolle mit dem „Süden" nichts zu tun haben. Von dort habe es seit Jahrzehnten für die Görzer und Friulaner nur Enttäuschungen gegeben.

„Wir sind keine Italiener, sondern Friulaner", sagen sie. Und weiter: „Wir haben 1945, als die Gefahr bestand, daß wir alle unter die Herrschaft der jugoslawischen Kommunisten kommen, natürlich laut ‚Es lebe Italien' gerufen – aber jetzt rufen wir nur noch: ‚Es lebe Friaul und die Autonomie.'"

Mit Bewunderung blicke man auf Südtirol, denn die dortigen Deutschtiroler und Ladiner hätten ihre Autonomie erreicht. Hier aber, in der Region Friaul-Julisch Venetien, sei diese Autonomie nur ein „Stück Papier". Mit solchen Veranstaltungen wie diesem Kaiser-Geburtstag wolle man daran erinnern, daß dieses Land und seine Menschen ihr gutes Recht wollten – das Recht nach der eigenen Art zu leben.

Mitteleuropa südlich der Alpen: Vom alten Kirchturm des Dorfes Giassico weht die italienische Trikolore, nicht weit davon flattern die Farben des altösterreichischen Kaiserstaates. Wenige Kilometer weiter kann man über dem Schlagbaum hinweg den roten Partisanenstern der jugoslawischen Kommunisten sehen. In Giassico aber erinnern sich Tausende von Menschen, daß sie oder ihre Vorfahren einst zu einem großen, übernationalen Reich gehörten: einem Reich, das trotz seiner Gebrechen und Fehler eine Art Vereinigtes Europa war.

Kohl will nicht über Waffenexporte reden

dpa/DW. Bonn

Nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl soll bei seinem bevorstehenden Besuch in Israel nicht über deutsche „Waffenlieferungen an andere Länder" gesprochen werden. Dies erklärte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, gestern in Bonn. Aus Israel war in den vergangenen Tagen die Ausklammerung von „Diskussionspunkten" kritisiert worden.

Mertes sagte, das Eintreten Bonns für die Existenz des Staates Israel in gesicherten Grenzen sei Teil des Ethos und der Würde der deutschen Außenpolitik. Es bestünden auch „divergierende Meinungen", die jedoch „das freundschaftliche Verhältnis" zwischen beiden Staaten nicht berühren. Die Bundesregierung lehne die israelische Siedlungspolitik ab und trete für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ein.



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die alte Slawen-Fabel

„Hamburg parkte auf einem neuen Kapitel seiner Geschichte"; WELT vom 16. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Chefin der Hamburger Landesarchäologie, Renate Schneider, erklärte zu den neuesten Ausgrabungen in Hamburg, die Theorie sei unwahrscheinlich, daß es sich um ein kleines Befestigungswerk der „slawischen Obotriten" handele.

Es könnte sich in der Tat um Obotriten handeln. Aber „slawische" Obotriten haben nie existiert. Die Theorie von „slawischen Völkerschaften" beruht auf einer Falschübersetzung von „Sclavi" nach „Slawen". Obotriten sind keine „Slawen", die hat es nirgendwo und niemals gegeben, sondern germanische Obotriten, die sich der Zwangschristianisierung widersetzten und bis nach Hamburg vorgedrungen waren.

Der Chronist Thietmar von Merseburg (975–1018) bezeichnet die Teile (Nieder-)Sachsens, die noch nicht der Conversio erlegen sind, mit Wenden-(Wend-)lande. (Wandalen = Wenden = heidnische Spätgermanen.) Ein fremdvölkisches Element mit unverständlicher Sprache ist Thietmar unbekannt. Die Gegenseite = der Gegensatz besteht für ihn nur auf „religiös"-weltanschaulichem Gebiet, nicht aber auf „völkischer" oder Stammesebene.

Es ist also irreführend, Obo- oder Abotriten als „Slawen" zu deklarieren und anzubieten. Auf einer Karte, die Anfang des 17. Jahrhunderts in Amsterdam gedruckt wurde, werden die Grenzen Mecklenburgs wie folgt beschrieben: „Es ist vor alten Zeiten ein Theil des Königreichs der Wenden gewesen und ersteckt sich längs dem Mare Balthico, oder dem Balthischen Meer, gränzet gegen Orient mit Pommern, gegen Occident beschleust es die Elbe, gegen Mittag liegt es an der Marck Brandenburg und gegen Mitternacht am Balthischen Meer. Die ersten Inwohner dieses Landes werden in der Historien Herili, Obotritae und mit einem Namen Vandali oder Wenden genennet. Das Land ist mit schönen wohlbebauten und voelckreichen Stätten gezieret."

Die Beschreibung dieser Laurembergschen Karte kommt aus der Zone: Fritz Rudolf Fries und Lothar Reher: „Erlebte Landschaft – Bilder aus Mecklenburg", VEB Hinstorff Verlag, Rostock, 1979, 2. Auflage 1982, S. XXX.

Mit bester Empfehlung
Martin Vogel,
Hofheim / Ts. 5

Reale Zukunftsangst

Die „Zukunftsangst der jungen Generation" ist seit Jahren in aller Munde. Als Mitglied dieser jungen Generation kannte ich diese Angst bislang nicht. Allmählich aber ändert sich dies.

Meine Angst wächst, daß der Friede gefährdet ist, weil immer mehr Menschen übersehen, daß Friede nur *in Freiheit von Wert ist.*

Meine Angst wächst, daß die Staaten und Systeme der Freiheit von Demagogen und Agitatoren beschimpft und handlungsunfähig gemacht, aber die Schreie der Unterdrückten in Osteuropa und vielen anderen Ländern überhört werden.

Meine Angst wächst, daß die Freundschaft zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland, die der Garant unserer Freiheit ist, von gewissen Kräften permanent angegriffen wird.

Meine Angst wächst, daß von diesen Kräften Gewalt gegen Sachen und Personen geduldet und angewandt wird (der Angriff auf einen US-General durch einen grünen Abgeordneten beim Empfang des hessischen Landtages ist nichts anderes als Gewalt gegen Personen und *spricht für eine Grundhaltung, die* das Gegenüber als Mensch zutiefst mißachtet).

Meine Angst wächst, daß eine lautstarke und radikale Minderheit das Gesetz des Handelns in die Hand nimmt und die Mehrheit träge schweigt, bis es zu spät ist (so etwas *gab es in Deutschland schon einmal!*).

Auch der Begriff „Widerstandsrecht" wird heute oft gebraucht. Wäre es *nicht an der Zeit,* daß die schweigende Mehrheit sich der Bevormundung durch eine kleine, aber lautstarke Minderheit widersetzt?

Michael Voss,
Wuppertal 1

Wort des Tages

„Kein Gebot fällt uns schwer, keines lästig, wenn wir nur wollen. Fehlt uns aber der Wille, so erscheint uns auch das Leichteste als eine gewaltige Last... Wenn du nur willst, ist nichts von diesen Dingen beschwerlich; denn nach der Gnade von oben ist alles am Wollen gelegen. Wollen wir also das Gute."

Johannes Chrysostomus, Kirchenvater (344–407)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wer bezahlt?

Wer zahlt einen Wahlkampf?

Wer zahlt die Gehälter in ihren eingenommenen Positionen zuzüglich Diäten?

Wer zahlt die übersetzte Bürokratisierung bei Bund, Land und Kommunen?

Wer zahlt die überdimensionalen Auslandsbesuche einschließlich Mitbringsel der Regierung, Minister, Staatssekretäre und deren Anhang?

Wer zahlt alle Belastungen der Staatskasse und Ausgaben, wie für Verteidigung, Soziales, Entwicklungshilfe, Auslandskredite und weiteres?

Nicht zuletzt die Tätigen, die vor dem Weltkrieg 1939 bereits berufstätig waren und nach demselben mit großem Einsatz gearbeitet haben, um den Aufbau der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen.

Nun werden die Renten und Pen*sionen* dieses Personenkreises *zum* großen Teil beschnitten.

Mit freundlichen Grüßen
Erich Schneider,
Lennestadt 14

Das Unmögliche

„Leserbrief: Die Erklärung?"; WELT vom 4. August

Sehr geehrte Redaktion,

Herr Fischer aus Mannheim hat mit seiner kritischen Glosse zur Straußschen „Wende"-Politik nur allzu recht. In einer Aussage aber irrt er sich: Man hat doch im März eine Wende wählen wollen und nicht einen Kurswechsel um 360 Grad! Dieses Kunststück bringt nicht einmal der Große Vorsitzende fertig – das geht nämlich nicht.

Als altem Seemann und Navigateur sei mir dieser berichtigende Hinweis erlaubt: Unterstellen wir der ehemaligen soz.-liberalen Koalition einen General-Kurs von *360 Grad oder 0 Grad* oder Nord-Kurs (was alles dasselbe ist), *dann* kann F. J. Strauß, will er fortan eine Wende auf Gegenkurs machen, nur auf Kurs 180 Grad oder Kurs Süd gehen. Dreht oder wendet er weiter – sei es nun mit Steuerbord-Ruder rechtsrum oder mit Backbord-Ruder linksrum – dann macht er lediglich einen vollen Drehkreis und am Ende liegt der alte Kurs von 360 Grad *oder Nord wieder an.*

Jedoch – ich muß vielleicht meine obige Aussage bezüglich Kunststück berichtigen – bei F. J. ist wohl alles *möglich. Und sei es die eigenwillige* Ausführung eines vollen Drehkreises in der eigenen Gefechtslinie seines Verbandes, um zu beweisen, was für ein tüchtiger Kommandant und Kapitän er doch ist.

Mit freundlichem Gruß
Jan H. H. Nootbaar,
Korv.-Kpt. a. D.,
Bad Honnef

SCHWIMMEN / Die Michael-Groß-Show von Rom wird bereits heute fortgesetzt



Vierfache Freude nach Goldmedaille und Weltrekord: Alexander Schowtka, Andreas Schmidt, Michael Groß und Thomas Fahrner (v. l.). FOTO: AP

Vor Gold und Rekord Streit um Schowtka Mannschaft richtete ihn wieder auf

RICHARD JANSSEN, **Rom**

Thomas Fahrner, Alexander Schowtka, Andreas Schmidt und Michael Groß: das schnellste Schwimm-Quartett der Welt. „Wer hat noch vier so schnelle Jungs wie wir?" fragt Harm Beyer, Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV), *provozierend. Nach dem Weltrekord* der vier über 4×200 m Freistil bei den Europameisterschaften in Rom erklärte der Richter aus Hamburg auf der Tribüne dem neben ihm sitzenden amerikanischen Generalsekretär des Internationalen Schwimm-Verbandes (FINA), Bob Helmick: „Jetzt müssen Eure Boys mal aufpassen, *daß wir sie bei Olympia nicht auch* schlagen."

Mit 7:20,40 Minuten hatte das DSV-Team die fünf Jahre alte Bestmarke der Amerikaner, die sie 1978 in Berlin 7:20,88 vorgelegt hatten, um fast eine halbe Sekunde verbessert. Dabei verkündeten die vier Deutschen noch in Rom, für jedermann glaubhaft: „Wir können noch schneller schwimmen." Die Amerikaner waren in Caracas bei *den panamerikanischen Spielen mit* 7:23,36 fast drei Sekunden langsamer. Und Michael Groß war in Rom mit seiner Einzelleistung von 1:47,21 gar um 66 Hundertstel schneller als bei seinem 200-m-Freistil-Weltrekord am Vortag.

Gold mit der Staffel und *Gold* durch Michael Groß über 100 m Schmetterling: *Sieben Medaillen* hatte der DSV nach zwei Tagen schon auf dem Konto, genauso viel wie zwei Jahre zuvor in Split insgesamt. Das Plansoll ist schon erfüllt. Doch die Michael-Groß-Show soll weitergehen. Heute in der 4 x 100-m-Freistil-Staffel, morgen über 200 m Schmetterling, am Samstag über 4 x 100 m Lagen. Drei Medaillen will der Offenbacher noch einfahren. *Morgen* steht über 200 m Schmetterling sein viertes *Gold und sein dritter Weltrekord auf* dem Programm. „Diese Show kann keiner mehr stoppen", kommentieren selbst begeisterte Journalisten aus der „DDR". Jörg Woithe, der Star des „DDR"-Männerteams, blieb nur die Erkenntnis: „Wir können über unsere Zeiten nicht meckern, aber die Jungs von drüben sind einfach *viel besser als wir." Und „DDR"-* Cheftrainer Wolfgang Richter ergänzte: „Michael Groß ist eine Ausnahmeerscheinung wie unser Roland Matthes in seinen besten Zeiten."

Der Staffelsieg von Rom war auch ein Sieg mit ausländischen Aspekten. Thomas Fahrner wohnt seit seinem zweiten Lebensjahr in Lyon in Frankreich, Alexander Schowtka wohnt seit April vergangenen Jahres in *Hamburg und hat neben einem deut*schen Paß auch noch einen aus Ekuador. Geboren ist er vor 19 Jahren in Venezuela. Und Andreas Schmidt studiert seit drei Jahren in Tuscaloosa in Alabama.

Doch der Staffeltriumph hatte auch seine Schattenseiten. Als Alexander Schowtka am Vormittag im Vorlauf *enttäuschte, wollte ihm Bundestrai*ner Manfred Thiesmann aus dem Team nehmen und durch den Gladbecker Dirk Korthals ersetzen. Doch Groß, Fahrner und Schmidt bestanden auf ihrem gewohnten Partner. Schwimmwart Jürgen Kozel entschied für Schowtka und für die Aktiven. Der Rekord gab ihm recht.

Schowtka beschrieb seine Gefühle nach dem Vorlauf so: „Ich kam aus dem Wasser und war wegen meiner *Zeit ein wenig* verzweifelt. Alle *Leute* haben mich fertiggemacht. Auf dem Weg ins Hotel wußte ich kaum *noch*, wo hinten und vorne ist. Doch die Mannschaft hat mich wieder aufgerichtet." Nach dem Weltrekord sagte er: „Zur Freude kam noch die Genugtuung, daß ich es ihnen gezeigt hatte."

Für Michael Groß war der Dienstag ein besonderer Tag. „Die Staffel ist immer etwas Besseres", sagte er, „erst motiviert man sich doppelt, und dann freut man sich vierfach." Seinem in Lyon studierenden Mitstreiter *Fahrner ging es nicht anders. „Heute* war ich gut motiviert und nicht mehr so nervös", erklärte er, „ich wollte den Ostdeutschen schlagen." Gemeint war Jörg Woithe aus der „DDR", der dem 20 Jahre alten Fahrner tags zuvor noch Silber über 200 m Freistil entrissen hatte.

Für Andreas Schmidt zählte allein die Anwesenheit des amerikanischen Cheftrainers Mark Schubert am Beckenrand: „*Daß die uns Europäer be*obachten, zeigt, daß sie uns als Kon*kurrenten sehen und uns nicht mehr,* wie das früher der Fall war, von oben herab betrachten. Die Zeiten sind vorbei."

Die Bilanz eines Erfolges: Schon sieben Medaillen

Herren: 100 m Schmetterling: 1. Groß (Deutschland) 54,00, 2. Lopez-Zubero (Spanien) 54,77, 3. Markowski (UdSSR) 54,81, 4. Avidsson (Schweden) 55,01, 5. Baron (Schweden) und Knust (Deutschland) beide 55,41.

400 m Lagen: 1. Franceschi (Italien) 4:20,41, 2. Berndt („DDR") 4:20,81, 3. Hladky (CSSR) 4:23,52, 4. Wladar (Ungarn) 4:24,38, 5. Divano (Italien) 4:24,39, 6. Tarsow (UdSSR) 4:27,32.

4 x 200 m Freistil: 1. Deutschland (Fahrner, Schowtka, Schmidt, Groß) 7:20,40, 2. „DDR" 7:23,01, 3. Italien 7:26,01, 4. Schweden 7:26,37, 5. UdSSR 7:28,68, 6. Großbritannien 7:30,22.

Damen: 200 m Freistil: 1. Meineke („DDR") 1:59,45, 2. Strauß („DDR") 2:00,16, 3. van Bentum (Niederlande) 2:00,81, 4. Croft (Großbritannien) 2:00,99, 5. Beyermann (Deutschland) 2:01,06, 6. Orosz (Ungarn) 2:02,65.

200 m Brust: 1. Geweniger („DDR") 2:30,64, 2. Gerasch („DDR") 2:30,67, 3. Zelenkowa (UdSSR) 2:33,10, 4. Bogomilova (Bulgarien) 2:33,80, 5. Bjelokon (UdSSR) 2:34,32, 6. Hasse (Deutschland) 2:34,41.

Kunstspringen: 1. Baldus („DDR") 494,880 Punkte, 2. Aljabiewa (UdSSR) 493,140, 3. Jongehans (Niederlande) 461,100, 4. Rossing (Schweden) 456,310, 5. Greka (CSSR) 455,910, 6. Töllner („DDR") 433,860.

Medaillenspiegel

	Gold	Silber	Bronze
1. „DDR"	6	7	1
2. BR Deutschland	3	1	3
3. UdSSR	2	3	2
4. Italien	1	–	1
5. Bulgarien	1	–	–
6. England	–	1	1
7. Spanien	–	1	–
8. Niederlande	–	–	4
9. CSSR	–	–	1

DOPING / 13 US-Athleten reisten aus Caracas ab – Flucht vor scharfen Kontrollen?

Amerikanischer Funktionär: „Zeitbombe, die detonieren mußte"

sid/dpa, **Caracas**

Mit der überstürzten Abreise von 13 amerikanischen Leichtathleten von den panamerikanischen Spielen in Caracas erhielten die Verdächtigungen neue Nahrung, daß in Kreisen der *amerikanischen Top-Athle*ten die Einnahme von unerlaubten Substanzen zur Leistungssteigerung nicht unüblich ist. Dem plötzlichen Heimflug war einer der größten Doping-Skandale in der Geschichte des Sports vorausgegangen: Insgesamt elf Athleten sind bisher von dem Untersuchungsteam des Kölners Man*fred Donike der unerlaubten Einnah*me von Anabolika überführt worden.

Die Abreise der Amerikaner wurde von Mannschaftsleitungen aus anderen Ländern unmißverständlich als Flucht vor den unerwartet konsequent durchgeführten Dopingtests gewertet. Angeblich wurden die US-Athleten vom eigenen Teamarzt rechtzeitig vor den „bisher strengsten Dopingkontrollen" gewarnt.

„Es ist wirklich eine Tragödie", erklärte William Simon, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der USA (USOC), „aber es ist keine Überraschung für alle, die in der *olympischen Bewegung stehen.* Dies war eine Zeitbombe, die irgendwann einmal detonieren mußte."

Der skandalöse Vorfall scheint im *nachhinein* den Hürdenweltrekordler Edwin Moses zu bestätigen, der bereits vor zwei Monaten nach den US-Meisterschaften in Indianapolis mehrere Athleten des Doping-Mißbrauchs bezichtigt hatte („Die Hälfte unserer Athleten ist gedopt").

Die 13 Betroffenen flüchteten sich nach ihrer Ankunft in der Heimat in fadenscheinige Begründungen. „Es war einfach zu unbequem in Caracas. Ich mußte auf dem Boden schlafen und hätte nicht meine beste Leistung gebracht. Daß plötzlich 13 von uns auf die *Idee* kamen, Caracas zu verlassen, ist bloßer Zufall", erklärte Diskuswerfer Paul Bishop in Los Angeles.

Tatsache ist aber, daß sich die US-Sportler schon länger in Venezuela aufhielten und genau zum Auftakt der Leichtathletik-Wettbewerbe das Weite suchten. Unter ihnen befand sich der Kugelstoßer Jesse Stewart, der als Favorit am gleichen Tag an den Start *gehen sollte. Der Kubaner* Luis Delis gewann mit 18,24 m den Wettbewerb. Stewart und sein ebenfalls abgereister Mannschaftskollege Ian Pyka haben in diesem Jahr schon entschieden weiter gestoßen.

„Die Athleten haben ganz offensichtlich die Qualität der Geräte unterschätzt", erklärte der kanadische Mannschaftsarzt Jack Taunton die hohe Zahl der erwischten Dopingsünder. Bereits bei der Tour de France hatte ein neues, sensibleres Analyse-Verfahren von Manfred Donike überrascht, das selbst *die monatelang* zurückliegende Einnahme der muskelaufbauenden Hormonpräparate Anabolika und Testosteron nachweist. Mit Oliger (Chile/dreimal Silber), Montiel (Nicaragua/zweimal Bronze) und Paez (Venezuela/zweimal Bronze) wurde drei weiteren Gewichthebern die Einnahme der ver*botenen Muskel-Präparate* nachgewiesen, die in Caracas zu den Medaillengewinnern gehörten.

Außerdem wurden acht weitere, nicht auf den Medaillenrängen plazierte Gewichtheber überführt. Sie erwartet eine Sperre von mindestens einem Jahr.

Personalien

EHRUNGEN

Medizinaldirektor a. D. Dr. **Gerd Sluet**, langjähriger Bundesarzt des Deutschen Behinderten-Sportverbandes, ist aus Anlaß seines 65. Geburtstages *mit der Ehrenplakette* der Landesärztekammer Hessen ausgezeichnet worden. Dies ist die höchste Auszeichnung, welche die hessische Ärzteschaft vergeben kann. Dr. Sluet, selbst oberschenkelamputiert und bis zu seiner Pensionierung 1980 leitender Arzt beim Kreiswehrersatzamt Marburg, hat *die heutigen Bedingungen für den* Erwerb des Deutschen Behinderten-Sportabzeichens gestaltet.

*

Mit ihrem diesjährigen Kulturpreis hat die Deutsche Gesellschaft für *Photographie* Dr. **Karl Pawek** aus St. Peter ausgezeichnet. Der *gebürtige Wiener hat sich vor allem* in den fünfziger und sechziger Jahren mit der Herausgabe von Zeitschriften („Magnum"), Büchern und der Gestaltung international beachteter Ausstellungen hervorgetan. Der Preis wird am 4. November im Hamburger Rathaus überreicht.

RUHESTAND

Hildegunde Feilner*, eine der bei*den Botschafterinnen des Auswärtigen Dienstes, verläßt ihren Posten als Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland in Manila und tritt in den Ruhestand. Nachfolger wird Botschafter **Klaus Zeller** (48), der bisher unter anderem in Indien, Uganda und Frankreich tätig war.

BERUFUNG

Der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, **Peter Kurt Würzbach**, CDU, hat den stellvertretenden Inspekteur des Heeres, Generalleutnant **Heinz Kasch**, als Beauftragten für Reservistenangelegenheiten eingesetzt. Er soll alle Aufgaben dieses Bereichs koordinieren und steuern *und den Bundeswehr-Reservisten* als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.



FUSSBALL / Karl-Heinz Rummenigge und Dieter Hoeneß verletzt – Misere in München

Prompt gibt es Rufe nach Paul Breitner

DW. München

Es hat wohl nicht anders kommen können: Paul Breitner bleibt auch nach seinem Rücktritt ein Thema beim FC Bayern München. Das 1:1 gegen Fortuna Düsseldorf hat es ausgelöst: In München wird nach Paul Breitner gerufen.

Es gibt zwei Gründe für diese Rufe, die schon jetzt für eine gehörige Portion Ratlosigkeit sprechen: das zerfahrene und kopflose Spiel im Mittelfeld. Und eine Serie von Verletzungen, die die Mannschaft von Trainer Udo Lattek empfindlich schwächt. Am Mittwochabend erlitt Karl-Heinz Rummenigge bei einem Spurt nach dem Ball einen Muskelfaserriß im linken Oberschenkel. Er fällt für das Pokalspiel am Wochenende (gegen Hessen Kassel) und beim Bundesligaspiel am Mittwoch in Offenbach aus. Udo Lattek: „Ich wäre schon froh, wenn Kalle am 3. September gegen Bremen wieder spielen könnte." Dieter Hoeneß, der für Rummenigge ins Spiel kam, zog sich einen Außenbandriß am rechten Knöchel zu. Bereits gestern morgen wurde er operiert, er muß fünf Wochen lang Gips tragen.

Im Mittelfeld fehlt darüber hinaus ein Mann, der für Ruhe und Ordnung sorgt. Der Däne Sören Lerby, der Paul Breitner ersetzen soll, enttäuschte erneut. Lattek verteidigte ihn: „In einer Mannschaft, in der es nicht läuft, kann Lerby noch nicht der Chef sein."

Ein Favorit stolpert, ein vermeintlicher Abstiegskandidat wird von den Zuschauern nach dem Schlußpfiff mit stehenden Ovationen gefeiert: Der VfL Bochum, der seine wichtigsten Spieler verkaufen mußte, um überhaupt eine Lizenz zu erhalten, hat nun schon vier Pluspunkte. Braunschweigs Vereinspräsident Eennes Jäcker nach der 1:3-Niederlage seiner Mannschaft: „Bochums Spielern wuchsen nach der Führung Flügel, und jede Bundesligamannschaft hätte heute hier verloren." In der Tat wurde die Braunschweiger Abwehr mit spielerischen Mitteln geknackt. Stefan Kuntz, 20 Jahre alt, vorher Amateur bei Borussia Neunkirchen, erzielte dabei bereits seinen dritten Treffer im dritten Spiel. Doch Vereinspräsident Ottokar Wüst bleibt wohl zu Recht erst einmal bei der Warnung: „Wir stehen vor der schwersten Saison unserer Vereinsgeschichte."

Wie die „schwarze Diva" Eschweiler ein Spiel nach eigenen Regeln pfeift

Es war, als wären die Bayern gekommen, oder der Hamburger SV: Länderspielkulisse, 55 000 Menschen, sogar Ministerpräsident Lothar Späth wollte beim Baden-Württembergischen Derby zwischen dem schwäbischen Renommierklub aus Stuttgart und dem forschen Aufsteiger Mannheim dabei sein.

Doch dann wurde die Partie, die eigentlich ein Fußball-Festival hätte werden sollen, zum Ärgernis, dank Walter Eschweiler (48). Der Schiedsrichter zog seine große Show ab, zeigte Mannheims Libero Günter Sebert (35) die rote, sechs weiteren Spielern die gelbe Karte und pfiff ansonsten nach eigenen Regeln.

Herr Eschweiler gelte als regelkundiger Mensch und wisse sicher, was er gemacht habe, erklärte Mannheims Trainer Schlappner. Schlappner wollte sich den Mund nicht verbrennen und flüchtete deshalb in Ironie. Sein Assistent Klaus Sinn wurde deutlicher: „Warum gibt es eigentlich die Altersgrenze für Schiedsrichter?"

Diese Grenze liegt bei 47 Jahren. Für den im diplomatischen Dienst beschäftigten Eschweiler (Spitzname: „Die Pfeife vom Auswärtigen Amt") wurde sie für diese Saison aufgehoben. Kamerad Eschweiler sei als Schiedsrichter eine Ausnahmeerscheinung, begründeten die Kameraden im Schiedsrichter-Ausschuß. Viele hatten sich dieser Meinung angeschlossen.

Bei Walter Eschweiler erhebt sich jetzt aber der Verdacht, er fühle sich nun erst recht als Superstar, flippe total aus in seiner Selbstdarstellung. Eschweiler hielt sich im Neckarstadion nicht an seine Aufgabe, sportlicher Richter auf dem Rasen zu sein. Nein: Eschweiler inszenierte das gesamte Spiel.

„Ein Schiedsrichter kann es im Alleingang fertigbringen, ein Spiel 0:0 enden zu lassen. Wenn Flanken in den Strafraum flogen, hat Eschweiler

STAND ● PUNKT

jedesmal abgepfiffen, obwohl im Strafraum noch nicht einmal die Andeutung eines Zweikampfes zu sehen war", kritisierte der Stuttgarter Trainer Benthaus.

Höhepunkt der Fehlentscheidungen, die sich wie ein roter Faden durch Eschweilers Auftritt zogen: In der 75. Minute bremst der bereits verwarnte Mannheimer Kapitän Sebert den Stuttgarter Reichert mit einem Body-check. Eschweiler bestraft das Opfer Reichert mit einer Verwarnung, Sebert läßt er laufen. Zehn Minuten später führt ein Allerweltsfoul von Sebert gegen Karl-Heinz Förster zum Platzverweis. Das war nichts anderes als die peinliche Korrektur einer Fehlentscheidung.

Weil sich Förster in dieser Szene zweimal spektakulär am Boden überschlagen hat (Trainer Schlappner sprach von einem „Gienger-Salto par excellence"), müssen die Mannheimer nun für ein paar Wochen auf den Mann verzichten, den sie in Waldhof wegen seiner Ruhe und seines aufrechten Charakters „das Denkmal" nennen. „Der Karl-Heinz hat diesen Platzverweis doch provoziert", sagt Siebert. So etwas ist bitter für ein Vorbild und eine Persönlichkeit wie Siebert. Er könne aus diesen Dingen nur lernen, man müsse cleverer werden, weg vom Aufsteiger-Image, weg vom Image, ja doch nur eine graue Maus zu sein, in der auch ein Mann in Schwarz spielen könne.

Neuling Sebert hat in seinem dritten Bundesligaspiel festgestellt, daß er sich sportlich in einem Zweiklassensystem bewegt. Sebert: „Bei Eschweiler hieß es nur Karl-Heinz hinten, Karl-Heinz vorne, der war mit den Nationalspielern wie den Försters per Du, da war keine Distanz mehr. Von uns aber hat er sieben oder acht Spielern die rote Karte angedroht. Sogar unserem Torwart Uwe Zimmermann, als der einmal einen Abstoß etwas verzögerte."

Fast noch schlimmer aber empfand Sebert Eschweilers dauerndes Gerede. „Eschweiler hat auf dem Spielfeld nur dummes Zeug erzählt, von seinen Schwiegereltern, und, und, und ... der soll sich doch aufs Pfeifen konzentrieren."

Doch das kann der Egozentriker Eschweiler nicht. Deshalb droht jeder Auftritt dieses Schiedsrichters die Bundesliga zu verfälschen.

MARTIN HÄGELE

Walter Eschweiler in Aktion: Rote Karte für den verdutzten Mannheimer Mannschaftskapitän Günter Sebert. FOTO: FERDI HARTUNG

TABELLE

Der 3. Spieltag

Nürnberg – Bielefeld	2:0	(0:0)
München – Düsseldorf	1:1	(0:1)
Bochum – Braunschweig	3:1	(2:1)
Stuttgart – Mannheim	0:0	
K'lautern – Dortmund	2:2	(1:0)

(fand bereits am 17. August statt)

1. Bundesliga

1. München	3	2	1	0	6:3	5:1
2. Uerdingen	2	2	0	0	9:4	4:0
3. Hamburg	2	2	0	0	5:3	4:0
4. Stuttgart	3	1	2	0	5:2	4:2
5. Düsseldorf	3	1	2	0	4:2	4:2
6. Bochum	3	2	0	1	6:6	4:2
7. Mannheim	3	1	1	1	4:3	3:3
8. Leverkusen	2	1	0	1	4:2	2:2
9. Bremen	2	1	0	1	5:4	2:2
10. Offenbach	2	1	0	1	4:4	2:2
11. Kaiserslaut.	3	0	2	1	6:7	2:4
12. Dortmund	3	0	2	1	5:6	2:4
13. Nürnberg	3	1	0	2	4:7	2:4
14. Bielefeld	3	1	0	2	4:7	2:4
15. Braunschw.	3	1	0	2	4:8	2:4
16. Gladbach	2	0	1	1	4:5	1:3
17. Frankfurt	2	0	1	1	4:7	1:3
18. Köln	2	0	0	2	2:5	0:4

Wird der Anteil von Porno- und Gewaltfilmen übertrieben? – Video (I)

Ein „Muttertag", der fürchten macht

Es liest sich harmlos und lieblich: „Muttertag". Der Titel eines Videofilms, der uns freilich gleich anderes ahnen läßt, wenn wir uns die weniger liebliche Illustration der Kassette ansehen. Aber was der Kunde dann, wenn er die Spule im Video-Kasten hat, zu sehen bekommt, hat mit Idylle schon gar nichts mehr zu tun. Eine junge Frau wird halbtot geprügelt, Mütterchen feuert die Peiniger grinsend an, ehe sie ihrer Tochter mit einem Strick den Hals zuschnürt.

Brutal, unverantwortlich – oder einfach nur lächerlich?

Anderswo lädt ein verheißungsvollerer Titel auf leuchtend rotem Blutklecks über schmerzverzerrten Frauengestalten zum Horror-Vergnügen: „Hexen – geschändet und zu Tode gequält".

Wieder eine andere Kassette singt das „Wiegenlied vom Tod". Trapper überfallen ein Indianerdorf, vergewaltigen die Frauen unter nahe gerückter Kamera, knallen die Männer ab und hauen fliehenden Kindern die Köpfe entzwei.

Und wie wär's mit ein paar scharfen Blicken durchs Schlüsselloch einer Hinrichtungskammer?

Es sind Kassetten, die unterm Ladentisch hervorgezogen wurden. Denn diese Videothek hier ist keine von denen, die das Schild „Nur für Personen über 18 Jahre" auf der Eingangstür tragen, wo das Blut in jeder Ecke spritzt, wo Schüsse peitschen, wo es verrucht aus Bordellen stöhnt und wo „unterm Dirndl gejodelt" wird. Vielmehr reihen sich da recht ansehnliche Filme nebeneinander auf, auch Filmklassiker von Eisenstein wie Komödien mit Juhnke, Kindertrickfilme und Hitchcock-Krimis. Filme wie die eingangs erwähnten werden hier also nicht zur Schau gestellt. Das dürfen sie auch nicht, sobald sie indiziert sind. Für sie darf denn auch nicht geworben werden, und vor allem dürfen sie nicht Jugendlichen oder Kindern ausgehändigt werden. Wie viele Videothekare sich daran wirklich halten, ist freilich unerforscht.

Etwa 4000 Videotheken in der Bundesrepublik halten derzeit ein Angebot von 4700 Titeln bereit. Rund zwei Millionen Kassetten haben die Produzenten im vergangenen Jahr zu Preisen von insgesamt 340 Millionen Mark an die Videohändler verkauft. Mehr als zwei Millionen Haushalte verfügen über einen Videorecorder, und bis 1987 wird sich diese Zahl Expertenschätzungen zufolge auf etwa zehn Millionen erhöht haben. Die allermeisten Konsumenten kaufen sich die Videofilme nicht, sondern leihen sie sich eben in einer der Videotheken aus – für Gebühren von einer bis 15 Mark pro Tag oder zu ermäßigten Preisen halbwöchentlich und wöchentlich. Leider kann es da nicht ausbleiben, daß immer mehr Kinder und Jugendliche Filme zu Gesicht bekommen, mit denen sich manche Erwachsene ihren inwendigen Sadismus aufstacheln.

Fachleute aus der Videobranche und Kenner der Szene verweisen freilich entschieden darauf, daß der Anteil von Porno- und Gewaltfilmen am Video-Gesamtangebot in der allgemeinen, von Politikern hochgespielten und ausgenutzten Diskussion weit übertrieben wird. So bezeichnet Detlef Dünker, Vorsitzender des Verbands der Videohersteller Deutschlands in der „International Federation of Video and Phonographs" (London) die derzeit anhaltende Indizierungswelle schlicht als „irrwitzig". Tatsächlich haben kommunale Jugendämter und Landesjugendämter in letzter Zeit rund 25 Indizierungsanträge pro Monat – insgesamt fast 800 – bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften eingereicht.

Zu 90 Prozent, sagt Dünker, seien die Filme, als sie seinerzeit in die Kinos gelangten, von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) „freigegeben" worden. Doch muß er auch eingestehen, daß sie leider von einigen Branchenkollegen in ungeschnittener Fassung angeboten wurden. Das heißt: Die Auflagen der FSK wurden hier nicht immer eingehalten.

Dünker nennt ein Mittel und sieht sich da in Übereinstimmung mit den allermeisten Videoherstellern, die dies schon seit längerem konkret diskutieren: eine eigene Freiwillige Selbstkontrolle der Videohersteller. Dann wäre es endlich auch möglich, die Filme richtig zu katalogisieren – ob sie nun für Kinder, für Jugendliche oder nur für Erwachsene geeignet sind. Das müßte dann, meinen die Hersteller, wohl auch die Indizierung entschärfen. Denn viele Filme, die derzeit der Bundesprüfstelle vorliegen, zählen durchaus nicht zur Klasse der harten, primitiven Gewalt- und Pornofilme, sondern müssen lediglich als bedenklich im Hinblick auf Minderjährige eingestuft werden.

HERMANN A. GRIESSER

KRITIK

Mehr schaffen trotz Wehwehchen

Der hinlänglich bekannte Tanz um den „gelben Schein", der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Gehörte es früher, in fetten Jahren, bei vielen zum „guten" Ton, sich „seine Grippe zu nehmen" oder regelmäßig zu kuren, so ist es heute beinahe selbstverständlich, trotz kleinerer oder größerer Wehwehchen zu schaffen. Der Krankenstand ist konjunkturabhängig, zumindest hierzulande.

Wie es jenseits der Grenzpfähle und auch in fernen Industrienationen aussieht, ließ Rudolf Blank („Sind die Deutschen gesünder geworden?", ZDF) unter den Tisch fallen. Dabei wäre es schon interessant gewesen, zu erfahren, ob etwa amerikanische, französische oder japanische Arbeitnehmer ähnlich kränkeln. Zu hinterfragen vergessen hat Blank zudem die Aussage des Kassenvertreters, weniger gelbe Scheine brächten letztlich keine Einsparungen, denn das dicke Ende, die Verschleppung so mancher Krankheit, bedinge erkleckliche Folgekosten. Das klingt zwar plausibel, muß deswegen aber noch nicht stimmen.

Schließlich das Elend mit den Kuren, besser wohl Kurorten. Sie siechen dahin und sehen keinen Ausweg. Sünden der Vergangenheit haben es der Regierung leichtgemacht, die Kurorte „auszutrocknen", auch auf die Gefahr, damit die Arbeitslosenzahl weiter in die Höhe zu treiben. Es ist nämlich unterlassen worden, die Notwendigkeit von vorbeugenden Kuren für die Gesundheit überzeugend zu begründen. So blieb es ein Luxus, der Teil des vielgerühmten und heute nicht mehr unantastbaren sozialen Besitzstandes wurde.

Blank blieb in seiner Analyse viel schuldig. Er beschränkte sich auf die wohlbekannten Positionen von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Kassen, fragte artig ihre Ideologien ab, kreiste die Problematik mit Statistiken ein und unterschlug die eigentliche Gesundheits-Problematik. Arbeitsmediziner und Medizinsoziologen hätten dazu noch Wichtiges zu sagen gehabt. Nun, was bleibt? Sind die Deutschen um so gesünder, je weniger sie arbeiten müssen – sofern sie überhaupt arbeiten dürfen? Wieder mal nur ein Spiel mit schrillen Fragezeichen. Blank hat leider nur die Verpackung des Problemknäuels geöffnet.

JOCHEN AUMILLER

NACHRICHTEN

Nastase erhebt Einspruch

Jericho (sid) – Der rumänische Tennisspieler Ilie Nastase hat gegen seine vom internationalen Council verhängte Sperre Einspruch eingelegt. Weil Nastase beim Turnier in Stowe (US-Bundesstaat Vermont) nach einer Diskussion mit den Linienrichtern seinen Schläger vor Wut auf den Boden geschmettert hatte, belegte ihn das Council mit einer Spielsperre von 42 Tagen und einer Geldstrafe von umgerechnet 22 500 Mark. Durch die aufschiebende Wirkung des Einspruchs kann Nastase an den nächste Woche beginnenden Offenen Meisterschaften der USA in New York teilnehmen.

Boxen: Vier Medaillen

Bangkok (sid) – Die deutschen Teilnehmer bei den Militär-Weltmeisterschaften im Boxen gewannen vier Silbermedaillen. Stefan Gertel (Worms) im Bantam-, Reiner Gies (Kaiserslautern) im Feder-, Alexander Künzler (Karlsruhe) im Welter-, und Manfred Zielonka (Düren) im Halbmittelgewicht waren in Bangkok jeweils erst im Finale unterlegen.

Fußball: Streit in Mexiko

Mexiko (dpa) – Die mexikanische Regierung hat einseitige Entscheidungen von Guillermo Canedo, dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees des nationalen Fußball-Verbandes, bei der Vorbereitung der Weltmeisterschaft 1986 kritisiert. Das Staatssekretariat für Sportfragen rügt, daß es nicht über zwei öffentliche Ausschreibungen informiert wurde, durch die ein Maskottchen und ein geeignetes Werbeplakat gefunden werden sollen. Canedo meint dagegen, nur sein und der internationale Fußball-Verband (FIFA) seien für die Organisation und Abwicklung der WM zuständig.

Marathon-Star verunglückt

Bogotá (dpa) – Marathon-Läufer Victor Mora (Kolumbien) erlitt auf dem Weg zum Flughafen in Bogotá einen Autounfall und mußte dadurch auf die Reise zu den panamerikanischen Spielen in Caracas verzichten. Einen Start beim ersten Marathon-Weltcup am 25. September in Montreal mußte er ebenfalls absagen.

Cram schneller als Wülbeck

Oslo (dpa) – Der Engländer Steve Cram, Weltmeister über 1500 m, lief beim Leichtathletik-Sportfest in Oslo über 800 m Weltjahresbestzeit. Cram war in 1:43,61 Minuten um vier Hundertstelsekunden schneller als Willi Wülbeck beim Gewinn der Weltmeisterschaft auf dieser Strecke. Die in Oslo angekündigten Weltrekordversuche von Steve Ovett (1 Meile) und Jarmila Kratochvilova (800 m) scheiterten.

Egon Schmitt zieht Lose

Düsseldorf (sid) – Egon Schmitt, früherer Kapitän und Rekordspieler der deutschen Amateur-Nationalmannschaft (79 Einsätze), wird am Sonntag die Spiele der zweiten Hauptrunde (8. 10.) im deutschen Fußball-Pokal auslosen. Im Rahmen der „Sportschau" (ab 18.33 Uhr) wird die Auslosung im ersten deutschen Fernsehen (ARD) original übertragen.

Karpow Turniersieger

Hannover (dpa) – Anatoli Karpow gewann erwartungsgemäß das Turnier um die internationale deutsche Schach-Meisterschaft. Der Weltmeister erreichte nach einem Unentschieden gegen Bouaziz (Tunesien) 11,0 Punkte aus 15 Partien. Zweiter wurde sein sowjetischer Landsmann Georgadse (10,5 Punkte), bester Deutscher ist Peter Ostermeyer aus Köln-Porz (8,5) auf Platz fünf.

ZAHLEN

SEGELN

Europameisterschaft der Tornado-Klasse vor Kopenhagen, dritte Wettfahrt: 1. Neuhann/Sprengler (Deutschland), 2. van Bladel/Lambriex (Holland), 3. Loday/Aussedat (Frankreich). – Gesamtstand: 1. Petschel/Schlagbauer (Österreich) 29,0 Punkte, 2. Elvström/Elvström (Dänemark) 30,0, 3. Lewis/Snook (Australien) 34,7, ... 8. Neuhann/Sprengler 43,0 Punkte.

BASKETBALL

Weltmeisterschaft der Junioren auf Mallorca, Finalrunde: Argentinien – UdSSR 91:87, Deutschland – Italien 75:63, Brasilien – Jugoslawien 80:67.

FUSSBALL

2. Liga, 5. Spieltag: Duisburg – Köln 3:2, Osnabrück – Stuttgart 2:2, Schalke 04 – Saarbrücken 1:1, Freiburg – Aachen 2:1, Darmstadt – Kassel 2:1. – Juan-Gamper-Turnier in Barcelona: Borussia Dortmund – RSC Anderlecht 3:2, FC Barcelona – Nottingham Forest 2:0.

RADSPORT

Bahn-Weltmeisterschaft der Amateure in Zürich, 1000-m-Zeitfahren: 1. Kopylow (UdSSR) 1:03,94 Minuten, 2. Scheller (Deutschland) 1:05,02, 3. Thoms („DDR") 1:05,07, 4. Schmidtke (Deutschland) 1:05,10, 5. Adair (Neuseeland) 1:05,40, 6. Rasmussen (Dänemark) 1:05,83.

RADSPORT

Scheller hielt, was Schmidtke versprach . . .

dpa/sid, Zürich

Die erste Entscheidung bei den Rad-Weltmeisterschaften der Bahnfahrer brachte gleich eine Überraschung. Nicht die Favoriten Fredy Schmidtke (Köln) und Lothar Thoms („DDR"), sondern zwei schwächer eingestufte Fahrer belegten die ersten beiden Plätze im 1000-m-Zeitfahren. Hinter Sergej Kopylow (UdSSR) kam der Herpersdorfer Gerhard Scheller auf den zweiten Rang. Dahinter belegten Thoms und Schmidtke die Plätze drei und vier.

Der Gewinn der Silbermedaille ist Schellers bisher größter Erfolg. Seine Leistung ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß er vor drei Wochen noch gar nicht als Teilnehmer im 1000-m-Zeitfahren feststand. Erst in einer internen Qualifikation in Hannover erkämpfte sich Scheller die WM-Fahrkarte. Nach der Siegerehrung erklärte er: „So gut habe ich mich noch nie gefühlt. Da hat einfach alles gestimmt."

Ganz anders sah es beim entthronten Titelverteidiger Fredy Schmidtke aus. Nach dem Rennen war der Titelverteidiger keines Wortes fähig und erbrach sich. Dabei sah es nach den ersten beiden Bahnrunden gar nicht schlecht für Schmidtke aus, denn er lag nur unwesentlich hinter Kopylows Zeit zurück. Der Einbruch kam erst in der letzten Runde. Diese Zeitvergleiche sind auch ein Grund für Bundestrainer Dieter Berkmann, an Schmidtke als Nummer eins der deutschen 1000-m-Zeitfahrer festzuhalten. „Für mich ist er international weiterhin einer der schnellsten Kilometer-Fahrer", läßt Bergmann keine Zweifel aufkommen.

Eine zweite Enttäuschung für die deutschen Teilnehmer gab es durch Rolf Gölz (Berlin) in der 4000-m-Einzelverfolgung. Nach dem frühen Ausscheiden von Titelverteidiger Detlef Macha („DDR") schien der Weg für den WM-Zweiten von 1982 frei. Doch schon im Viertelfinale schied Rolf Gölz gegen Dainis Liepinch (UdSSR) aus. Hier haben sich wohl die zahlreichen Rennen in der WM-Vorbereitung als schädlich erwiesen. Gölz wirkte völlig ausgebrannt.

HOCKEY

Niederlage – nun gegen Holland

sid/dpa, Amstelveen

Im letzten Gruppenspiel gab es für die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Herren bei der Europameisterschaft die erste Niederlage. Das Team von Bundestrainer Klaus Kleiter unterlag gegen Spanien mit 2:4. Dabei wollten die deutschen Spieler mit einem Erfolg eigentlich Gruppensieger werden, um im Halbfinale nicht gegen Gastgeber Holland antreten zu müssen. Nun muß der Titelverteidiger morgen gegen die Holländer spielen, die in Amstelveen von 10 000 Zuschauern unterstützt werden.

Die Niederlage kam für die deutschen Hockeyspieler wahrscheinlich zur rechten Zeit. Da sie sich schon vor dem Spanien-Spiel für das Halbfinale qualifiziert hatten, spielte das Ergebnis eine eher untergeordnete Rolle. Viel wichtiger für den Bundestrainer waren denn auch die Erkenntnisse, die er aus dem 2:4 sammeln konnte. Nur eine Halbzeit lang hatte die deutsche Mannschaft die Ermahnungen befolgt, mannschaftsdienlicher zu spielen und weiträumiger zu kombinieren. „Nach dem Wechsel schlichen sich die alten Fehler ein. Jeder spielte zuviel für sich, und die Schwächen im Mittelfeld traten wieder zutage", bemerkte Sportwart Hugo Budinger. Der Bundestrainer brachte es auf eine kürzere Formel: Sein Team habe den möglichen Sieg durch individuelle Fehler vergeben, vor allem im Mittelfeld. Budinger sagte dazu: „Dort wird zu langsam umgeschaltet, der Ball zu lange gehalten."

Der Bundestrainer hat also noch wenig Zeit, auf diese Fehler zu reagieren. Die Lage vor dem Halbfinalspiel ist kritisch, aber nicht hoffnungslos. Für das deutsche Team spricht auf jeden Fall die Tatsache, daß sie sich fast immer als sogenannte Turnier-Mannschaft herausgestellt hat, die sich von Spiel zu Spiel steigern kann. Ein zusätzlicher Anreiz besteht nach Meinung von Stefan Blöcher im Ort des Geschehens. „Nirgendwo anders in Europa findet man eine solche Atmosphäre wie im Wagener-Hokkey-Stadion von Amstelveen vor den Toren Amsterdams. Dort will ich auch ins Endspiel", erklärt der Limburger die zusätzliche Motivation.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Sport aktuell
Schwimm-EM in Rom / Rad-WM und Int. Leichtathletik-Sportfest in Zürich / Fußball-Bundesliga
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.25 Der Mann in den Bergen
Der alte Kesselflicker
16.10 Tagesschau
16.15 Unser Ladenschlußgesetz
Film von Armin Maiwald
Um 18.30 Uhr Ladenschluß! Ausnahmen sind gesondert zu genehmigen. Wer sich nicht an das Gesetz hält, macht sich strafbar. – Wem nutzt das Gesetz? Warum wird es so verbissen verteidigt! Maiwald war bei Gewerkschaften und Arbeitgebern, bei Verbraucherinnen und Verkäuferinnen und hat sich im Ausland umgesehen. Dort ist man großzügiger; man kann häufig noch bis 22.00 Uhr einkaufen.
17.00 Matt und Jenny
8. Folge: Der Deserteur
17.25 Kein Tag wie jeder andere
Herbert, Karo und 260 Schafe
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Wohlstand auf Widerruf
Die ökonomischen Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland
Bericht von Hans Jürgen Frischhut
21.00 Bei Bio
Gespräche mit Musik live
Gäste u. a.: Jazzsängerin Nina Simone, Mari Wilson mit ihrem Orchester, der „Duden-Papst" Dr. Günther Drodowski und der Komiker Emil Steinberger. Ferner Ausschnitte aus der Kinderoper „Wittkopp".
22.00 Souvenirs, Souvenirs
Ausgesucht von Chris Howland
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Schwimm-EM in Rom / Rad-WM in Zürich
23.45 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Pinocchio
Landstreicher Romeo
15.45 Ich war frei, ich war glücklich
Eine Show mit Julie Andrews und den Muppets
16.55 Ferienkalender
17.00 Musik und Technik
5. Folge Synthesizer
17.50 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Peter Lustig
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Der Paragraphenwirt
Geburtstagsüberraschungen
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Ratespiel mit Hans Rosenthal
21.00 heute-journal
21.20 Nachdenken über Deutschland
Ansichten von Günter Diehl
Der Filmbericht zeigt das Doppelgesicht der Bundesrepublik Deutschland: hier ein blühendes Gemeinwesen, dort der auch gewaltsame Angriff auf die Grundwerte; Bildfolgen von friedvoll-harmonischen Landschaftsszenen bis zu Momentaufnahmen von schweren Ausschreitungen und Straßenschlachten. Übertriebene Befriedigung materieller Bedürfnisse und vielfältige Formen der Ablehnung der Gesellschaft und des Aussteigertums werden von der Kamera eingefangen.
22.05 Leonard Bernstein zum 65. Geburtstag:
Musik aus USA
Rhapsody in Blue, West Side Story u. a.
22.55 Aspekte extra
Leonard Bernstein im Gespräch mit Alexander U. Martens
23.15 Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm
Geschichte der Nacht
00.15 heute

Muppet-Star Kermit lauscht andächtig dem Show-Star Julie Andrews – „Ich war frei, ich war glücklich", ZDF, 15.45 Uhr
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Jim Knopf und die Wilde 13
Spiel mit der Augsburger Puppenkiste (3)
Von der Wüste nach China
18.00 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Achterbahn (8)
Mit Spencer, Elvis und dem Pelikan
19.30 Scherlock Schmidt & Co
Viel Lärm
19.00 Götter und Helden der Antike (8)
Die tapferen Männer von Sparta
19.15 Neues Leben aus der Retorte?
Von der Gen-Forschung zur Gen-Synthese

WEST/NORD/HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Prinz Eisenherz
Amerikan. Spielfilm (1954)
Mit Robert Wagner, James Mason, Janet Leigh u. a.
Regie: Henry Hathaway
21.50 Das sind wir
Unterhaltungsprogramm aus dem Wohnzimmer
Von Klaus Struck
22.50 Steine, redet ein Wort!
Paris/Frankfurt: Die Suche nach städtischen Lebensformen
Film von Samuel Schirmbeck
23.35 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

15.00 Hurra, ich bin Papa
Dt. Spielfilm (1939)
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Herbst
Von Curt Goetz
Mit Valerie von Martens-Goetz, Gerlinde Locker, Theo Lingen.
Regie: Kurt Wilhelm
20.10 Die Kommode
Einakter von Curt Goetz
21.00 Daran stirbt man, niemals reden können ...
Maria Menz – Autorin im schwäbischen Oberland
21.45 Sport
22.30 Dallas

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch:
Bitte recht freundlich, es wird geschossen (2)
Fernsehspiel in zwei Teilen von Peter Yeldham
Mit Lil Dagover, Walter Wilz u. a.
Regie: Rolf von Sydow
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
ARD-Talkshow mit J. Fuchsberger
Zu Gast: Max Schmeling (2)
21.45 Europa nebenan
22.30 Dallas
Die Abrechnung
23.15 Rundschau

Keine Partnerschaft in Fragen der Sicherheit

Windelen: Interessen mit der „DDR" zu verschieden

MANFRED SCHELL, Bonn

Eine „innerdeutsche Sicherheitspartnerschaft", also eine spezifische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" auf dem Feld der Sicherheit und Abrüstung, ist nach Auffassung der Bundesregierung nicht möglich. In einem Grundsatzartikel des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), der im Bulletin der Bundesregierung veröffentlicht wurde, heißt es, aus der Sicht der „DDR" und aus der Interessenlage Bonns heraus sei *eine solche Partnerschaft nicht möglich.* Windelen: „Das Verteidigungsbündnis mit den westlichen Demokratien ist die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland und auch die Räson ihrer Deutschlandpolitik."

Ziel der Bundesregierung sei es nicht, der „DDR" Schaden zuzufügen, sondern, gemäß dem Grundlagenvertrag vom Dezember 1972, eine Normalisierung und gutnachbarliche Beziehungen herzustellen. Es gelte, den Ost-West-Konflikt in Deutschland, soweit es möglich sei, „einzugrenzen". *Dies müsse auch im Interesse der Sowjetunion liegen,* schreibt Windelen. „Bei allen ihren Versuchen, Westeuropa von den Vereinigten Staaten abzukoppeln – und diesen Versuchen haben wir zu widerstehen –, ihre erste europäische Priorität besteht doch darin, ihr osteuropäisches Vorfeld, das sich bis nach Mitteleuropa hinein erstreckt, ruhigzuhalten." Das könne nach Lage der Dinge „nicht mehr durch kalten Krieg, Abschottung und Konfrontation, sondern nur durch Zusam*menarbeit und Verbindung* mit den Ländern Westeuropas gelingen". Hier liege, wenn auch von unter*schiedlichen Ausgangspositionen,* „eine Interessenüberschneidung zwischen West und Ost vor, mit der sich auch und insbesondere im innerdeutschen Verhältnis „arbeiten" lasse.

Kein „deutscher Sonderweg"

Nicht nur Bonn, auch Ost-Berlin habe einer innerdeutschen Sicherheitspartnerschaft eine Absage erteilt. Was die „DDR" vorschlage, laufe auf die Aufforderung hinaus, sich den diversen Vorschlägen des Warschauer Paktes „gemeinsam" mit Ost-Berlin anzuschließen. Entschieden rät Windelen in seinem Beitrag von einem „deutschen Sonderweg" ab. Gewiß würden Bündnisse nicht auf Ewigkeit geschlossen. „Aber solange die Machtstruktur in Europa und der Welt so ist, wie sie ist, ist das Bündnis unverzichtbar. Wir Deutschen sollten nach den Erfahrungen unserer *Geschichte* von jeder Neuauflage einer deutschen Sondermission oder eines deutschen Sonderweges absehen, jetzt mit dem Ziel, um der Menschheit, des Friedens und der Nation willen die bestehende Machtstruktur zu unterlaufen oder sachte aus den Angeln zu heben, wie da und *dort spekuliert wird.*"

Für konkrete Zusammenarbeit

Deutschlandpolitik erschöpfe sich nicht in innerdeutschen Beziehungen, in Politik gegenüber der „DDR", schreibt Windelen. Politik im Sinne aller und für alle Deutschen „schließt *die Sicherung* des Bestandes, der Unabhängigkeit und der Wohlfahrt der Bundesrepublik Deutschland ein". Die „*DDR*" habe auf diese Klarstellung nicht mit „Wut" oder mit „Türzuschlagen" reagiert. Sie habe, ihre Interessen fest im Blick, den Grundlagenvertrag als alleinige Basis für die Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands bezeichnet.

Trotz der Absage an innerdeutsche Sonderbeziehungen auf dem Feld der Sicherheitspolitik verstehe es die „DDR", gesamtdeutsche Gefühlswerte für die Anti-Nachrüstungs-Kampagne einzuspannen. Die Politik Bonns aber habe die Wirksamkeit *dieser Bemühungen stark* eingeschränkt, meinte Windelen. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl habe vorgeführt, „daß sie einerseits die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland konsequent wahrnimmt und andererseits der DDR – wenn dies deutschen Interessen entspricht – ihre helfende Hand nicht versagt". Das wirke nach allen Seiten, „innenpolitisch, außenpolitisch und auch in die DDR hinein". Der Standpunkt der Bundesregierung, so Windelen, laute: „Die DDR-Führung trägt für das Wohl und Wehe der Bürger ihres Landes Verantwortung. Wir wollen Dialog und *konkrete Zusammenarbeit im* Vertrauen darauf, daß die konkrete Verantwortung, die beiden Seiten jeweils obliegt, zu einvernehmlichen Lösungen zum Wohle der Menschen führt."

Rückschlag für „Solidarität" in Danzig

AP/rtr, Warschau

In großer Aufmachung hat die polnische Presse gestern die jüngsten Rückschläge für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" herausgestrichen. Auf den Titelseiten berichteten die Zeitungen über *das* weitgehende Scheitern des Bummelstreiks auf der Danziger Lenin-Werft und über den Gewerkschafter Wladyslaw Hardek von der Untergrundführung der „Solidarität", der sich den Behörden gestellt hat.

Nach Einschätzung westlicher Korrespondenten ist der Aufruf zu dem auch von Arbeiterführer Lech Walesa befürworteten Bummelstreik in Danzig von den meisten Werftarbeitern nicht befolgt worden. Die Androhung harter Strafen durch die Behörden habe offenbar ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Betriebe in Danzig waren aufgefordert worden, die Arbeitsgesetze strikt anzuwenden. Mit dem Bummelstreik sollte die Regierung *unter* Druck gesetzt werden, Verhandlungen über die Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit aufzunehmen.

Der Gewerkschafter Hardek, einer der Gründer des im Untergrund arbeitenden „Provisorischen Koordinierungsausschusses" der „Solidarität", ist der erste Angehörige dieses Gremiums, der sich freiwillig gestellt hat und damit von dem Amnestieangebot der Regierung Gebrauch machte. Erst kürzlich hatte er noch einen Aufruf zu Protestaktionen am dritten Jahrestag des Danziger Abkommens vom 31. August 1980 mitunterzeichnet.

Bevor er *in den Untergrund ging,* war Hardek Vorsitzender der „Solidarität" in der Lenin-Stahlhütte von Nowa Huta, Polens größtem Industriebetrieb. Dort organisierte er unmittelbar nach Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 noch einen Streik.

Im Fernsehen rief Hardek jetzt die polnischen Arbeiter dazu auf, alle Aktionen einzustellen, die Gewalt erzeugen könnten. Er sagte, er sei nach reiflicher Überlegung zu dem Schluß gekommen, daß der „von uns zunächst für richtig gehaltene Weg zu Verlusten führt".

Wie die amtliche Nachrichtenagentur PAP meldete, *sind* unter dem Amnestiegesetz bislang 844 Personen aus den Gefängnissen entlassen worden.

Seite 2: Generale links und rechts

Kohl setzt auf Staatsautorität

Kanzler: Über Sicherheit muß im Kabinett und nicht auf der Straße entschieden werden

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die in der Sicherheitspolitik nötigen Entscheidungen werden in den dafür zuständigen politischen Gremien und „nicht auf der Straße" getroffen. *Mit diesem Hinweis hat* Bundeskanzler Helmut Kohl in der ersten Kabinettssitzung nach der Sommerpause gestern eindeutig seinen Willen bekräftigt, die staatliche Autorität einzusetzen, damit der NATO-Doppelbeschluß in der Weise verwirklicht werden kann, wie ihn die Bundesregierung unter seinem Vorgänger Helmut Schmidt 1979 ganz wesentlich mitbestimmt hat. Gleichzeitig erteilte der Regierungschef allen eine klare Absage, die mit dem Gedanken einer „Volksbefragung" oder auch der Forderung nach einem Gesetz vor dem möglichen Beginn *der Stationierung von amerikanischen* Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden spielen.

Andere, von Kohl am Tag zuvor gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen" gemachte Äußerungen zur Problematik der Genfer Mittelstreckenverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zeigen, daß der Kanzler für die in wenigen Tagen in der Schweizer Konferenzstadt beginnenden neuen und entscheidenden INF-Verhandlungsrunde alle möglichen oder auch nur angeblichen *Zwielichtigkeiten* in der Politik seiner Regierung zu vermeiden trachtet. Damit, so wurde gestern auch in Kreisen der Koalition lobend hervorgehoben, gehört die Phase der *Irritation* zwischen Bonn und Washington in dieser Frage nun endgültig der Vergangenheit an.

Kohl erklärte in dem Zeitungsgespräch, jede Möglichkeit zu vernünftigen und ernsthaften Verhandlungen müsse genutzt werden. Das westliche Ziel bleibe nach wie vor die „Null-Lösung", also die Verschrottung aller sowjetischen landgestützten Mittelstreckenraketen im Gegenzug zu einem westlichen Verzicht auf Stationierung vergleichbarer Waffen in Westeuropa.

Falls diese Lösung aber nicht erreichbar sei, wolle die NATO eine Art „Zwischenergebnis", dessen Rahmen der Kanzler so umschrieb: „Auf alle Fälle werden, wenn es in Genf kein befriedigendes Ergebnis gibt, Nachrüstungswaffen in der Bundesrepublik stationiert werden. Das heißt ganz konkret, wir bleiben beim Zeitplan, weil er wichtig ist, und wir *bleiben bei der geplanten Stationierung* auch der Pershing 2."

Kohls Hinweis auf die Einhaltung des Zeitplans ist als Antwort auf die Anregung der Athener Regierung zu verstehen, mit der Stationierung der neuen US-Waffen in Westeuropa noch ein halbes Jahr zu warten, damit mehr Spielraum für die Genfer Verhandlungen bleibe. Dieses „Moratorium" war schon tags zuvor von Kohls Stellvertreter, Bundesaußenminister Genscher, abgelehnt worden. *Dabei hatte der Minister auf die* für die Haltung der Bundesregierung wie die der Regierungen in London, Rom und Washington entscheidende Erkenntnis hingewiesen und gesagt, das Problem der Genfer Verhandlungen sei nicht zusätzlicher Zeitbedarf, sondern die sowjetische Weigerung, von der „*Anrechnung" der britischen* und französischen Systeme am Genfer INF-Tisch abzulassen.

Auch Kohl verlangt, daß Moskau davon abrückt, die nationalen Verteidigungswaffen Frankreichs und Großbritanniens in die Genfer Verhandlungen einzubeziehen. Wie bereits *gegenüber Journalisten, die ihn* an seinem österreichischen Urlaubsort besucht hatten, bekannte sich der Regierungschef jetzt auch in Bonn klar zum „Waffenmix". Er sagte: „Auch eine denkbare Zwischenlösung, die ich immer noch für möglich halte – und wir werden alles dazu tun, um unseren Beitrag zu leisten – macht einen Waffenmix nicht entbehrlich."

Mord an Aquino bleibt rätselhaft

AP/AFP, Manila

US-Stellen werden nach Mitteilung der amerikanischen Botschaft in Manila mit den philippinischen Behörden bei der Aufklärung des Mordes an dem Oppositionspolitiker Benigno Aquino zusammenarbeiten. Vor allem sei man an der Geschichte der mutmaßlichen Tatwaffe, einer Smith and Wesson amerikanischer Bauart, interessiert, sagte ein Botschaftssprecher gestern. Außerdem sollen die amerikanischen Experten bei der Identifizierung des angeblichen Attentäters mitwirken, der unmittelbar nach den tödlichen Schüssen auf Aquino von philippinischen Sicherheitskräften erschossen worden war. Seine Identität ist auch gestern noch nicht festgestellt worden.

Der Mord an Oppositionsführer Aquino hat im philippinischen Parlament in Manila zu einem scharfen Schlagabtausch zwischen Regierungsmitgliedern und der Opposition geführt. Während Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile jede Verwicklung des Militärs mit Entschiedenheit bestritt, bemängelten Oppositionspolitiker die schleppende Aufklärung des Falles. Oppositionsführer Salvador Laurel widersprach der Darstellung Präsident Ferdinand Marcos, die Regierung habe mit dem Attentat nichts zu tun.

Für die Opposition sind eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit dem Mord weiter ungeklärt. So ist es nicht bekannt, wie der angebliche Attentäter trotz strenger Sicherheitsbestimmungen bis vor das Flugzeug kommen konnte und woher er überhaupt erfahren haben sollte, wann der mit gefälschten Papieren Reisende ankam. Weiter fragt die Opposition, warum die Sicherheitsbeamten Aquino so schnell aus dem Flugzeug brachten, obwohl vorher erklärt worden war, *er dürfe mit falschen Papieren* das Land nicht betreten.

Die Witwe des ermordeten Oppositionsführers hat gestern bei einer Zwischenlandung in Tokio auf ihrer Heimreise aus den USA angekündigt, sie wolle nach der Beisetzung ihres Mannes auf den Philippinen bleiben und den politischen Kampf ihres Mannes fortsetzen. Seit dem Mord am Sonntag haben nach Schätzungen der Familie rund 50 000 Menschen Abschied von dem aufgebahrten Toten genommen.

Die Ermordung Aquinos bringt auch die amerikanische Regierung mehr und mehr in Verlegenheit. Renommierte US-Zeitungen kritisierten die Absichtserklärung Reagans, auch nach dem Attentat wie geplant im November den südostasiatischen Inselstaat besuchen zu wollen. Der Tenor in den Spalten der Blätter ist gleich: Der US-Präsident wird aufgefordert, sein Treffen mit dem philip*pinischen Präsidenten* Ferdinand Marcos zu streichen.

Neue Suche nach Fehlerquellen bei Pershing 2

DW. Washington

Das US-Verteidigungsministerium hat bestätigt, daß die Triebwerke der Mittelstreckenrakete Pershing 2 im Herstellerwerk der Firma Martin Marietta Co., mit Hilfe von Röntgenstrahlen auf Fehlerquellen untersucht werden sollen. Damit hat das Pentagon indirekt Probleme mit diesem *Waffensystem* zugegeben. Gleichzeitig erklärte ein Sprecher des Ministeriums, falls es bei den Abrüstungsgesprächen mit der Sowjetunion in Genf zu keiner Einigung komme, werde ab Dezember, wie vorgesehen, die Stationierung der Pershing 2 in der Bundesrepublik *Deutschland beginnen.*

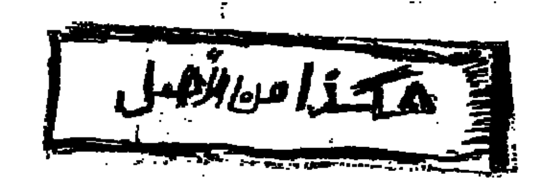
Von den bisher 16 Tests mit der Pershing 2 sind fünf fehlgeschlagen. Beim letzten Versuch am 28. Juli explodierte die Rakete nach nur 70 Sekunden Flugzeit. Der jüngste Fehlschlag bedeute, daß die beiden noch abzuwickelnden Testflüge der Pershing 2 nicht mehr in diesem Monat stattfinden werden. Sie sollen auf September verschoben werden. Dabei ist nicht sicher, ob bei weiteren Problemen innerhalb der laufenden Testreihe nicht neue Flugversuche *angesetzt werden müssen.* Noch Mitte Juli hatte der Armeestaatssekretär James Ambrose versichert, eine Waffe wie die Pershing 2 werde nicht ausgeliefert, ehe ihre Verläßlichkeit für den Einsatzfall nicht „80 bis 90 Prozent sicher" sei.

HIAG 1983 nicht mehr extremistisch?

AP, Bonn

Das Bundesinnenministerium hat entschieden, den unter der Abkürzung HIAG bekannten Verband ehe*maliger Waffen-SS-Soldaten* vorerst nicht mehr in den Verfassungsschutzbericht aufzunehmen. Eine entsprechende Mitteilung sei dem „Verband deutscher Soldaten" am 13. Juli zugegangen, erklärte der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Michael-Andreas Butz.

Im Verfassungsschutzbericht 1982 war die HIAG noch unter dem Stichwort „sonstige extremistische Gruppen" aufgeführt worden. Für das Jahr 1983 hätten sich jedoch keine gerichtsverwertbaren Belege für die verfassungsfeindliche Zielsetzung der HIAG ergeben, sagte Butz.



Billiges Geschäft?

e. a. a. (Athen) – In Griechenlands Wäldern brennt es in der Sommerzeit regelmäßig. Zehntausende von Hektar Wald fallen Jahr für Jahr den hohen Temperaturen oder skrupellosen Bodenspekulanten zum Opfer. Daher braucht das Land eine Flotte von einsatzbereiten Löschflugzeugen. Letztes Jahr hatte Athen den Kauf von 80 solchen Sondermaschinen beschlossen. Nun ist der Auftrag an eine polnische Firma vergeben worden, die das günstigste Angebot gemacht hatte.

Soweit, so gut. Nur: Die Sache hat einen großen Haken. Billig mögen die Polen gewesen sein. Ihre Maschinen weisen aber, werden sie mit der bewährten kanadischen Konkurrenz verglichen, zwei große Nachteile auf. Erstens können sie nur ein Zehntel der Wassermenge transportieren, die die Kanadier aufzunehmen vermögen. Zweitens können sie kein Wasser direkt vom Meer aus „aufsaugen". Im Gegenteil: Auf jeder griechischen Insel müssen kostspielige Sonderanlagen zum Auftanken der polnischen Flugzeuge gebaut werden.

Wie wenig geeignet diese Maschinen für Griechenland sind, zeigte unlängst ein Großbrand auf der ostägäischen Insel Samos. Wären die kanadischen Flugzeuge nicht da, würde es dort heute noch brennen. Daß die polnischen Maschinen nachteilig sind, haben Athens Sozialisten von Anfang an gewußt. Bestellt wurde trotzdem in Polen, weil diese Flugzeuge praktisch kein Geld kosten. Griechenland zahlt mit Apfelsinen und Aprikosen. Doch ohne die teuren Sonderanlagen sind die Maschinen so gut wie nutzlos.

Unter der Lupe

fu (London) – Nun ist es dem britischen Minister für Handel und Industrie, Cecil Parkinson, endlich zu dumm geworden. Die Streitereien innerhalb der Warenhauskette House of Fraser, zu der das weltberühmte Londoner Nobel-Warenhaus Harrods zählt, haben ihn eigens einen Inspektor bestellen lassen, der die Vorgänge im House of Fraser unter die Lupe nehmen soll. Hinter den nicht enden wollenden Querelen steckt Roland Rowland, der in Großbritannien nur „Tiny" Rowland genannt wird. Er ist Hauptgeschäftsführer und Mitinhaber des internationalen Mischkonzerns Lonrho. Im Laufe der letzten Jahre hat Lonrho auf Betreiben von „Tiny" Rowland seinen Anteil am House of Fraser auf 29,9 Prozent ausgebaut, bis die angestrebte völlige Übernahme 1981 von der Kartellbehörde gestoppt wurde. Seither versucht der Lonrho-Chef, *die „Perle" Harrods aus dem* Warenhauskonzern herauszulösen und wenigstens sie zu schlucken. Daß er dabei die Aufstellung „mysteriöser Anteilseigner" manipuliert haben soll, wird jetzt das erste sein, was der Inspektor des Ministeriums herauszufinden hat.

INNERDEUTSCHER HANDEL / Seit 1979 erstmals wieder Lieferüberschuß

Trotz deutlichem Wachstum fehlt im Warenverkehr Gleichgewicht

PETER WEERTZ, Berlin

Im innerdeutschen Handel spricht das Bundeswirtschaftsministerium von einem erfreulichen, aber ungleichgewichtigen Wachstum. Der Handel hat einschließlich Dienstleistungen im ersten Halbjahr um 16 (Vorjahr 14) Prozent auf 7,9 Mrd. DM zugenommen, dabei stiegen die Lieferungen der Bundesrepublik um 33 Prozent und die der „DDR" um zwei Prozent. Im Warenverkehr erzielte die Bundesrepublik erstmals wieder seit 1979 einen Lieferüberschuß von 470 Mill. DM. Nach wie vor zurückhaltend ist Ost-Berlin jedoch im Anlagengeschäft.

Aufgrund des Ungleichgewichts zwischen Lieferungen und Bezügen erwartet das Ministerium in der zweiten Jahreshälfte ein gedämpftes Wachstum. Seit Ende 1982 sind außerdem die Verbindlichkeiten gegenüber westdeutschen Firmen netto von 3,8 auf 4,5 Mrd. DM einschließlich des zinslosen Überziehungskredits (Swing) gewachsen. Eine Zunahme um „gut zehn Prozent" 1983 insgesamt gilt jedoch als möglich. Im Vorjahr war der deutsch-deutsche Handel um 13 Prozent auf 14,1 Mrd. DM gewachsen.

Unter welchem Druck Ost-Berlin infolge der hohen Verschuldung gegenüber westlichen Ländern steht, ergibt sich aus der westdeutschen Lieferseite. Hier hat Ost-Berlin, um harte Devisen zu sparen, überraschend seine Bezüge von Eisen und Stahl um 257 Prozent auf 750,7 Mill. DM im ersten Halbjahr erhöht. Darüber hinaus wurden mehr Getreide und Futtermittel (plus 69 Prozent) und Edelmetalle (Kupfer und Industriesilber) in der Bundesrepublik (plus 63 Prozent) gekauft. Gestiegen sind aber ebenso die westdeutschen Lieferungen (plus 40 Prozent) von Textilien und Bekleidung. Wie schon 1982, so hat die „DDR" auch wieder in diesem Jahr vor allem Waren gekauft, die sie als Vorprodukte für ihre Produktion benötigt.

Die Lieferseite der „DDR" ist nach Angaben des Ministeriums vor allem durch den Rückgang der westdeutschen Bezüge von Mineralölerzeugnissen geprägt (minus 19 Prozent). Mit 752,1 Mill. DM sind sie aber immer noch die größte Position der ostdeutschen Lieferungen. Der Rückgang ist auf den geringeren Verbrauch und die sinkenden Preise zurückzuführen. Gleichzeitig hat die „DDR" weniger chemische Produkte (minus fünf Prozent) geliefert. Einen Ausgleich fand Ost-Berlin aber bei der Lieferung von Textilien, Bekleidung, Möbeln und technischen Gebrauchsgütern, so daß es insgesamt noch zu einem Zuwachs von zwei Prozent bei den ostdeutschen Lieferungen kam.

Über das Ungleichgewicht in den gegenseitigen Lieferungen äußert sich das Ministerium besorgt. Im Interesse der Weiterentwicklung des innerdeutschen Handels sei ein besserer Ausgleich zwischen westdeutschen Lieferungen und Bezügen erforderlich. Für die Herbstmesse in Leipzig, die am 4. September beginnt, sagt das Ministerium daher voraus: Probleme haben die, die liefern wollen, umworben werden hingegen die Einkäufer. Mit rund 500 Ausstellern ist die Bundesrepublik einschließlich West-Berlin wieder der größte Aussteller in Leipzig nach der „DDR".

Aufgrund der gewachsenen Konkurrenz, besonders im Konsumgüterbereich, sind seit 1981 die Klagen über Preisunterbietungen durch die „DDR" gestiegen. Betroffen sind Textilien und technische Gebrauchsgüter. Allerdings wurden nur wenige Preiskontrollverfahren eingeleitet, die zum Teil nach Gesprächen mit den betroffenen Firmen wieder eingestellt wurden. In keinem Fall mußten Beschränkungen durch Kontingente eingführt werden.

Zur Finanzierung der Warengeschäfte drängt die „DDR" gegenwärtig auf längere Zahlungsziele bis zu 360 Tagen. Der Überziehungskredit (Swing) der Bundesbank ist zur Zeit mit rund 580 Mill. DM ausgenutzt. Hier besteht daher noch ein finanzieller Spielraum für Ost-Berlin; denn der Swing beträgt augenblicklich noch 770 Mill. DM. Für Lieferantenkredite über 360 Tage ist eine Sondergenehmigung notwendig. Anlagengeschäfte werden über einen Sonderplanfond finanziert.

STEINKOHLEBERGBAU

Kabinett will im September über Kohlepolitik beraten

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Angesichts der prekären Lage im deutschen Steinkohlebergbau hat das Bundeskabinett gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Bundesfinanz- und -arbeitsminister die Grundlagen für einen Beschluß zur künftigen Kohlepolitik zu erarbeiten. Wie Regierungssprecher Jürgen Sudhoff nach der Kabinettssitzung erklärte, will sich die Bundesregierung damit am 6. September wieder beschäftigen.

Damit soll die Marschroute für die zweite Kohlerunde festgelegt werden, die am 29. September im Wirtschaftsministerium stattfindet und an der neben den Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die betroffenen Unternehmen und Gewerkschaften teilnehmen. Zuvor hatte der Energieexperte der SPD, Erich Wolfram, die Bundesregierung zu sofortigem Handeln aufgefordert. Seiner Ansicht nach dürfe keine weitere Zeit vertan werden.

Bereits im vergangenen Jahr ist der Absatz an deutscher Steinkohle um nahezu zehn Prozent auf knapp 80 Millionen Tonnen gesunken. 1980 und 1981 lag er noch bei 88 und 87 Millionen Tonnen. Bei einer Kapazität von rund 90 Millionen Tonnen klafft also eine unverkäufliche Lucke von zehn Millionen Tonnen. Die gegenwärtige Halde wird vom Wirtschaftsministerium mit 35 Millionen Tonnen angegeben, einschließlich zehn Millionen Tonnen Steinkohlereserve. Beschäftigt sind im deutschen Steinkohlebergbau noch 180 000 Menschen, davon allein 123 000 an der Ruhr. Dort wurden im vergangenen Jahr noch 57,2 Millionen Tonnen gefördert, ein Ergebnis, das in diesem Jahr kaum gehalten werden dürfte. Allerdings dürfte die notwendige Kapazitätsanpassung in erster Linie in diesem Revier erfolgen.

Eine Entscheidung darüber, in welcher Form, in welchem Zeitraum und an welcher Stelle eine Kapazitätsanpassung erfolgen soll, wurde bisher nicht getroffen. Im Wirtschaftsministerium wird nicht ausgeschlossen, daß die Subventionen erhöht werden müssen. Im Haushaltsplan 1984 sind dafür im Haushalt des Wirtschaftsministeriums wie in diesem Jahr rund 1,5 Milliarden Mark vorgesehen. Wegen des gesunkenen Weltmarktpreises für Steinkohle gebe es, wie es heißt, schon jetzt Probleme bei der Kokskohlebeihilfe, die eigentlich heraufgesetzt werden müßte.

Der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ludwig Gerstein, hatte kürzlich darauf hingewiesen, daß es ohne langfristigen Kapazitätsabbau nicht gehen werde. Der Energieexperte der SPD, Wolfram, betont nun, daß ein Abbau von zehn Millionen Tonnen die Vernichtung von 20 000 bergmännischen Arbeitsplätzen bedeute. Er forderte daher die Bundesregierung auf, die Zeit bis Ende September nicht nutzlos verstreichen zu lassen.

Trügerische Stimmung

Von JAN BRECH

In der Branche der Unterhaltungselektronik hat es in den letzten Monaten viel Bewegung gegeben. Die große „europäische Allianz", die vor allem Max Grundig zur Abwehr des japanischen Ansturms schaffen wollte, ist dabei sicher nicht herausgekommen. Immerhin haben die regen Aktivitäten Grundigs bei den Japanern aber die Einsicht reifen lassen, daß es wohl besser sein dürfte, sich freiwillig und auf Zeit selbst zu beschränken, als den Protektionisten vollends das Feld zu überlassen. Ergebnis: Der ruinöse Preiskampf des letzten Winters ist vorbei, das durchschnittliche Preisniveau um gut 10 Prozent gestiegen. Dieses Selbstbeschränkungsabkommen – auf in diesem Jahr 4,55 Millionen Stück auf den europäischen Märkten – das inzwischen sogar Lieferengpässe vor allem für das marktführende System VHS heraufbeschworen hat, gibt Grundig und Philips, die mit ihrem Video-System 2000 als einzige auf der Welt den Japanern etwas entgegenzusetzen haben, Luft und Zeit, die Positionen zu konsolidieren.

Dabei ist die „Selbstbeschränkung" für die Japaner nicht einmal ein Opfer. Zum einen sorgt das von ihnen beherrschte, zur Zeit boomartige Geschäft in den USA dafür, daß die Kapazitäten voll ausgelastet sind, zum anderen spülen die mit der Mengenbeschränkung gleichzeitig festgelegten Mindestpreise zusätzliche Gewinne in die Kassen. Diese Mittel geben den japanischen Konzernen noch mehr Spielraum, um die Entwicklung neuer Märkte voranzutreiben. Wenn in drei Jahren die Beschränkungen fallen, mag es sein, daß die Europäer verblüfft betrachten, was aus Japan an 8-mm-Videotechnik oder im Bereich compact disc dann auf den Markt drängt.

Im Vorfeld der Internationalen Funkausstellung, die auch in schlechten Zeiten das Interesse der Konsumenten für Unterhaltungselektronik neu belebt, mag die Branche an solche Langzeitperspektiven freilich nicht denken. Industrie und Handel reisen denn auch guter Stimmung zum Treff unter dem Funkturm. Die Deutschen werden trotz allgemein schwacher Wirtschaftslage in diesem Jahr für „braune Ware" reichlich mehr als 14 Milliarden Mark ausgeben. Unterhaltungselektronik erweist sich damit als einer der wenigen konsumnahen Märkte mit Wachstumsreserven. Die Massenmärkte Fernseher, Videorecorder und Hi-Fi bleiben aufnahmefähig, neue Märkte – so vor allem der große Bereich der Telekommunikation – eröffnen noch ungeahnte Möglichkeiten.

Der Video-Markt wächst in diesem Jahr nochmals um fast 20 Prozent auf 1,35 Millionen Stück, am Horizont taucht der vielversprechende Nachfolgemarkt der Camera-Recorder auf der Basis kleiner 8-mm-Cassetten auf. Ein Bombengeschäft bleiben Videospiele. Über diese Spiele findet ferner der „Homecomputer" Einstieg in die Märkte.

Gelichtet haben sich schließlich die Wolken über dem dritten großen Marktbereich: Audio. Nach den starken Einbrüchen der letzten Jahre hat die Branche das Produktangebot mehr am Bedarf der breiten Öffentlichkeit als an dem der „freaks" orientiert. Der Hi-Fi-Markt erhält zudem neue Impulse durch die Entwicklung der Compact-Schallplatte und entsprechender Spieler. Dieser Bereich leitet eine Entwicklung ein, die in den kommenden Jahren alle Sparten der Unterhaltungselektronik erfassen wird: die Digitalisierung der Bausteine.

Gerade das junge Geschäft mit compact disc dokumentiert, mit welcher Rasanz neue Märkte entstehen und in welch kurzen Fristen sie verteilt werden. Während Philips als Erfinder und weltweiter Lizenzgeber (Systempartner in Japan ist Sony) die Nachfrage kaum befriedigen kann, bedienen die Japaner den Markt ohne besondere Probleme. Philips, die bereits weltweiter Pionier bei Videorecordern war, das große Geschäft aber den Japanern überlassen mußte, und die gesamte europäische Industrie, die ihre Geräte zum Teil in Japan fertigen läßt, drohen wieder den Zug in elektronisches Neuland zu verpassen.

Die glitzernde Fassade der Supershow in Berlin gibt denn auch nur einen sicheren Hinweis: Unterhaltungselektronik bleibt eine attraktive Branche, der sich überall noch neue Perspektiven eröffnen. Unbeantwortet bleibt die Frage, ob die Europäer den Japanern auf Dauer Paroli bieten können.

AUF EIN WORT



„Wenn ich mir ansehe, was die Pädagogen seit 20 Jahren in die Welt gesetzt haben, bin ich ratlos, um nicht zu sagen: erbittert über eine schier uferlose Experimentierlust – natürlich alles vom Staat bezahlt und mit Planstellen abgesichert. Es braucht niemand ein Risiko einzugehen, wenn er auf Kosten der nachfolgenden Generation und ihrer zukünftigen Entfaltung Experimente macht."

Helmut Schmidt, Hamburg, SPD, MdB.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Sparen für Existenzgründung

dpa/VWD, Bonn

Das Ansparen auf Existenzgründungen sollte in dem angekündigten zweiten Teil des Vermögensbeteiligungsgesetzes begünstigt werden. Diese Förderung, so empfiehlt der Wirtschaftsausschuß des Bundesrates in seiner Stellungnahme zum ersten Teil des „936-Mark-Gesetzes", sollte nach einer Übergangszeit das derzeitige Eigenkapitalhilfe-Programm ersetzen. Nach Meinung des Ausschusses ist das Existenzgründungssparen ein geeigneter Ansatz, die Eigenkapitalbasis neuer Unternehmen zu verbreitern.

WIRTSCHAFTSLAGE

HWWA: Sich selbst tragender Aufschwung nicht in Sicht

J. BRECH, Hamburg

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik bleibt im zweiten Halbjahr aufwärts gerichtet, allerdings mit mäßigem Tempo. Nach der jüngsten Prognose des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung wird das Bruttosozialprodukt bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von drei Prozent real um gut 0,5 Prozent steigen. Der Rückgang der Beschäftigung und die Zunahme der Arbeitslosigkeit werden sich weiter verlangsamen. Zum Jahresende erwartet das HWWA saisonbereinigt etwa 2,45 Mill. Arbeitslose.

Auch für das kommende Jahr sprechen die allgemeinen Rahmenbedingungen gegen einen sich selbst verstärkenden Aufschwung, schreibt das Institut. Erstens falle der Export als tragende Säule des Wachstums wegen der schlechten Weltkonjunktur aus. Zweitens behindere das hohe Zinsniveau wirtschaftliche Aktivitäten aller Art in der Entfaltung. Drittens gingen von der bislang nicht überzeugenden Politik der Konsolidierung der Staatsfinanzen zu wenig positive Wirkungen auf die Erwartungen aus, um negative Primärerwartungen auf die Nachfrage ausgleichen zu können.

Export und privater Verbrauch werden nach Meinung des HWWA 1984 nur wenig zunehmen. Verhältnismäßig stark dürften dagegen die Bautätigkeit, vor allem der Wohnungsbau und gewerbliche Bau, steigen. Eine nachhaltige Verbesserung der Investitionsneigung schließt das HWWA aber aus. Insgesamt geht das HWWA von einem Wachstum von zwei Prozent aus, das gerade ausreichen wird, um einen weiteren Beschäftigungsrückgang zu stoppen. Im Jahresdurchschnitt werden 2,5 Mill. Arbeitslose erwartet.

FRANKFURTER HERBSTMESSE

Stimmung der Verbraucher ist schlechter geworden

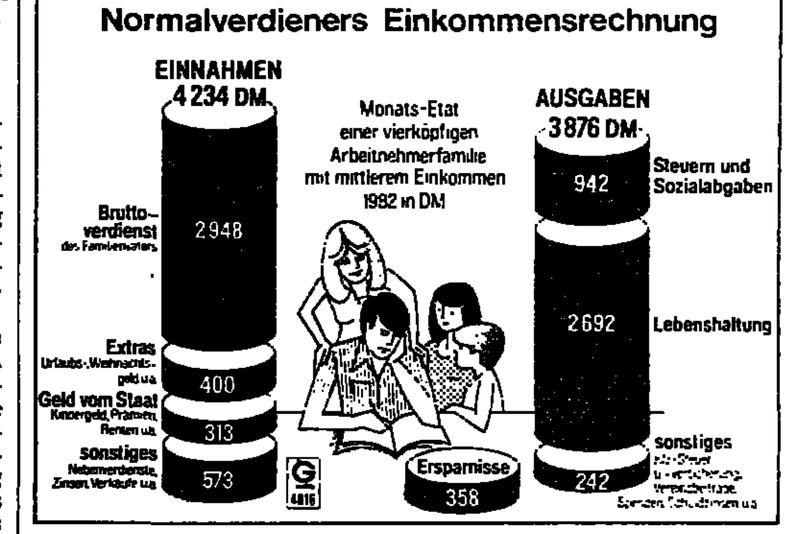
INGE ADHAM, Frankfurt

Etwas Wasser in den Wein der Messehoffnungen gießen kurz vor Beginn der Internationalen Frankfurter Herbstmesse (27. bis 31. August) die Konjunkturforschungsinstitute. Zwar konstatiert das Münchner Ifo-Institut in seinem zur Messe vorgelegten Bericht, „die Erholungstendenz hält an". Aber eine weitere Beschleunigung sei nicht in Sicht. Investitionen und Exporte, so Ifo, dürften im zweiten Halbjahr etwas rascher steigen als in der ersten Jahreshälfte, aber beim privaten Verbrauch, bisher im Jahresverlauf eine echte Konjunkturstütze, wird es langsamer vorangehen. „Die Verbraucherausgaben werden im zweiten Halbjahr wieder stärker als zuvor von der Entwicklung der weiterhin gedrückten Realeinkommen bestimmt", meint Ifo; gegenüber der Vorjahreszeit wird es aber immer noch einen Zuwachs von 1,5 Prozent geben.

Mit einer solchen Entwicklung dürften die bescheidenen Erwartungen der insgesamt 3500 Anbieter aus dem Konsumgüterbereich in Frankfurt (davon 34 Prozent ausländische aus 59 Ländern) aber schon erfüllt werden. Mit einem Boom rechnet bei dieser „Nachordermesse", zu der man generell mit stabilen Preisen antreten will, ohnehin niemand.

Etwas optimistischer als Ifo sieht die Nürnberger Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK) die Chancen für die Konsumgüterindustrie. Zwar konstatiert auch GfK-Direktor Jürgen Szallies, daß der Stimmungsaufschwung beim Verbraucher vorerst vorbei sei. Die Befragungsergebnisse der Monate Juni, Juli und August signalisierten vielmehr eine gewisse Ernüchterungsphase beim Verbraucher.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Auf die Frage nach dem Einkommen gibt es meistens falsche Antworten, weil manche Einkommensbestandteile einfach vergessen werden. Nicht passieren kann dies den Arbeitnehmerfamilien mit mittlerem Einkommen, die für das Statistische Bundesamt Haushaltsbücher führen. Das Ergebnis für 1982: Auf Nebenverdienste, Zulagen, Prämien, Zinsen und Sozialleistungen entfielen insgesamt 30 Prozent des durchschnittlichen Familieneinkommens von 4234 Mark. QUELLE: GLOBUS

Amerikanische Zinsen bleiben bis 1984 hoch

Bonn (dpa/VWD) – Bis zu den US-Präsidentschaftswahlen 1984 muß sich die Bundesrepublik auf hohe amerikanische Zinsen einstellen, erwartet der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Hanns Christian Schröder-Hohenwarth. Gleichwohl sei eine allmähliche Rückbildung des Zinsniveaus am deutschen Rentenmarkt möglich, heißt es in einer Erklärung des Bankenpräsidenten. Die Gelassenheit der Bundesbank gegenüber der jüngsten Entwicklung des Dollarkurses verdiene um so mehr Anerkennung, als ein neuer geldpolitischer Kurs die Unsicherheit über die künftige Zinsentwicklung nur verschärfen würde. Nach Schröder-Hohenwarth hat sich die Konjunktur in der Bundesrepublik im bisherigen Jahresverlauf durchweg positiv entwickelt. Bis Ende 1983 dürfte sich dieser Prozeß in gemäßigtem Tempo fortsetzen, so daß man für das Gesamtjahr mit einem realen Wachstum von etwa einem Prozent rechnen könne.

Keine Beschlüsse erwartet

Frankfurt (cd.) – In Frankfurter Bankkreisen herrschte gestern der Eindruck, *daß der Zentralbankrat der* Bundesbank heute keine kreditpolitischen Entscheidungen fällt. Vor zwei Wochen war über eine halbprozentige Erhöhung des Lombardsatzes abgestimmt worden, doch fand sich für diesen Vorschlag noch keine Mehrheit. Mit einer leichten Leitzinserhöhung sollte die über das Geldmengenziel hinausschießende monetäre Expansion abgebremst werden. Man erwartet jetzt, daß dieses Thema erst in einigen Wochen wieder auf die Tagesordnung des Zentralbankrats kommt.

Riesiges US-Defizit

Washington (Sbt.) – Zwei Monate vor dem Ende des Finanzjahres 1983 hat das ordentliche US-Haushaltsdefizit bereits 179,8 Milliarden Dollar erreicht. Im Juli allein schlugen die roten Zahlen nach Angaben des Schatzamtes mit 21,4 Milliarden Dollar zu Buch. Das Weiße Haus schätzt das Minus im Budgetjahr 1983, das am 30. September ausläuft, jetzt auf 209,8 Millarden Dollar – nahezu doppelt so hoch wie 1982. In den ersten zehn Monaten sanken die Steuereinnahmen um fünf Prozent auf 487,2 Milliarden Dollar, während die Ausgaben um 9,8 Prozent auf 667,1 Milliarden Dollar stiegen. Die Arbeitslosenunterstützung nahm auf 28,1 (plus 43,5 Prozent), die Verzinsung der öffentlichen Schulden auf 108,1 (9,4), die Einkommenshilfen für die Bauern auf 18,4 (80,7) und die Verteidigungsausgaben auf 169,4 Milliarden Dollar (11,9 Prozent) zu. Am 19. August betrug die Bundesschuld 1,35 Billionen Dollar.

Mexiko: Kredit zurückgezahlt

Mexiko-Stadt (dpa/VWD) – Das mit rund 220 Milliarden Mark verschuldete Mexiko hat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel einen Kredit in Höhe von 4,8 Milliarden Mark zurückgezahlt. Ein Sprecher des mexikanischen Finanzministeriums sagte, der Betrag sei vor einem Jahr von mehreren europäischen Banken überwiesen worden, um akute Zahlungsschwierigkeiten Mexikos zu beheben. Die jetzige Rückzahlung nannte er einen „Beweis für die wirtschaftliche Erholung Mexikos" in den vergangenen Monaten.

Neue Staatsanleihe

Paris (J. Sch.) – Mit großer Spannung wartet man an der Pariser Börse auf die Bekanntgabe der näheren Bedingungen für die neue französische Staatsanleihe. Wenn deren Zinssatz *auf 13,5 Prozent (oder weniger) festge*setzt würde, was angenommen wird, dann wäre dies das Signal zu einer weiteren Entspannung des Rentenmarktes. Dort liegen die Zinssätze für Neuemissionen noch über 14 Prozent. Die Spekulationen auf die Höhe des Anleihebetrags bewegen sich zwischen 10 und 20 Milliarden Franc.

Emission der Weltbank

Frankfurt (AFP) – Die Weltbank in Washington wird eine Anleihe über 300 Millionen Mark auflegen. Das Konsortium steht unter Führung der Deutschen Bank. Bei sechs Jahren Festlaufzeit beträgt der Zins 7,875 Prozent, der Ausgabekurs 100 Prozent.

Lkw-Fahrverbot in Frankreich

München (AFP) – Giftige Chemikalien und andere gefährliche Güter dürfen zum Ferienende vom 25. bis 28. August nicht nach Frankreich transportiert werden, teilte der ADAC in München mit. Dieses besondere Lkw-Fahrverbot gilt auch für Tankwagen, die Benzin transportieren. Es dauert heute und morgen von 10 bis 20 Uhr, am Samstag von 10 bis 24 Uhr und am Sonntag (28. 8.) von 00 bis 24 Uhr.

VEREINIGTE STAATEN

Steigende Verbraucherpreise gefährden Stabilitätserfolg

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA dreht sich das Preiskarussell schon wieder etwas schneller, was auf den inzwischen stürmischen Konjunkturaufschwung und die Rekordhaushaltsdefizite zurückzuführen ist. Wie auch in früheren Jahren baut sich langsam ein Teuerungspotential auf, das in den kommenden Monaten die Inflation stärker anheizen wird. Verschlechtert hat sich das amerikanische Preisbild zudem durch die Trockenheit in weiten Teilen des Getreidegürtels. Sie wird als die schlimmste seit den „Dust Bowl"-Ernten 1936/37 angesehen.

Nach Angaben des Arbeitsministeriums in Washington erhöhte sich der Verbraucherpreisindex im Juli um 0,4 Prozent, verglichen mit 0,2 Prozent im Juni. Im Gebiet der US-Hauptstadt nahm er in den vergangenen zwei Monaten um 1,4 Prozent zu.

Das Ergebnis wäre viel schlechter ausgefallen, wenn sich Nahrungsmittel nicht stark verbilligt hätten. Sie lagen unter dem Vorjahresniveau. Der Grund: Viele Viehzüchter reduzieren ihre Herden, weil die Aufzucht wegen der Futtermittelpreise nicht mehr wirtschaftlich ist. Im Augenblick herrscht also Fleischschwemme; das dicke Ende kommt im nächsten Jahr.

Auf mehr Inflation deuten diese Bereiche hin: Einfamilienhäuser 0,4, Mieten 0,5, Benzin 0,4, Gebrauchtwagen 1,5, öffentliche Verkehrsmittel und medizinische Versorgung 0,6 sowie Dienstleistungen 1,3 Prozent. Im Juli erreichte der Index 299,3 (1967 = 100) Punkte und lag um 2,4 Prozent über dem Vorjahresmonat. Von Mai bis Juli machte die Zunahme aber bereits 4,7 Prozent aus. In den vergangenen 16 Jahren verteuerte sich in den USA der Warenkorb um mehr als 199 Prozent.

HANNOVER MESSE / Frontalangriff der IG Metall

Aufregung nach Groths Kündigung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Entscheidung des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Claus Groth, seinen bis Mitte 1984 laufenden Vertrag nicht um weitere fünf Jahre zu verlängern, hat in Hannover heftige Reaktionen ausgelöst: Karl-Heinz Tralls, Vertreter der IG Metall im Aufsichtsrat der Messe-AG, forderte die „umgehende Beurlaubung" Groths. Tralls verweist auf die Konkurrenzsituation in der Messelandschaft generell und die der Messeplätze Hannover und Düsseldorf im besonderen.

Groth selbst, so Tralls, habe in Sitzungen und Belegschaftsversammlungen wiederholt solchen Überlegungen das Wort geredet. Seine Forderung begründet Tralls mit der Verunsicherung „vieler Mitarbeiter der Hannover-Messe", die sich darüber sorgen, Groth könne ihm jetzt noch zufließende Informationen in seine künftige Tätigkeit als Chef der Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea einbringen und verwerten.

Daß der Wechsel Groths an den Rhein nicht völlig lautlos über die Bühne gehen würde, war vorauszusehen; angesichts der dünnen Decke erfolgreicher Messemanager werden Veränderungen sorgsam registriert. Bei aller Enttäuschung und Verärgerung über Groths Weggang herrscht in Hannover eine gewisse Verwunderung über Tralls' Frontalangriff. Der Sache der Messe AG diene er sicher nicht. So gesehen überrascht es nicht, daß die anderen Arbeitnehmervertreter im Messe-Aufsichtsrat sich vorerst jeder Stellungnahme zu diesem Vorgang enthalten.

Die Gesellschafterstruktur der Messe-AG – jeweils zur Hälfte sind das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover beteiligt – hat sich in der Vergangenheit gerade dann, wenn personelle Entscheidungen anstanden, als nicht sehr glücklich erwiesen. Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, die als Vorsitzende des Messe-Aufsichtsrats fungiert, ist um die Aufgabe, die Groth-Nachfolge befriedigend zu lösen, nicht zu beneiden. Bislang ist sie damit beschäftigt, gemeinsam mit dem jetzigen Vorstand, dem Groth noch angehört, den Geschäftsverteilungsplan neu zu ordnen. In der Präsidialsitzung des Aufsichtsrats am kommenden Dienstag dürften dann die ersten Weichen für weitere Entscheidungen gestellt werden. Als sicher gilt, daß der neue Chef der Hannover-Messe ein Mann von außen sein wird.

Claus Groth, der seinen Entschluß, nach Düsseldorf zurückzugehen, als eine „persönlich-menschliche" Entscheidung gewertet wissen will, hat in Hannover gute Arbeit geleistet. Das macht es nicht leichter, einen Nachfolger zu finden.

BRASILIEN / Minister Netto verhandelt in Paris

Einigung mit IWF gefährdet

dpa/VWD, **Paris/Brasilia**

Der brasilianische Planungsminister Antonio Delfim Netto ist am Dienstagabend erneut mit dem Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Jacques de Larosière, in Paris zusammengetroffen, um über die sich zuspitzende Finanzkrise seines mit rund 90 Milliarden Dollar (234 Milliarden DM) verschuldeten Landes zu sprechen. Netto äußerte sich nach dem Treffen mit Larosière weniger *optimistisch* über eine Einigung mit dem IWF als noch Ende vergangener Woche.

Gegenüber Journalisten sagte Netto in Paris, Brasilien könne nicht noch weitergehende Anstrengungen zur Einhaltung der vom IWF gemachten wirtschaftlichen Auflagen unternehmen. Er gab zu verstehen, daß sich der IWF nun äußern müsse. Von der Einigung mit dem IWF hängt für das am höchsten verschuldete Land der Welt, das am Montag die Zahlungen für staatlich verbürgte Kredite zunächst eingestellt hatte, viel ab.

Zu der brasilianischen Entscheidung, den 1983 und 1984 fälligen Schuldendienst in Höhe von rund zwei Milliarden Dollar für von ausländischen Regierungen verbürgte Kredite vorerst einzustellen, betonte Planungsminister Netto, diese Entscheidung sei „kein Moratorium, sondern ganz das Gegenteil". „Wir sagen nicht, daß wir nicht zahlen werden, sondern daß wir eine Umstrukturierung der Schulden wollen."

Das inzwischen dritte Zusammentreffen von Netto und Larosière kam überraschend. Bisher hatte es geheißen, daß der Brasilianer nach seinem Kurzbesuch in Paris am Wochenende sofort wieder die Heimreise angetreten hätte. Jetzt berichtete Netto, daß er auch in London gewesen sei, um „die notwendigen Kontakte" mit Bankkreisen aufrechtzuerhalten.

In Brasilien hat sich jetzt auch die größte Oppositionspartei, die Demokratische Bewegung, der Forderung *nach einem Moratorium, also der formellen* Erklärung der Zahlungsunfähigkeit, für die 90 Milliarden Dollar Auslandsschulden angeschlossen. Wie aus Kreisen dieser Partei zu hören war, plädiert die Demokratische Bewegung außerdem für den Bruch mit dem IWF.

Brasiliens Notenbankpräsident Carlos Langoni wird am Donnerstag in New York mit Vertretern der privaten Banken zu weiteren Umschuldungsverhandlungen zusammentreffen. Zuvor sind Beratungen mit dem Bankenkomitee unter Vorsitz von Citibank-Vizepräsident William Rhodes vorgesehen. Gleichzeitig solle die Phase II der Umschuldungsverhandlungen mit den privaten Banken für die 1984 fälligen Verbindlichkeiten eingeleitet werden.

Pessimistische Vorhersage

fu, **London**

Eine pessimistische Prognose über die bevorstehende Konjunktur-Ent*wicklung in Großbritannien hat jetzt* eines der angesehensten Wirtschaftsforschungsinstitute des Landes vorgelegt. Die gegenwärtig spürbare Wirtschaftsbelebung werde sich im kommenden Jahr „totlaufen", meint das National Institute of Economic and Social Research. Arbeitslosigkeit und Inflationsrate würden steigen.

Damit liegt die jüngste Prognose des National Institute in scharfem Gegen*satz zu den hoffnungsvollen* Erwartungen der Regierung Thatcher. Noch kurz vor Beginn der Sommerferien hatte der neue Schatzkanzler Nigel Lawson erklärt, daß seine Behörde von einem Wirtschaftswachstum für dieses Jahr ausgeht, das die im Frühjahrsbudget aufgestellte Erwartung von zwei Prozent sogar noch überschreitet. Im übrigen gab man sich im Schatzamt optimistisch, daß sich die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums fortsetzen würde.

Dagegen geht das Wirtschaftsinstitut in seiner August-Prognose davon aus, daß das Wachstum nach dem ersten Quartal des kommenden Jahres stagnieren wird. Es ist der Ansicht, daß die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher nicht ausreicht, die augenblickliche Belebung der Wirtschaftstätigkeit in eine anhaltende Expansion einmünden zu lassen. Dazu wäre eine Fortsetzung der regen Nachfrage im Konsumgüter-Bereich notwendig, um die Industrie zu wachsenden Investitionen zu veranlassen. Doch das Institut glaubt, daß der gegenwärtige Einzelhandelsboom schon bald abflauen wird.

Zwar erwarten die Konjunktur-Forscher für das kommende Jahr eine gewisse Belebung der Exporttätigkeit sowie ein Wieder-Aufstocken der Läger. Doch dies allein werde die Investitionen nur schwach stimulieren.

Vermögenswerte wurden abgebaut

sbt, **Washington**

Amerikanische Bankfilialen im Ausland, deren Muttergesellschaften dem Federal Reserve System angehören, haben im vergangenen Jahr ihre Aktiva um 0,6 Prozent oder um 2,5 auf 388,5 Milliarden Dollar abgebaut. Oh*ne Forderungen* an ausländische Niederlassungen derselben Bank sanken sie bis Ende Dezember ebenfalls um 0,6 Prozent auf 341,3 Milliarden Dollar. Diese Entwicklung wertet die US-Notenbank als „einen abrupten Bruch mit dem bisherigen Wachstumsmuster der Vermögenswerte, die in den 70er Jahren im Durchschnitt um mehr als 20 und 1980 und 1981 um jeweils zehn Prozent zugenommen haben".

Die US-Notenbank macht für den Abwärtstrend den Rückgang des Welthandels und der internationalen Finanztransaktionen, den hohen Dol*larhandelskurs*, der den Wert der Aktiva in fremden Währungen verminderte, und die Gründung der im Dezember 1981 genehmigten International Banking Facilities – in der Praxis ausländische Bankniederlassungen in New York und an anderen US-Plätzen – verantwortlich. Dennoch hat sich die Zahl der amerikanischen Bankfilialen im Ausland 1982 um netto 56 erhöht. Ende Dezember unterhielten 162 US-Banken im Ausland und in den Überseegebieten 900 Niederlassungen.

Nach Angaben der US-Notenbank *schlugen die Aktiva der amerikanischen* Auslandsfilialen Ende 1982 in Großbritannien und Irland mit 141,8 (1981: 145,3), in Kontinentaleuropa mit 40,4 (43,6), auf den Bahamas und den Cayman-Inseln mit 108,3 (109,1), in Lateinamerika mit 18,7 (19,0), im Fernen Osten mit 61,0 (55,9), im Nahen Osten und in Afrika mit 8,2 (7,9) und in den US-Überseegebieten mit jeweils 10,1 Milliarden Dollar zu Buch. Stattgefunden hat mithin eine deutliche Umschichtung von Europa ins östliche Asien.

MASSA / Verkaufsfläche im vergangenen Jahr um 30 Prozent ausgeweitet

Umsatz und Gewinn stiegen zweistellig

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Karl-Heinz Kipp, Chef der gleichnamigen Firmengruppe mit dem Kernunternehmen Alfred Massa GmbH, Alzey, benutzt ein bodenständiges Sprichwort, um seine Einstellung zu Expansionsplänen zu verdeutlichen: Man kann bei Kartoffel*klößen immer* nur einen nach dem anderen essen.

Kipp muß offenbar sehr schnell Klöße essen können, ohne sich zu verschlucken. Denn auch im vergangenen Jahr, für den Handel eingestandenermaßen das schwierigste nach dem Krieg, expandierte die Gruppe in rasantem Tempo weiter: Ende 1982 verfügte Massa über 529 000 Quadratmeter Verkaufsfläche in 26 (21) Märkten; das sind 30 Prozent mehr Fläche als im Jahr zuvor. Auch für dieses Jahr soll noch einiges dazukommen: Rund 40 000 Quadratmeter Zuwachs bei der Verkaufsfläche hat sich Kipp mit seiner Mannschaft zum Ziel gesetzt.

Dabei kommt ihm zu Hilfe, daß – Baunutzungsverordnung hin, Baunutzungsverordnung her – immer mehr Städte erkennen, so Kipp, daß *es für sie durchaus* wünschenswert sein könnte, „unseren" Vertriebstyp in ihren Grenzen zu haben. Das bindet Kaufkraft, meint Kipp, die sonst in das Umland abfließt. Dazu kommt der für die Gemeinden wieder wichtiger gewordene steuerliche Aspekt. Vor diesem Hintergrund sind wohl auch die Aktivitäten in Offenbach zu sehen, wo Massa in diesem Jahr erstmals im innerstädtischen Bereich erscheinen wird. Kipp nennt dies einen Versuch, „wir sind mehr auf der grünen Wiese zu Hause".

Im vergangenen Jahr steigerte die Gruppe mit Schwerpunkt auf dem Non-food-Geschäft ihren Umsatz um 12 Prozent auf 3,41 (i. V. 3,05) Mrd. DM. Die Massa-GmbH weist ein gleich hohes Umsatzplus auf 2,8 (2,5) Mrd. DM Bruttoumsatz aus. Ihr Rohertrag stieg gleichzeitig um 18 Prozent, was sich in dem auf 15,2 (11,9) Mill. DM gestiegenen GmbH-Jahresüberschuß positiv zu Buche schlägt. Für die gesamte Gruppe gibt Kipp den Gewinn nach Steuern mit 21,3 Mill. DM an, 30 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Wie *in den Vorjahren* auch, hat die Familie Kipp das Geld wieder in das Unternehmen gesteckt. Neben einer Kapitalerhöhung um 9,5 Mill. DM aus *Gesellschaftsmitteln* wurde das Kapital im Juli um weitere 30 Mill. DM gegen Einlagen auf 133,03 Mill. DM aufgestockt. Kipp erreicht damit eine Eigenkapitalquote von 29 (23) Prozent, bekennt aber freimütig: 40 Prozent wären mir lieber.

In den ersten sechs *Monaten* dieses Jahres hat das Unternehmen 26 Prozent beim Umsatz zugelegt (ohne neue Flächen 21 Prozent), die Preissteigerungsrate quer über das Sortiment liegt bei 1,5 (i. V. 2,5) Prozent. Wenn diese Entwicklung so anhält, wird die *Gruppe* in diesem Jahr die 4-Mrd.-DM-Grenze überspringen. Daran werden mit rund 750 Mill. DM die verbundenen Unternehmen (Reise, Hausbau, Hotel, Gartenbau und eigene Produktionsbetriebe) beteiligt sein.

Den Umsatzanteil mit eigenen Produkten (rund 140 Artikel) gibt Kipp mit rund 20 Prozent an. Mit Hochdruck gearbeitet wird an einem EDV-Warenwirtschaftssystem mit dem Ziel, die „Läger besser in die Hand zu bekommen". Dabei soll der Warenumschlag von jetzt 12,8mal auf 15mal gesteigert werden. Investieren will die Gruppe in diesem Jahr rund 30 Mill. DM, im Vorjahr waren es 38,5 Mill. DM bei 20,4 Mill. DM Abschreibungen.

RHEINMETALL-HV / Kapitalerhöhung geplant

Besseres Ergebnis erwartet

th. **Berlin**

Ein verbessertes Ergebnis erwartet die *Rheinmetall Berlin AG im laufenden* Geschäftsjahr. Vor der Hauptversammlung in Berlin bezeichnete Vorstandsvorsitzender Hans L. Hockel die Aussichten für das Unternehmen trotz der schwierigen Wirtschaftslage als gut. Hockel rechnet für 1983 mit einem realen *Umsatzzuwachs*, nachdem der konsolidierte Umsatz im ersten Halbjahr um mehr als 13 Prozent gestiegen war. Das Wachstum war allein auf die Bereiche Wehrtechnik und Maschinenbau zurückzuführen.

Der Unternehmensbereich Wehrtechnik werde zwar weiter von der Enge des Bundeshaushalts geprägt, doch längerfristig laufende Großprojekte ließen *in wesentlichen Teilbereichen* eine kontinuierliche Grundauslastung zu. Zuversichtlich äußerte sich Hockel zum Maschinenbau. Hier sieht man Expansionsmöglichkeiten zum Beispiel bei Verpackungsmaschinen. Bei Gebrauchsgütern (WMF) wird aufgrund eines verbesserten Auftragseingangs mit einer positiven Geschäftsentwicklung gerechnet. Die Struktur- und Anpassungsmaßnahmen böten – auch bei Ausbleiben eines realen Wachstums des Geschäfts – die Voraussetzung für eine nachhaltige Besserung des Ertrages.

Hockel geht davon aus, daß 1983 in allen Bereichen – allerdings mit unterschiedlicher Intensität – schwarze Zahlen geschrieben werden. Der Auftragseingang stieg nach Angaben der Verwaltung im ersten Halbjahr nur leicht. Dazu haben alle drei Geschäftsbereiche beigetragen.

In der *längerfristigen Strategie von* Rheinmetall stehen die Verbesserung der Betriebsstrukturen, Konzentration auf Kernbereiche mit Wachstums- und Ertragspotentialen, verstärkte Produktinnovation sowie die Internationalisierung in Schwer*punktbereichen im Vordergrund.*

Für das schwierige Jahr 1982 – der Umsatz ging auf 2,37 (2,41) Mrd. DM zurück – *zahlt das Unternehmen* aus 10,8 Mill. DM Bilanzgewinn eine unveränderte Dividende von 6 DM je 50-DM-Aktie. Außerdem beschloß die Hauptversammlung, das Kapital von gegenwärtig 90 Mill. DM um bis zu 45 Mill. DM zu erhöhen. Über den Zeitpunkt der Aufstockung machte die Verwaltung noch keine Angaben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Budd ließ Federn

Duisburg (VWD) – Die Thyssen-Gruppe hat in der derzeitigen Wirtschaftskrise nicht nur ihre innerdeutschen Unternehmen, sondern auch die 1978 erworbene US-Tochter Budd kräftig umstrukturieren müssen. Thyssen-Chef Dieter Spethmann bemerkte, daß der US-Automobilmarkt auch bei Budd stärkere Spuren hinterlassen habe als ursprünglich angenommen. Zudem seien dem amerikanischen Management gravierende Fehler unterlaufen. Während es auf der letzten Thyssen-Hauptversammlung noch für möglich gehalten wurde, das Jahr 1983 in den Staaten ohne größere Verluste zu überstehen, müsse in das laufende Geschäftsjahr doch „ein großer Teil" der Umstrukturierungskosten in Höhe von 75 Mill. Dollar übernommen werden. Mit der Umstrukturierung soll die bisher starke Abhängigkeit von der Pkw- und Lkw-Produktion, für die Budd Zulieferer ist, entscheidend gemildert werden. Während beim Erwerb die Budd-Gruppe in der Produktion vom Auto fast zu 90 Prozent abhängig war, soll dieser Anteil jetzt zugunsten des Eisenbahnsektors und des Maschinenbaus möglichst auf jeweils ein Drittel zurückgedrängt werden. Nach Spethmann wird die Budd-Gruppe 1984 aus der Verlustzone raus sein.

Verluste bei Marathon

München (dpa/VWD) – Die Mineralölgesellschaft Deutsche Marathon Petroleum GmbH schließt das Geschäftsjahr 1982 mit einem Jahresfehlbetrag von 72,8 (110) Mill. DM ab. Der Umsatz sank um 4,3 Prozent auf 1,66 Mrd. DM, wie das zur US-Steel Corporation gehörende Unternehmen mitteilte. Trotz der Verluste will die Geschäftsführung 60 Mill. DM für Dividendenzahlungen vorschlagen. Durch einen Gewinnvortrag weist die Gewinn-und-Verlust-Rechnung noch einen Bilanzgewinn von 72,4 (145,2) Mill. DM aus.

Investitionen ausgeweitet

Berlin (Wz.) – Die Schering-Gruppe, Berlin und Bergkamen, wird 1983 voraussichtlich 240 (Vorjahr 215) Mill. DM investieren, davon entfallen auf die AG rund 120 (96) Mill. DM. Für dieses Jahr rechnet das Unternehmen mit einem *Jahresergebnis in der Gruppe* und AG in der Höhe des Vorjahres. Für 1982 hat die Schering AG eine Spitzendividende von 21 Prozent, nicht wie irrtümlich gemeldet eine von 18 Prozent, auf das Aktienkapital von 253,375 Mill. DM ausgeschüttet.

FRANKREICH / Streit um unzulässige Rabattgewährung an den Leclerc-Tankstellen

Verbraucher leisten Schützenhilfe

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Edouard Leclerc, der es vom Gemischtwarenhändler der bretonischen Kleinstadt Landereau dank seiner aggressiven Preispolitik zu einer *Franchising-Gruppe von 400 Su*permärkten mit 29 Milliarden Franc (knapp 10 Milliarden Mark) Umsatz gebracht hat, will den Franzosen durch mehr oder weniger illegale Praktiken Geld sparen helfen und sich natürlich gleichzeitig aufgrund höherer Umsätze die Taschen füllen. Dabei kommt ihm zur Zeit die Presse sehr entgegen, die über jede seiner Aktionen ausführlich berichtet. So viel Gratiswerbung hat es in Frankreich selten gegeben.

Nicht nur die französischen Verbraucherverbände mit der mächtigen Union Fédérale des Consommateurs an der Spitze leisten dabei Leclerc Schützenhilfe. Auch in Regierungskreisen steht man ihm noch eher positiv gegenüber. Immerhin kommen seine Aktionen der derzeitigen amtlichen Anti-Inflationspolitik sehr entgegen, wenn sie auch nicht immer den französischen Preisgesetzen entsprechen.

Danach dürfen insbesondere die *Tankstellenbesitzer* auf die behördlich festgesetzten Höchstpreise – zur Zeit fünf Franc für den Liter Super – Rabatte bis zu höchstens 10 Centimes gewähren, wenn sich ihre Kunden selbst bedienen. Die 450 Tankstellen der Leclerc-Zentren verkaufen das Benzin inzwischen aber um bis zu 20 Centimes billiger. Das wurde bisher von den Behörden stillschweigend geduldet.

Die Besitzer der benachbarten Markentankstellen dagegen gingen zum Gegenangriff über und blockierten den Zugang zu Leclercs Zapfsäulen. Dies wiederum ließen sich die Autofahrer nicht gefallen. Von den Taxifahrern angeführt vertrieben sie die teurere Konkurrenz. Daraufhin stellte Shell die Belieferung Leclercs ein, worauf dieser den Mineralölkonzern wegen unzulässiger Boykottmaßnahmen verklagte.

Ganz Frankreich verfolgt jetzt mit großer Spannung den Ausgang des Rechtsstreits. Es ist jedenfalls nicht *das erste Mal, daß Leclerc schwierige* Prozesse gewinnt.

Aber damit nicht genug. Als nächste Attacke auf Frankreichs „heilige Kühe" kündigte Leclerc an, in seinen Zentren rezeptfreie Arzneimittel zu verkaufen – ja sogar Tabakwaren, obwohl die dafür benötigten Konzessionen des staatlichen Tabakmonopols grundsätzlich nur wohlverdienten ehemaligen Soldaten als Dank des Vaterlands *erteilt werden*. Deshalb könnte hier Edouard Leclerc schließlich doch den kürzeren ziehen.

Ein erster Warnschuß war vor einigen Tagen zu vernehmen, als eine Leclerc-Tankstelle in Ostfrankreich von der Preisbehörde wegen Verstoß gegen die Rabattverordnung zu 20 000 Franc Geldstrafe verurteilt wurde.

MÖVENPICK / Restaurants tragen Umsatz

Zahlreiche Neueröffnungen

dpa/VWD, **Frankfurt**

Das vergangene Jahr hat der Hotel- und Restaurationsgruppe Mövenpick „bedeutende Verbesserungen" gebracht. Auch für das laufende Jahr sei man zuversichtlich, erklärte Ueli Prager, Verwaltungsrats-Präsident der Mövenpick Holding, Zürich. Beim Umsatz seien bis Ende Juni in allen Sparten Zunahmen zu verzeichnen gewesen.

1982 konnte der Konzern seinen Umsatz um 10,6 Prozent auf 569 Mill. sfr (rund 683 Mill. DM) steigern. Der *Netto-Konzerngewinn erhöhte sich* – nach zwei Jahren mit rückläufigen Erträgen – um 17 Prozent auf 6,01 Mill. sfr. Es soll eine unveränderte Dividende von 15 Prozent ausgeschüttet werden. Im vergangenen Jahr vergrößerte Mövenpick das Angebot in den Restaurationsbetrieben um 1200 auf 19 823 Sitzplätze und in den Hotels um 248 auf 1411 Betten. Die Mövenpick-Restaurants waren mit 69 Prozent Umsatzanteil weiterhin der bedeutendste Umsatzträger.

Die deutsche Mövenpick-Gruppe will ihren Umsatz 1983 auf 187 Mill. DM steigern. 1982 *setzte Mövenpick* Deutschland mit 160,5 Mill. DM 7,5 Prozent mehr um als 1901. Zu den Vorhaben des laufenden Jahres gehören Hotels in Essen, in Frankfurt und Karlsruhe sowie das Flughafenhotel *in Stuttgart*. In den drei folgenden Jahren sollen Restaurants oder Hotels in Berlin, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Koblenz entstehen.

Den Verlauf des Jahres 1982 bezeichnete Generaldirektor Wolfgang vom Hagen als sehr erfreulich. Das deutlich bessere Abschneiden gegenüber dem Branchendurchschnitt (3,9 Prozent *Umsatzsteigerung*) begründete er unter anderem mit dem rechtzeitigen Einstellen auf die veränderten Verbrauchergewohnheiten. Das Deutschland-Geschäft habe den Erwartungen entsprechend zum Gesamtertrag der Schweizer Gruppe beigetragen.

Mövenpick betreibt in der Bundesrepublik derzeit 16 eigene Restaurants und acht Hotels mit 1800 Betten. *Durch die Übernahme neuer Betriebe* stieg die Zahl der Mitarbeiter auf rund 2500 Mitarbeiter.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aschaffenburg: Kaess Elektrohandel GmbH, Stockstadt; **Berlin, Amtsgericht Charlottenburg:** „Kleines Theater" Sabine Fromm GmbH; **Bremen:** Nachl. d. Hermann Hinrich Schmidt; **Hamburg:** Flamtec Vertriebsges. f. Öl + *Gasfeuerungskomponenten mbH*; **Mühldorf a. Inn:** Nachl d. Richard Frisch; **München:** Fa. Planungsgruppe Architekten Ingenieure PAI GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Duisburg: Oliplast GmbH, Verpackungs- und Kunststoffges.

Vergleich beantragt: Lehrte: Bade & Co. GmbH.

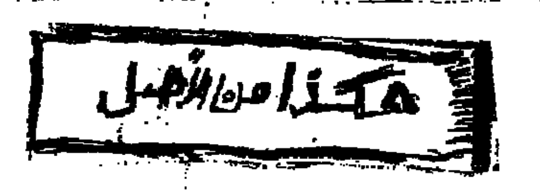
NAMEN

Prof. Dr. Oeftering, langjähriger früherer Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn, vollendet am 31. August sein 80. Lebensjahr.

Konsul Senator Walter Braun, Präsident des Landesverbandes des Bayrischen Groß- und Außenhandels, wird am 26. *August* 70 Jahre alt.

Heiner Seidler, zuletzt im Verlag Hoppenstedt, Darmstadt, tätig, hat die Vertriebsleitung der VDI-Nachrichten, Düsseldorf, übernommen.

Dipl.-Ökonom Friedrich Klopotek wurde als Nachfolger von Horst Prießnitz neuer Geschäftsführer des Industrieverbandes Schneidwaren und Bestecke e. V., Solingen.



Renten abwartend

Am Rentenmarkt war man einmal irritiert durch den Wiederanstieg des Dollarkurses, andererseits aber auch verunsichert wegen einer möglichen Anhebung des Lombardsatzes, um den im Zentralbankrat hart gerungen werden wird. Gleichwohl waren bei den öffentlichen Anleihen des längeren Laufzeitbereiches einige Anlagekäufe zu Kursen zu beobachten, die um einen Viertelpunkt höher als am Vortag lagen. Papiere mit mittleren Laufzeiten erlitten teilweise Einbußen bis zu 0,40 Prozentpunkte. Bei den Brasilien-Anleihen blieb die befürchtete Verkaufswelle aus. Die Kurse neigten sich nur wenig nach unten.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		24. 8.	23. 8.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,05G	100,05G
10 dgl. 73 II	11/83	100,75G	100,75G
7½ dgl. 72	2/84	100,5	100,55
8 dgl. 72	9/84	101,35G	101,45
8¼ dgl. 76	9/84	101,7G	101,7
6 dgl. 78 III	11/84	99,05	99,2
6½ dgl. 79	2/85	99,05	99,26
8½ dgl. 73	3/85	101,6	101,5
7 dgl. 77	2/87	97,35	97,16

Bankschuldverschreib.

	24. 8.	23. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	90,5G	90,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,9T	99,9T
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Auf breiter Front schwächer schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Kupfer zeigte sich in sämtlichen Positionen befestigt. Silber ging uneinheitlich aus dem Markt. Kaffee schloß ebenfalls uneinheitlich. Kakao notierte in sämtlichen Positionen schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	23. 8.	22. 8.
Sept	390,00	402,50
Dez.	411,00	423,25
März	424,50	433,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	23. 8.	22. 8.
St. Lawrence 1 CW	250,54	242,09
Amber Durum	258,69	258,69
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	152,80	147,80
Dez.	155,70	150,70
März	160,30	155,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	105,50	103,40
Dez.	106,50	104,50
März	109,50	108,20
Hafer Chicago (c/bush)	23. 8.	22. 8.
Sept.	180,50	186,50
Dez.	194,00	199,00
März	207,00	211,75
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	365,00	362,75
Dez.	370,50	365,50
März	379,75	370,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	23. 8.	22. 8.
Okt	122,20	119,10
Dez	124,70	121,70
März	127,30	124,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	23. 8.	22. 8.
Terminkontr. Sept	132,20	131,00
Dez.	131,25	130,60
März	128,30	128,35

Kakao New York ($/t)	23. 8.	22. 8.
Sept.	2054	2120
Dez.	2090	2150
Terminkontr. März	2121	2180
Umsatz	4650	4370
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	10,35	10,75
Okt.	10,81	11,27
Jan.	11,75	12,10
März	12,38	12,63
Mai	12,70	12,92
Umsatz	11 251	11 501
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	23. 8. 10,50	22. 8. 10,54
Kaffee London (£/t) Robusta-	23. 8.	22. 8.
Kontrakt Sept.	1717–1718	1716–1718
Nov.	1697–1698	1701–1702
Jan.	1675–1676	1679–1681
Umsatz	4117	2141
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1482–1485	1497–1498
Dez.	1511–1512	1527–1528
März	1508–1509	1533–1535
Umsatz	4632	4498
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	178,75	181,50
Dez.	187,50–188,50	189,00–190,50
März	199,25	200,40
Mai	203,30–203,75	204,45–204,75
Aug.	–	–
Umsatz	2871	4448
Pfeffer	23. 8.	22. 8.
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	257,50	257,50
weißer Sarawak	347,50	347,50
weißer Muntok	347,50	347,50

Orangensaft New York (c/lb)	23. 8.	22. 8.
Sept.	118,70	119,25
Nov.	116,30	116,45
Jan.	111,80	111,50
März	111,25	110,75
Mai	111,15	110,75
Umsatz	300	200

Öle, Fette, Tierprodukte

	23. 8.	22. 8.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	45,00	44,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	29,50	30,50
Sojaöl Chicago (c/lb) Sept.	31,70	32,40
Okt.	31,80	30,70
Dez.	31,92	30,80
Jan.	31,80	30,92
März	31,75	30,80
Mai	31,38	30,75
Juli	31,02	30,38
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	36,00	36,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	25,00	25,00
Choice white hog 4% fr. F.	18,75	17,75
Talg New York (c/lb) top white	16,50	16,50
fancy	16,00	16,00
bleichfähig	15,75	15,75
yellow max. 10% fr. F.	13,50	13,50
Schweine Chicago (c/lb) Okt.	44,00	43,90
Dez.	44,70	44,40
Febr.	48,70	48,50
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Aug.	64,57	66,57
Febr.	64,90	65,10
März	65,05	65,45

Häute Chicago (c/lb)	23. 8.	22. 8.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,50	57,50
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Sept.	867,50	867,50
Nov.	914,00	884,00
Jan.	926,50	896,50
März	934,50	904,50
Mai	932,50	902,50
Juli	924,00	894,00
Aug.	893,00	890,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Sept.	252,30	258,00
Okt.	253,20	242,30
Dez.	256,20	243,20
Jan.	258,80	246,20
März	258,00	246,80
Mai	258,00	248,00
Juli	255,00	249,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	23. 8.	22. 8.
Okt.	367,50	368,50
Dez.	383,60	372,60
März	391,50	381,50
Kokosöl New York (c/lb)	23. 8.	22. 8.
Westküste fob Werk	45,75	44,75
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	24. 8.	23. 8.
jegl. Herk. cif	1040,00	1050,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	630,00	625,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	615,00	649,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	183,00	185,00
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1015,00	1025,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	309,00	311,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	23. 8.	22. 8.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	79,00	80,17
Dez.	80,30	81,16
März	81,31	84,42
Mai	81,60	82,57
Juli	81,60	82,72
Okt.	76,50	77,22
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS -1:	59,75	59,75
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	23. 8.	22. 8.
Aug.	–	427
Okt.	425–430	427–433
Dez.	425–428	429–431
Umsatz	44	73
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	23. 8.	22. 8.
Okt.	45,20	45,20
Dez.	45,70	45,70
März	46,00	46,00
Mai	46,30	46,30
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	23. 8.	22. 8.
Okt.	564,0–565,0	563,5–570,0
Dez.	577,0–578,5	577,0–578,0
März	595,0–596,0	594,0–598,0
Umsatz	94	11
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	23. 8.	22. 8.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	23. 8.	22. 8.
Aug.	13 815	13 840
Sept.	13 820	13 830
Kautschuk London (p/kg)	23. 8.	22. 8.
Nr. 1 RSS loco	78,00–80,00	77,75–78,75
Sept.	77,90–78,90	77,50–78,00
Okt.	78,10–78,20	77,40–78,20
Okt./Dez.	77,90–78,00	77,40–77,50
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	23. 8.	22. 8.
Nr. 1 RSS loco:	266,00–267,00	264,50–265,50
Sep.	287,00–268,00	265,50–266,50
Okt.	269,00–270,00	267,50–268,50
Nr. 2 RSS Sep.	263,50–264,50	262,00–263,00
Nr. 3 RSS Sep.	260,00–261,00	258,50–259,50
Nr. 4 RSS Sep.	253,50–254,50	252,00–253,00
		Tendenz: stetiger
Jute London (£/lgt)	23. 8.	22. 8.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	24. 8.	23. 8.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,44–106,55	104,95–105,05
drittfolg. Monat	110,28–110,38	108,97–109,07
Zink: Basis London		
laufend. Monat	226,40–226,60	220,35–220,55
drittfolg. Monat	232,65–232,85	226,78–226,99
Produz.-Preis	217,00	214,91
Reinzinn 99,9%	3699–3736	3728–3765

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	24. 8.	23. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	436,47–438,89	434,07–436,48
Blei in Kabeln	114,00–115,00	112,50–113,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	24. 8.	23. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	366–389	364–385
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	415–418	413
MS 63	421–425	419–423

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	23. 8.	22. 8.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,21	30,18

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	24. 8.	23. 8.
Leg. 225	418–428	413–428
Leg. 226	425–431	415–431
Leg. 231	465–473	455–463
Leg. 233	455–473	455–473

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	24. 8.	23. 8.
Platin (DM je g)	39,80	40,15
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	36 500	36 300
Rücknahmepr.	35 700	35 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	36 430	36 250
Rücknahmepr.	35 340	35 160
verarbeitet	38 230	38 040
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 875	35 960
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	1081,60	1091,90
Rücknahmepr.	1043,70	1053,70
verarbeitet	1129,60	1140,30

Internationale Edelmetalle

	24. 8.	23. 8.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	424,00	–
15.00	424,00	–
Zürich mittags	423,25–423,75	426,60–427,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	108 100	107 350
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	823,45	831,70
3 Monate	843,45	851,90
6 Monate	863,65	872,10
12 Monate	905,50	913,80
Platin (£-Feinunze) London	23. 8.	22. 8.
fr. Markt	290,20	290,50
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	100,70	101,15

New Yorker Preise	23. 8.	22. 8.
Gold H & H Ankauf	425,40	421,75
Silber H & H Ankauf	1275,00	1260,00
Platin fr. Händlerpr.	438,00–444,00	430,00–444,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	154,00–156,00	154,00–156,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Aug	1264,00	1265,00
Sept.	1267,00	1259,00
Okt	1290,50	1283,00
Dez	1302,00	1305,00
Jan.	1315,20	1316,00
März	1337,00	1338,50
Mai	1362,30	1361,30
Umsatz	36 000	31 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	23. 8.	22. 8.
Aug	73,50	73,30
Sept	73,50	73,45
Okt	74,35	74,25
Dez	75,80	75,75
Jan	76,45	76,50
März	78,10	78,10
Mai	79,16	79,50
Umsatz	15 000	15 000

Londoner Metallbörse

	24. 8.	23. 8.
Aluminium (£/t) Kasse	1086,5–1087,0	1083,0–1084,0
3 Monate	1115,0–1115,0	1112,0–1112,5
Blei (£/t) Kasse	254,00–264,25	251,00–261,50
3 Monate	273,50–273,75	271,00–271,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1070,0–1070,5	1066,5–1067,5
3 Monate	1097,0–1097,5	1094,0–1095,0
abends Kasse	–	1063,5–1064,5
3 Monate	–	1091,5–1092,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1037,5–1030,0	1032,0–1034,0
3 Monate	1065,0–1066,0	1059,0–1060,0
Zink (£/t) Kasse	561,50–562,00	552,00–553,50
3 Monate	577,00–577,50	568,00–568,50
Zinn (£/t) Kasse	8427–8428	8420–8423
3 Monate	8537–8538	8535–8536
Quecksilber ($/Fl.)	–	275–285
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–79

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hilleshelm, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Braun; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffa (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Aktien teilweise erholt

Kein Kursdruck mehr auf die Papiere der Banken

DW. – Verunsichert durch den Wiederanstieg des Dollars war die Tendenz am Aktienmarkt zunächst unsicher. Als sich jedoch zeigte, daß auf Basis der ermäßigten Kurse die Kaufbereitschaft deutlich zugenommen hatte, kam es in fast allen Standardaktien zu einer Befestigung, die zum Teil über das Niveau vom Vortag hinausging. Wesentlich zur Erholung hat eine besondere Beurteilung der Schuldensituation Brasiliens beigetragen, die nach den neuesten Erkenntnissen kaum zu einer dramatischen Entwicklung führen dürfte. Diese Erkenntnis kam den Papieren der Banken, besonders den Aktien der Deutschen Bank, zugute, die sich gegenüber dem Vortag um 5 DM befestigten.

Während die meisten Autoaktien noch leicht abbröckelten, konnten sich Mercedes um 5 DM auf 487 DM erholen. In diesem Kurs ist noch die diesjährige Daimler-Dividende enthalten. Von den Maschinenbauaktien setzten Linde ihren Wiederanstieg um 5 DM auf 385 DM fort. Kaufhaus-Aktien lagen gegenüber dem Vortag nur wenig verändert. Renditepapiere waren RWE-Stämme (plus 1

Düsseldorf: Düwag erhöhten *sich um 4 DM auf 150 DM*, Balcke Dürr zogen um 2 DM auf 142 DM an und Stöhr verbesserten sich ebenfalls um 2 DM auf 65 DM. Schiess verminderten sich um 4 DM auf 116 DM, Hochtief schlossen mit einem Minus von 18 DM auf 438 DM und Keramag gaben um 3 DM auf 142 DM nach.

Frankfurt: Die Aktienbörse blieb *am Mittwoch etwa* behauptet, anfängliche Kursverluste konnten im Verlauf aufgeholt werden, Banken konnten sich *bis zu 5 DM* befestigen. Von Nebenwerten blieben Commerzbank Restquoten bei Doppelplus 4,60 DM plus 0,60 DM, Rheinmetall 293 DM plus 15 DM, *Mauser* bei Minusankündigung 97 DM minus 5 DM und Kupferberg 660 DM minus 10 DM.

Hamburg: *Beiersdorf gingen zu* 332 DM plus 7 DM aus dem Markt. Reichelt verloren 3 DM. Von den Versorgungswerten *lagen* HEW um 0,60 DM niedriger, NWK-Vz. gaben um 1,50 DM nach. Conti Gummi konnten sich behaupten und Phoenix Gummi legten 1 DM zu. Kühltransit setzten den Kursanstieg vom Vortag weiter und wurden zu 380 DM *plus* 15 DM notiert.

München: Agrob St. zogen um 2 DM auf 363 DM an und Patrizier Bräu schlossen mit einem *Plus* von 10 DM auf 260 DM ab. Audi NSU verminderten sich um 4 DM auf 258 DM. Dywidag verschlechterten sich um 1 DM auf 276 DM und Leonische Draht mußten eine Einbuße von 3 DM auf 320 DM hinnehmen.

Berlin: *Herlitz* Stämme verbesserten sich um 3 DM und Berliner Kindl um 1,50 DM. Herlitz Vorzüge lagen um 1 DM und *DUB-Schultheiss* um 0,50 DM geringfügig freundlicher.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Mailand

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Paris

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel vom 24. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-70/5, 10-75/2,60, 4-70/12,65, 4-75/9,40, 4-90/4,40, Siemens 10-360/5, 1-380/10, 1-390/6,40, 4-380/15, Veba 10-170/15,30, 10-190/3,50, 1-180/12, 1-190/7,40, 4-190/14, 4-200/8,40, BASF 10-155/6, 10-160/2,90, 1-135/25,80, 1-145/18, 1-155/11,80, 1-160/8, 1-170/5, Bayer 10-150/7, 10-160/3,50, 1-140/18, 1-150/12, 1-160/5,50, 4-150/16,60, 4-160/10,10, 4-170/7,50, Hoechst 10-144,50/14, 1-160/9, 1-170/18,50, 4-180/7,35, BMW 10-340/35, 10-350/26, 1-340/58, 4-400/36, VW 10-180/42,50, 10-190/33,25, 10-200/25, 10-220/11,30, 10-230/10, 1-190/40, 1-200/32, 1-220/18,50, 1-230/18, 1-240/12,40, 4-220/29, 4-240/21,25, 4-270/10,35, 4-280/5, Conti 10-110/3,05, 1-90/24,85, 1-110/7,30, 1-120/5,30, Commerzbank 10-170/8, 10-190/2,30, 1-170/18,40, 1-190/8, 4-170/25, 4-180/19,40, 4-190/15, 4-210/9,10, Deutsche Bank 10-320/7, 10-330/5,50, 1-340/15,70, 1-390/4,50, 4-340/25,60, 4-360/16, 4-400/8, Dresdner Bank 10-180/5, 10-190/2,05, 1-170/19,40, 4-180/20,60, 4-190/15, 4-220/5, Hoesch 10-50/2,80, 10-55/1,05, 1-45/8, 1-50/5, 1-60/1,80, 4-45/12,60, Preussag 10-280/4,40, 1-280/11, 1-290/8,40, 4-280/21, Thyssen 1-75/4, 4-75/7,35, Bay. Ver.-Bank 4-360/10, BHP 1-310/7, BBC 1-210/18, Deutsche Babcock 10-170/6, GHH 1-150/6,60, Karstadt 10-290/7, 1-290/12,40, 4-280/30, Klöckner 4-40/6,60, 4-45/5,40, Schering 1-370/15, VEW 4-120/17,60, Chrysler 1-75/8,50, 1-80/5,40, 1-90/3,60, General Motors 10-180/9, 1-180/15, Litton 1-160/12, Sperry Rand 1-120/12, 4-120/15,10, Philips 4-50/4, Royal Dutch 4-130/25, 4-140/16, 4-150/14,50, Elf 10-70/2,40, 1-55/17, 1-60/12, 1-65/9,40, 1-70/5,60, 4-60/14,60, *Norsk Hydro 10-150/40,50, 10-200/10, 1-200/23,90*, 4-210/25,20. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-65/2, 1-70/4, 4-70/5,40, Siemens 10-340/5,50, 10-350/8,40, 1-340/6,20, *Veba 10-180/3,50, Bayer 1-150/3, Hoechst 1-180/8*, BMW 10-390/17, VW 10-220/6, 10-230/10, 1-210/5,30, 1-220/10,80, 1-230/16, 4-200/5,45, 4-220/13, 4-230/18, *Conti 1-100/2,50, Commerzbank* 10-170/3,80, 1-170/4,90, 4-170/6,45, Deutsche Bank 10-310/4,80, 1-310/5,80, 1-320/12, Dresdner Bank 10-170/3,60, 1-170/5, 4-180/*11,10, Hoesch 10-45/1*, 10-45/1, 1-50/5, Thyssen 1-70/3,75, 4-70/4,80, Bewag 10-100/3, BBC 10-200/5,50, Deutsche Babcock 1-170/7,60, Klöckner 10-45/9, 4-40/*4,70, MAN 4-130/11, Alcan 4-100/8,90, Chrysler 1-70/*6,90, General Motors 1-180/8, Norsk Hydro 10-190/7,50. 559 Optionen 31 350 (38 200) Aktien, davon 127 *Verkaufsoptionen = 6550 Aktien.*

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½–9¾	4⅞–5⅛	4¼–4¾
3 Monate	10 –10¼	5¼–5½	4⅜–4⅞
6 Monate	10⅜–10⅝	5⅞–6	4⅞–5⅛
12 Monate	10⅝–10⅞	6 –6¼	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1915,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1238,00	1453,06
5 US-Dollar (Liberty)	533,00	661,26
1 £ Sovereign alt	262,00	321,48
1 £ Sovereign Elizabeth II	255,00	313,50
20 belgische Franken	194,00	255,36
10 Rubel Tscherwonez	282,00	338,58
2 südafrikanische Rand	256,00	314,64
Krüger Rand, neu	1139,00	1344,06
Maple Leaf	1139,00	1344,06
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	261,00	331,74
20 schweiz. Franken „Vreneli"	219,00	278,16
20 franz. Franken „Napoléon"	213,00	271,32
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1055,00	1271,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	212,00	264,48
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	489,00	597,36
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	116,00	155,04

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

24. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6383	2,6463	2,6105	2,59	2,68
London¹)	4,018	4,032	3,981	3,94	4,08
Dublin¹)	3,146	3,160	3,09	3,11	3,25
Montreal³)	2,1443	2,1523	2,1271	2,10	2,19
Amsterd.	89,380	89,490	89,22	88,25	90,25
Zürich	122,850	123,050	122,95	121,50	124,25
Brüssel	4,972	4,992	4,935	4,83	5,05
Paris	33,135	33,295	32,375	32,25	34,25
Kopenh.	27,710	27,830	27,56	26,50	28,50
Oslo	35,650	35,770	35,04	34,50	36,25
Stockh.**)	33,775	33,935	33,335	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,671	1,681	1,624	1,64	1,73
Wien	14,213	14,253	14,221	14,11	14,33
Madrid**)	1,759	1,780	1,759	1,71	1,83
Lissabon**)	2,155	2,175	2,055	1,84	2,74
Tokio	1,0845	1,0875	–	1,04	1,10
Helsinki	46,465	46,605	45,595	45,50	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	29,00
Rio	–	–	–	0,10	0,75
Athen*) **)	2,896	2,950	–	2,30	3,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3320	2,3510	–	2,26	2,38
Johannesbg.*)	2,3530	2,3720	–	2,06	2,30

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar.
4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Erste kommerzielle Ultimoeindeckungen führten am 24. 8. zu einem Anstieg des Dollar-Kurses bis 2,6510. Auf diesem *Niveau* kam es durch Positionsglattstellungen zu einer technischen Reaktion, die den Kurs zeitweise bis 2,6375 drückte. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,6413 glich die Bundesbank die Nachfrage mit einem Verkauf von 3,05 Mill. Dollar aus. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen gab es für die D-Mark keine einheitliche Tendenz. Das Britische Pfund konnte mit 4,025 seinen Vortragsverlust wieder aufholen. Mit 4,982 verzeichnete der Belgische Franc einen neuen historischen Tiefstkurs. Der Französische *Franc notierte* mit 33,215 um 2,5 Pfg. schwächer. Der Japanische Yen befestigte sich um 0,48 Pfg. auf 1,0860. Dollar in: *Amsterdam* 2,9560; *Brüssel* 52,5175; Paris 7,9560; Mailand 1577,30; Wien 18,4040; Zürich 2,1491; Pfund/DM 3,153; Pfund-Dollar 1,5233.

Ostmarkkurs am 24. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Festere D-Mark-Depots ließen am 24. August die Dollar-Depots schrumpfen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,09/0,99	3,21/3,11	6,08/5,88
Pfund/Dollar	0,04/0,08	0,16/0,20	0,33/0,37
Pfund/DM	2,10/0,70	5,00/3,60	8,80/7,40
FF/DM	29/13	83/67	166/150

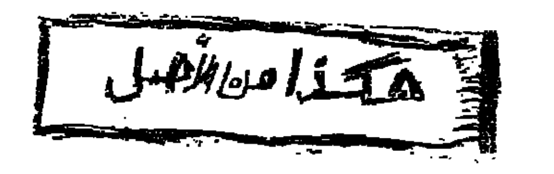
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24. 8.: Tagesgeld 5,00–5,06 Prozent; Monatsgeld 5,35–5,45 Prozent; Dreimonatsgeld 5,6–5,7 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 24. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,35) – 8,[illegible] (6,25) – 9,00 (6,87) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,32) – 9,00 (6,9[illegible]) – 9,25 (7,43) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.



Ein Fehler der Natur

…bel. – Warum nur – warum geriet …eses Buch erst jetzt in meine Hän… …e und öffnete mir Augen, Herz und …m für das schlechtsinnige Pro…lem, die Männer nämlich? Denn – …ich liebe ihn und ich möchte ihn …ch verstehen", sagt Dr. Joyce …rothers (natürlich amerikanische …sychologin) zu Recht im Titel ih…s Werkes (Scherz Verlag, Bern/…ünchen, 29,80 Mark), das mit dem …erführerischen Verkaufstrick …ckt: „Es geht alle Frauen an, die …uf eigenen Füßen stehen und den…och mit dem Mann leben wollen."

Nun – auch ich gehöre zu denen, …ie beides versucht haben, das mit …en Füßen sowie das „Dennoch" …it der rätselhaften Spezies „homo …rectus masculinus". Und jetzt – …ach 255 Seiten atemlos verschlun…gener Lektüre – bin ich platt, ja …etroffen ob der Stümperhaftigkeit, …ie ich im Umgang mit meiner so …omplexen, stets gefährdeten, vom …ussterben bedrohten und deshalb …egebedürftigen Ergänzung …Mann" habe walten lassen.

Denn: „Die männliche Unsicher…heit beginnt im Mutterleib", zitiert …rau Brothers einen Experten; „der …mbryo muß darum kämpfen, mas…ulin zu sein." Und weiter geht's …chlag auf Schlag: „Frauen", hat …in anderer herausgefunden, „sind …infach da. Stetig. Bleiben da. Män…ner sind erfolgreich oder versagen." …ar nicht zu reden von Erkenntnis…sen wie der, daß die Holden tiefer …atmen als wir und folglich Narko…sen oder Luftverschmutzung viel …wehrloser ausgesetzt sind. Über…haupt halten wir bedeutend länger …durch. Weil wir auf unsere Fettre…serven umschalten, wenn's drauf …ankommt. Wie's allerdings mit der …Speckschicht um die feminine See…le steht – dieses heikle Terrain um…schifft Frau Dr. diskret.

Also packen wir sie an, die Glei…chung mit mehreren Unbekannten – wenngleich unsere Hirne mehr auf Instinkt als auf gedankliche Schlüssigkeit ausgerichtet sind. Aber selbst damit – ich spreche aus Erfahrung – kann man bisweilen vordergründig schwierige Mathematikaufgaben lösen.

Was wäre gewesen, hätte ich Dr. Brothers' Opus vor 20 Jahren gelesen? Wahrscheinlich hätte ich angesichts der Problematik resigniert, mich für's Kloster entschieden und somit vor der köstlichen Erkenntnis gedrückt, daß man alle Fehler selber begehen muß. Und Männer sind nun mal Fehler der Natur.

Auch Erwachsene brauchen Märchen – Gedanken über Bruno Bettelheim

Kraft aus der Angst gewinnen

Bruno Bettelheim, der heute 80 Jahre alt wird, hat mit dem Titel seines letzten Buches das zentrale Motiv seines Lebens formuliert: die „Erziehung zum Überleben" (1980). In Wien 1903 geboren, waren es zunächst die Kriegsjahre und der Zusammenbruch von 1918, die ihn vor der Illusion bewahrten, „daß der Mensch ohne Angst leben kann". Später lernte er bei August Aichhorn (1878–1949), der im niederösterreichischen Ober-Hollabrunn eine Erziehungsanstalt für verwahrloste Kinder und jugendliche Delinquenten eingerichtet hatte, die wichtigste Aufgabe psychoanalytischer Erziehung (kennen): die Umwandlung der Angst aus einer Kraft, die uns verkümmern läßt, in eine, die uns und unser Leben bereichert", denn „Angst ist auch der Hauptantrieb für unsere Errungenschaften".

Dahinter stehen die Beobachtungen, die Freud 1920 zur Einführung „Todestriebe" in sein System veranlaßten, die Tatsache nämlich, daß Aggressivität und Gewaltsamkeit ganz ursprünglich im Wesen des Menschen liegen und nicht etwa erst durch Frustration hervorgerufen werden. „Wir kommen (deshalb) nicht daran vorbei, uns vernünftig Rechenschaft abzulegen über unsere Tiernatur", sagt Bettelheim.

Unschwer erkennt man hier jenes „tragische Lebensgefühl", das sich nach Analyse Armin Mohlers (1981) immer wieder aus den autobiographischen Stellen konservativer Literatur herausschälen läßt: „Das Erlebnis der Übermacht" mit seinem „Durcheinanderwachsen von Freude und Trauer", das den von einem solchen Weltgefühl ergriffenen Menschen sich stets seiner Sterblichkeit bewußt sein läßt, während er „die Wirklichkeit trotzdem (oder gerade deswegen) bejaht".

Bettelheim ist bis heute in der Nähe der bürgerlichen Konservativen geblieben, wobei er sich allerdings – wie er sagt – „als echtes Kind unserer Übergangszeit" in seine eigenen Widersprüche versenkt. Ihm ist klar, „daß die moderne Entfremdung, ja sogar ein großer Teil des modernen Lebensüberdrusses, darauf beruhen, daß die Menschen auf Distanz voneinander leben, (und daß) die beste, vielleicht sogar die einzige Möglichkeit, sie aus der Welt zu schaffen, echte Gemeinschaften" wären. Auf der anderen Seite bedrückte ihn der Mangel an Privatraum, als er eine Zeitlang (1964) in einem israelischen Kibbuz lebte. „All meinen Erkenntnissen zum Trotz ist mir der Privatraum so teuer wie zuvor, und ich ärgere mich über jedes unberufene Eindringen."

Diesen Widerspruch durch revolutionäres Pathos oder durch die Skizze einer Idealgesellschaft zu überdecken, ist nicht seine Art. Wahrscheinlich erklärt sich daraus die Ungerechtigkeit, mit der ihn die Internationale der Utopisten kaum der Publizität für würdig hielt, die sie dem Linken Erich Fromm (1900–1980) im Übermaß widmete. Für Bettelheim wurzeln eben die Probleme des Menschen hauptsächlich in dessen eigener Natur. Deshalb liegt „heute ... wie in früheren Zeiten wichtigste und schwierigste Aufgabe der Erziehung darin, dem Kind dabei zu helfen, einen Sinn im Leben zu finden", denn „das Wissen um das, was der Sinn des Lebens sein könnte oder sein sollte, ist das Zeichen seelischer Reife".

Die gleiche Überzeugung hat sein bloß um zwei Jahre jüngerer Landsmann, Viktor E. Frankl, in das Zentrum der „Logotherapie" gestellt. Auch er gehört nicht zu den Progressiven, bei denen die Frage nach dem Sinn des Lebens im Verdacht der Religiosität steht. Die beiden Männer verbindet das KZ-Erlebnis, dessen Hauptproblem Bettelheim darin erblickte, „sein Ich so zu erhalten, daß er, wenn er das Glück hätte, seine Freiheit wiederzuerlangen, in etwa die gleiche Person sein würde, die er vor seiner Freiheitsberaubung gewesen war". In diesem Sinne geht es ums Überleben und um die Verwandlung der Angst in eine Kraft, die das Leben bereichert. Bettelheim gelang dies, als er erkannte, „daß die Hilfe, die ich schwergeschädigten Menschen angedeihen ließ, eine Möglichkeit war, auf die Erfahrungen im KZ und ihre Folgen zu reagieren". Schon bevor er 1938 für ein Jahr in die Lager Dachau und Buchenwald gekommen war, hatte er „bereits viele Jahre lang mit einigen autistischen Kindern zusammengelebt und -gearbeitet".

Die Behandlung autistischer (schizophrener) Kinder wurde zu seiner Lebensaufgabe. Man weiß von ihnen auch heute noch nicht, in welchem Ausmaß ihre Pathologie organische Ursachen – eine kongenitale Virusinfektion durch Röteln vielleicht oder Sauerstoffmangel während der Geburt – hat und welche Rolle psychische Faktoren spielen. Über ein Vierteljahrhundert lang war er Leiter einer Internatsschule, der „Orthogenic School" in Chicago, in der man davon ausging, „daß das schizophrene Kind, wenn es wirksam behandelt werden soll, wirklich bedürfnisbefriedigende Personen um sich haben muß, allerdings nicht bloß für eine Stunde am Tag, sondern den ganzen Tag, das ganze Jahr lang".

Leider hätte er hinzusetzen müssen: viele Jahre lang. Man schätzt heute, daß drei von vier autistischen Kindern ihr Leben lang geistig unterentwickelt bleiben. Besonders schwere Fälle gelangen nicht einmal zu einem Blickkontakt mit der Mutter, und der Sprachgebrauch bleibt ihnen fast völlig versagt. In seinen Büchern, von denen die meisten in *deutscher Übersetzung* vorliegen („Liebe allein genügt nicht", 1971; „So können sie nicht leben", 1973; „Der Weg aus dem Labyrinth", 1975; „Die Geburt des Selbst", 1977), hat Bettelheim das Problem dieser Kinder eingehend erörtert. Seine Warnung sollte daher sehr ernst genommen werden: „Wenn ein Kind aus irgendeinem Grunde außerstande ist, seine Zukunft optimistisch zu sehen, kommt es zu einem Entwicklungsstillstand, wie man ihn in extremer Form im Verhalten eines Kindes erkennt, das unter infantilem Autismus leidet."

Ein Weg, auf dem er leichteren Fällen wesentlich helfen konnte, ist das Erzählen der alten Märchen, die dem Kind, wenn dessen innere Spannungen überhandnehmen, alle möglichen Gestalten vorstellen, „auf die es das, was in ihm vorgeht, auf überschaubare Weise projizieren kann. Die Märchen ermöglichen dem Kind, seine destruktiven Wünsche in einer Gestalt zu verkörpern, die ersehnte Befriedigung mit einer anderen Gestalt zu erleben, sich mit einer dritten Gestalt zu identifizieren, eine ideale Bindung an eine vierte Gestalt aufzubauen – wie es die augenblicklichen Erfordernisse verlangen."

Bettelheims Buch „Kinder brauchen Märchen" (1977) ist ein großer Wurf, weil die sogenannte progressive Erziehung dieses kulturelle Erbe in übler Weise vernachlässigt hat. Denn das Märchen verhilft „dem Kind dazu, sich selbst zu verstehen und Lösungen für seine Probleme zu finden". Nicht nur dem Kind – auch Erwachsene verstehen sich im Spiegel des Märchens leichter; auch Eltern brauchen Märchen! Bettelheim, der selbst Vater von drei Kindern ist, verdient für den Hinweis unser aller Dank.

PETER R. HOFSTÄTTER



Schöner Nippes für alle Lebenslagen: Eine Reklame der deutschen Brauerei Günther in Peru (1908), aus der Berliner Ausstellung

Berlin präsentiert „Das Abc des Luxuspapiers"

Glanz am Hyazinthenhut

Selbst das Totsein ist heutzutage nicht mehr das, was es einmal war. Baumwoll-Ästheten jedenfalls, die allen synthetischen Geweben zu Lebzeiten abgeschworen haben und sich für die letzte Bettung zumindest auf Spitzenbordüren aus geprägtem und gestanztem Papier eingerichtet haben, müssen sich mit der leidigen Tatsache abfinden, daß die Produktion dieses geschmackvollen Sargzubehörs – weiß mit Blütenmuster –, das in Packungen zu je 60 Meter geliefert wurde, Ende der 70er Jahre eingestellt wurde. Der Zeitgeist ruft nach Spitzen aus Perlon, vorwiegend in Grau- und Schwarztönen. Auch solche aktuellen Informationen kann der Besucher einer Ausstellung des Museums für Deutsche Volkskunde mit nach Hause nehmen: „Das Abc des Luxuspapiers" sättigt Schau- und Wissenslust in Hülle und Fülle auf eine geradezu sinnliche Art, daß man sich die Augen reibt.

Natürlich hat es schon in früheren Jahrhunderten Andachtsbildchen gegeben, und gelegentlich wagte eine kühne Hand, das kostbare Papier zu falten, zu kleben, zu kniffen, gar zu schneiden. Eine wahre Sintflut von 100 000 verschiedenen Papierartikeln brach aber erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts über den Weltmarkt herein, als die neuen Techniken von Stanzung und Prägung, vor allem aber die Entwicklung des chromolithographischen Verfahrens mit seinen verschwimmenden Rosé-, Chamois- und Bleu-Tönen, eine massenhafte Ausbreitung dieser Alltagskultur ermöglichten.

Die deutsche Luxuspapier-Fabrikation (Zentren in Berlin, Nürnberg, Bremen, Aschaffenburg), stellte die „Paper Mill" 1893 fest, war die umfangreichste in der Welt, und schon zwei Jahrzehnte zuvor hatte es im offiziellen Bericht zur Wiener Weltausstellung geheißen, in den „civilisirten Ländern" würden nun schon „Blumen und Knospen" hergestellt, „die an Schmelz und Farbe die natürlichen fast übertreffen". Selbstverständlich gab es Geschmacksapostel, die das ganze Goldgepräge aus Pappe greulich fanden, aber die Masse der Benutzer konnte gar nicht genug bekommen von all dem schönen Nippes der fast für alle Lebenslagen.

Bevor der Besucher der Ausstellung den Willkommensgruß (natürlich aus Papier) durchschritten hat, konnte er neben den diversen Techniken und ihren Werkzeugen schon ein paar Pröbchen von Streuglanz, getrockneten Blumen, Glimmer und Schneeimitation sehen, wie sie die verwendeten Papiere und Machés veredelten. Ostereier, Lampions, Nikolausstiefel und Knallbonbons, Masken (Affe, Hund, Mickymaus und Weihnachtsmann) bilden beinahe das Fußvolk unter den gut 1000 Ausstellungsstücken. Denn da sind die Siegelmarken, die neben Vereinen, Verbänden, Kirche und Versicherungen auch das Kaiserhaus benutzte. Unerschöpflich die Sammelbildchen fürs Album – von Autotypen bis zu Märchen und „Bunte Welt" ist alles eingeklebt. „Tom Cat" und „Rainbow Brand" grüßen von Apfelsinenkisten. Zigarren schmücken sich mit noblen Binden – Marke „Bismarck" – nichts kommt ohne Papierbeklebung auf den Ladentisch.

Da duften die Tütchen, um Schlüpfer und Laken mit Veilchenaroma zu parfümieren, da lehnen Raphaelengel auf Pastillen-Döschen, glänzen Hyazinthen-Hüte. Menükarten versprechen „Caviar auf Eis" und „Bombe Moscovite", für einfache Lebenslagen gibt's „Braune Suppe vor dem Karpfen". „Fröhliche Ostern" wünscht sich jedermann per Postkarte, und Majestät kondoliert biblischfigürlich zum Heldentod.

„Sei unermüdlich im Fleiße, dann lohnet dich stets auch die Freude", lautet die Mahnung für das Schulkind. *Fleiß steckt nicht nur in dieser* ergötzlichen Ausstellung – Fleiß und Schweiß kostete einstmals auch jedes gezeigte Stück. Viele dieser Luxuspapierartikel wurden in Heimarbeit gefertigt. Für ein Dutzend Veilchensträuße bekam eine Heimarbeiterin 1906 fünf Pfennig und wer 1929 Postkarten bemalte, mußte für 46 Pfennig in der Stunde froh sein. Ein paar Fotos geben Einblicke in dieses unfrohe Gewerbe, dessen Hervorbringungen den Käufern und wohl auch den vielen Sammlern, die zu dieser Schau beigetragen haben, die reinste Wonne waren (bis 27. 2. 84, Katalog in der Ausstellung 28 DM).

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Vorstoß in die Welt der Mini-Kristalle

AP, München

Ein Vorstoß in die Welt des Allerkleinsten ist Wissenschaftlern der Max-Planck-Gesellschaft gelungen. Sie erschlossen eine neue Dimension bei der Untersuchung des inneren Baumusters von Kristallen mit Hilfe von Röntgenstrahlen im Rahmen der sogenannten Röntgenstrukturanalyse. Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Festkörperforschung in Stuttgart benutzten bei ihrem Vorstoß in den Bereich unter zehn Mikrometer die vom Hamburger Elektronenbeschleuniger „Desy" gelieferte Synchrotronstrahlung. Damit gelang ihnen erstmals die Strukturanalyse *eines winzigen Kristalls von nur* sechstausendstel Millimeter Kantenlänge. Damit sind nunmehr etwa 20mal kleinere Kristalle als bisher dieser wichtigsten Untersuchungstechnik bei der Erforschung der Atomanordnung in Kristallen zugänglich geworden. Die Röntgenstrukturanalyse gilt als sicherste Methode zur Lieferung von Informationen über Art und Lage der Atome und deren Abstände im Kristall.

Philosophie-Kongreß in Montreal

AFP, Montreal

Rund 2000 Philosophen aus 20 Ländern sind derzeit zu ihrem 17. Weltkongreß im kanadischen Montreal versammelt. Thema der alle *fünf Jahre stattfindenden Veranstaltung* ist diesmal „Philosophie und Kultur". Erörtert werden in diesem Zusammenhang so unterschiedliche Einzelfragen wie Ausbildung, Umweltprobleme, nationale Philosophie-„Schulen" und der ethische Hintergrund biologischer oder medizinischer Eingriffe. Auf dem Programm stehen über 500 Vorträge *und Seminare*. Der *Weltkongreß* wird vom Internationalen Verband der Philosophie-Gesellschaften organisiert.

Deutschland-Premiere für Burton als Wagner

DW. Bayreuth

Gleichsam zum Kehraus der Festspiele wird heute in Bayreuth Tony Palmers Film „Wagner" mit Richard Burton als Titelheld und Vanessa Redgrave als Cosima (vergl. unseren Uraufführungsbericht, WELT v. 18. 4.) zum erstenmal in Deutschland gezeigt. Zur Aufführung kommt allerdings nicht die neunstündige Fernseh-Serien-Fassung, sondern eine auf circa fünf Stunden geschnittene Version, die später in den Kinos gezeigt werden soll. Die Fernsehfassung soll in Deutschland im Herbst in den dritten Programmen laufen.

Filmfestival von San Sebastian

AFP, San Sebastian

Siebzehn Uraufführungen stehen beim 31. Internationalen Filmfestival von San Sebastian auf dem Programm, das vom 15. bis 24. September in der baskischen Stadt veranstaltet wird. Fast alle bisher für den offiziellen Wettbewerb ausgewählten Beiträge werden bei dem Festival erstmals gezeigt. Unter den Wettbewerbsfilmen sind die amerikanischen Produktionen „Tin man" von John Thomas und „I am the cheese" von Robert Jiras, die französischen Filme „La guerre des demoiselles" von Jacques Nichet und „Coup de foudre" von Diane Kurys, der italienische Beitrag „La chiava" von Tinto Brass, „Betrayal" von David Jones (Großbritannien) sowie fünf spanische Filme.

Frankfurter Städel ehrt Max Beckmann

dpa, Frankfurt

Eine Ausstellung mit Werken von Max Beckmann aus seinen Frankfurter Jahren zeigt das Frankfurter Städelsche Kunstinstitut zum Abschluß seiner drei Beckmann-Präsentationen. Anläßlich des 100. Geburtstags des Künstlers (12. 2. 1984) werden im Städel vom 17. November bis zum 12. Februar 85 Gemälde, 70 Zeichnungen und eine Auswahl druckgraphischer Blätter aus der Zeit zwischen 1915 und 1933 zu sehen sein. Ein besonderer Akzent der Ausstellung wird auf der Hinwendung Beckmanns zu den allegorischen und mythologischen Themen liegen, die sein späteres Werk maßgeblich bestimmten.

Französischer Bildhauer schuf „Pflanzenmenschen"

AFP, Marseille

Dreißig Statuen eines „Pflanzenmenschen", die das Festival für zeitgenössische Musik im südwestfranzösischen Uzeste bei Bordeaux schmücken sollen, sind gemeinsam von dem französischen Bildhauer Ernest Pignon-Ernest und seinem Landsmann Claude Gudin, einem Biologen und Atomforscher, geschaffen worden. Die in ihrer Art wohl einmaligen Kunstwerke sind Menschennachbildungen aus gehärteter Gelatinemasse, in deren durchsichtiger Kunststoffbeschichtung lebende Mikroorganismen untergebracht sind. Die in den Poren der Oberfläche lebenden einzelligen Organismen färben sich entsprechend den Lichtverhältnissen und der Zellennahrung grün oder rötlich.

Mehr als nur Dirigent: Leonard Bernstein 65

Sonnenkönig der Musik

Von ihm erwartet man immer mehr als von jedem anderen Dirigenten. Leonard Bernstein gilt vielen als ein Wundertäter der Musik, dessen Wirksamkeit indessen weit über die Musik hinausgreift. Von nah und fern drängt man herbei, ihm zuzuhören, ihn anzustaunen, ihn zu sprechen, ihn nach Möglichkeit zu berühren. Ein Händedruck von ihm gilt mehr als ein Autogramm. Es ist wie ein Handauflegen.

Das gab es nicht seit den Tagen Franz Liszts, des musikalischen Menschheitsbeglückers: einen Mann, in dem man mehr als nur das musikalisch Gute verkörpert sieht. Bernsteins Ruf als Musik ausübender Humanist vermag durchaus seinen Rang



Ein Händedruck von ihm gilt mehr als ein Autogramm: Leonard Bernstein, der heute 65 wird

FOTO: RABANUS

als Komponist zu verdunkeln. Der basiert im Grunde auf einem einzigen Werk, und noch dazu eines Genres, über das die musikalische Seriosität leicht geneigt ist, die Nase zu rümpfen. Bernstein ist der Komponist der „West Side Story" und nicht mehr, trotz aller anderen Stücke, die er außerdem schrieb.

Sie belegen ein kräftig amerikanisches Naturell, ein ungewöhnliches Temperament, eine Naturbegabung, die freilich durch schnellen, geradezu ungestümen Erfolg künstlerisch eher gebremst als beflügelt wurde. Ungewöhnlich an Berstein ist nun einmal alles und von Anfang an.

Ausgerechnet der Vater wollte Lenny abbringen vom Musikerberuf und in eine kaufmännische Laufbahn zwingen, obwohl buchstäblich alle Welt sehr früh seine augenfälligen musikalischen Talente erkannte. Über mangelnde Förderung hat Bernstein nicht zu klagen gehabt, aber keiner natürlich förderte ihn so wie er sich selbst.

Mit 25 sah er sich, probenlos einspringend für Bruno Walter am Pult der New Yorker Philharmoniker, gefeiert als junges Genie. Fortan blieb er entschlossen beides.

Ein Jahr nach seinem Carnegie Hall-Debüt eroberte er sich mit dem Ballett „Fancy Free" in der witzigen Choreographie von Jerome Robbins die New Yorker Bühne. Die Konzertsäle *in aller Welt öffneten sich ihm im* Flug. Bernstein war mit Abstand der bestaussehende der „häßlichen Amerikaner" und der liebenswürdigste auch. Die Nachkriegszeit sah in ihm gewissermaßen einen musikalischen Friedensengel.

Seine Art zu dirigieren, macht Furore. Seine Temperamentausbrüche, sein Überschwang, seine schweißüberströmte Hingabe an die Musik, sein berauschendes Sendungsbewußtsein machen ihn zum umjubelten Pultstar. Was auch immer er dirigiert, Beethoven, Brahms oder Wagner, das Publikum frißt es ihm buchstäblich aus der Hand.

Das gab ihm die Macht, seine Strahlkraft, seine musikalische Magie für das Werk Gustav Mahlers einzusetzen und eine ganze Nachkriegsgeneration durch die Schallplatte weltweit mit ihm zu infizieren. Wie sich das Bild Mahlers seit den frühen Bernstein-Interpretationen auch inzwischen gewandelt hat, Bernstein war der erste, der es neu und mit gewaltiger Faszination aufriß.

Er erweist sich als geistsprühender Musikpädagoge im Fernsehen. Er versteht spektakulär nachzudenken in aller Öffentlichkeit: ein Medien-Stratege, den sein Amt nie drückt. Bernstein ist und bleibt die personifizierte Freude an der Musik, ein Dirigent ganz in Dur. An ihm mag man sich nicht sattsehen noch satthören.

Was sonst kaum einem gelingt, Bernstein führt es mit Leichtigkeit vor: das Pendeln zwischen Klassik und musikalischer Unterhaltung. Er versteht Schnulzen zu schreiben und darf gleichzeitig Beethovens „Missa solemnis" aufführen. Man bewundert ihn für beides und – was schwerer wiegt – durchaus zu Recht.

Was er auch unternimmt, er versteht, sein Publikum immer aufs neue zu fesseln. Mit Lauheit wartet er niemals auf. Er machte die musikalischen Nachkriegsjahrzehnte auf eine Weise lebendig, als sei das Leben ein einziges Songfest und dies sogar in den Konzertsälen, in denen Jauchzen sonst eher verpönt ist. Auch ohne Allongeperücke: Berstein ist so etwas wie der Sonnenkönig der Weltmusik.

KLAUS GEITEL

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Das Magazin „natur"

Grün ist alle Theorie

Man sollte sich über den blauäugigen Unsinn, den die Grünen nun mit der Verstärkerwirkung des *Bundestages von sich geben*, nicht bloß ärgern. An ihm gemessen, rükken sich die Proportionen verwandter Erscheinungen doch deutlich zurecht. Beispielsweise nimmt sich in diesem Vergleich „natur", laut Untertitel „Horst Sterns Umweltmagazin", schon als einigermaßen differenzierte Zeitschrift aus. Allerdings scheint uns dieses reich illustrierte Monats*magazin seit seiner Gründung im* Sommer 1981 einiges hinzugelernt zu haben. Publikumsverkehr ist für Ökologen immer gut.

Horst Sterns Leitartikel zur Augustnummer trägt einen hinterhältigen Titel: „Grün ist alle Theorie." Wie das gemeint ist? 3 cm unter dem Titel liest man: „Bei Tierarten, die keine natürlichen, sie dezimierenden Feinde mehr haben, *ist die Bestandsregulierung* durch den Jäger unverzichtbar, wenn man der bei uns vorherrschenden Bambi-Mentalität nicht zumuten will, jahrzehntelang dem Tierelend der Selbstregulierung viel zu hoher Wildbestände durch Hunger, Seuchen und Verkehrstod zuzuschauen." Das ist zweifellos mutig von seiten des Herausgebers einer *Zeitschrift, die sicher manche Bambis* unter ihren Lesern zählt.

Stern geht aber noch weiter. Er mokiert sich, immer bloß Jäger zu treffen, die ihm sagen: „Ach, wissen Sie, das Schießen ist mir nicht wichtig. Ich bin Heger." Dazu Horst Stern: „Wer um seines angestrebten Images als Naturschützer willen die atavistische Lust am Jagen, ja, auch am *Töten leugnet, der ist eines von dreien*: Ein Heuchler vor sich selbst, ein Feigling vor der Öffentlichkeit oder – kein Jäger. Was immer er ist – er hat sich abgenabelt von den stammesge*schichtlichen und geistigen Wurzeln* der Jagd." Wozu anzumerken ist, daß bei vielen Ökologen, wenn man etwas kratzt, ein ganz solider Konservativer zum Vorschein kommt.

Aber nicht bei allen. Daran erinnern die vier Seiten, die „natur" dem grünen Bundestagsmitglied Frau Beck-Oberdorf zur Verfügung stellt zum Abdruck der zweiten Folge ihres *Bonner Tagebuches „Blutleere im* Kopf". Nach diesem Tagebuch zu schließen macht Frau Beck zur Zeit in der Bundeshauptstadt die grundlegende Erfahrung, daß alles Schöne auf dieser Welt mit Schmerz (hier in Form von Streß kombiniert mit Langeweile) bezahlt werden muß! Literarisch ist zu sagen, daß das Tagebuch des Bundestagsabgeordneten Peter Glotz für den Blutkreislauf des Rezensenten hilfreicher war.

Die vier Seiten sind wohl als Ausgleich gedacht zu dem acht Seiten starken Bericht über die Umweltsituation rund um das Industriekombinat von Fos an der Rhônemündung. Sie ist ein Musterbeispiel dafür, was positiv geschaffen werden kann, wenn Ökologen, Wirtschaft und Staat aufeinander hören. Vor zehn Jahren schienen sich der Golf von Fos und das benachbarte Etang de Berre (ein Binnenmeer) unrettbar in Gifttümpel zu verwandeln. Heute kann man gleich neben den Fabrikanlagen gefahrlos baden und gesunde Fische fangen. Wer der mit dem stets gleichen Staccato vorgetragenen Weltuntergangsmeldungen etwas müde geworden ist, sollte diesen Bericht ge*nau lesen*.

ANTON MADLER

KULTURNOTIZEN

„Deutsche Kunst und Kultur zwischen Mittelalter und Neuzeit" heißt eine Ausstellung, die von Mitte Juni bis Ende Juli 1984 im National Museum of Western Art in Tokyo gezeigt wird. Diese Übersicht über die Zeit von 1380 bis 1550 hat das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg erarbeitet.

Konzerte auf Schloß Neuhaus bei Paderborn finden am 28. 8., 4. 9. und 11. 9. statt.

„Die Glockenspieler", eine Spiel- und Klangstraße in Essen, wird vom 16. bis 18. 9. zum 5. Male eröffnet.

Claudio Arrau ist Chiles „Nationaler Kunstpreis 1983" zugesprochen worden.

Jewgeni Jewtuschenko dreht in Estland seinen ersten Spielfilm. Der Titel: „Kindergarten."

Das 6. Filmfestival nationaler Minderheiten im bretonischen Douarnenez ist den Zigeunervölkern gewidmet.

Die bischöfliche Sozialakademie „Franz-Hitze-Haus" in Münster zeigt bis 29. September „Plakate gegen Gewalt und Krieg" aus Warschau.

Im Europäischen Skulpturen-Park Willebadessen sind bis 18. September Arbeiten des russischen Malers Alexander Schilow zu sehen.

Heinz Warneke, aus Deutschland stammender Bildhauer, ist 88jährig in einem Altenheim von Madison/Connecticut gestorben.

Hans Schalla †

Mit Gott und Teufel auf kahler Bühne

Hans Schalla stammte aus Hamburg, wo er am 1. Mai 1904 geboren wurde. Und wer aus Hamburg stammte, kam von Erich Ziegel. Wie Gründgens und Kortner, wie Werner Hinz oder Ernst Busch hatte auch er dort gelernt, was Theater sei: vornehmlich ein geistiger Ort. Das zeigte Hans Schalla dann – als Schauspieler zunächst in Breslau, Darmstadt und Bremen, später als Regisseur in Stettin, Gera und Aachen. Nach dem Krieg in Köln und Bonn, wo er – mit Alfred Schieske – auf kahler Bühne, ohne alle Requisiten, mit ein paar selbstgebastelten Einwerfern Büchners „Woyzeck" inszenierte. Die Aufführung war ein Höhepunkt seiner Arbeit, und sie war geradezu das Muster für die Entwicklung des deutschen Theaters nach dem Kriege. Gründgens holte Schalla nach Düsseldorf.

Nicht für lange, denn schon 1949 kam Bochum. Schalla wurde Intendant, als Nachfolger von Saladin Schmitt, der Bochum zur Hochburg deutschen Shakespeare-Spiels gemacht hatte. Dabei blieb es in den 23 Jahren, die Schalla dort residierte. Nur wehte ein anderer Wind: Schalla inszenierte zwar werkgetreu und fern von allen Experimenten der zwanziger Jahre, ebenso wie Schmitt, aber nicht mehr so weihevoll, sondern komödiantisch und analytisch klar.

Liebte Auseinandersetzung statt Huldigung: Hans Schalla

FOTO: IP/ARENS

Auseinandersetzung statt Huldigung.

Das trug ihm Einladungen ein zum Festival „Theater der Nationen", das damals stets in Paris stattfand. Dort feierte Schalla seinen größten Triumph, als er 1956 Sartres „Der Teufel und der liebe Gott" zum bejubelten Erfolg machte – fünf Jahre, nachdem die Urinszenierung von Louis Jouvet (mit Pierre Brasseur!) durchgefallen war.

1972 trat Schalla ab, hoffend auf ein „armes Theater" und auf dessen Chance einer Erneuerung des Dramas aus dem Wort. Aber der Altenteil war wohl kein Platz, an dem er sich wohl fühlte. Es war sehr still um ihn geworden, darunter litt er sehr. Jetzt ist Hans Schalla, im 80. Lebensjahr stehend, gestorben.

KATHRIN BERGMANN

Polizeichef soll Licht in Todesschuß-Prozeß bringen

Berliner Schußwaffenkommission gerät ins Kreuzfeuer

F. DIEDERICHS, Berlin

Im November vergangenen Jahres erschoß der 27jährige Berliner Polizeiobermeister Jörg Rosentreter bei einem nächtlichen Einsatz den 18jährigen Schüler Andreas Piber. Der Junge starb, als der Polizist ihn bei einem Einbruchversuch überraschte, sich „von einem Gegenstand" in der Hand des Heranwachsenden bedroht fühlte und dem Fliehenden in den Rücken schoß.

Im Prozeß vor dem Berliner Schwurgericht, wo sich Rosentreter wegen Totschlags verantworten muß, wird inzwischen nicht nur das Fehlverhalten eines Polizeibeamten verhandelt, dessen Nerven von der Einsatz-Situation offensichtlich überfordert waren. Die Sitzungen des Kriminalgerichts haben sich mittlerweile zu einem Tribunal gegen eine Institution ausgeweitet, die von zahlreichen Polizeiexperten längst als überholt und abschaffungsreif eingestuft wird: die polizeiinterne Schußwaffenkommission, die in allen Bundesländern stets dann tätig wird, wenn ein Polizeibeamter im Dienst von der Waffe Gebrauch macht.

So geschehen auch im Fall Rosentreter. Für die Art und Weise jedoch, in der die polizeiliche Untersuchungsgruppe in Berlin ihren Beitrag zur Aufhellung des Todesschusses leistete, findet der Vorsitzende Richter der Schwurgerichtskammer nur ein Wort: „Erbärmlich". So stellte sich heraus, daß die hochrangigen Beamten der Schußwaffenkommission zwei Augen- und Ohrenzeugen des tödlichen Vorfalls, einem Kripobeamten und einem den Todesschützen begleitenden Streifenpolizisten, „Formulierungshilfe" bei der Abfassung der Tatprotokolle gaben.

Wie die beiden Zeugen jetzt vor Gericht einräumten, hätten sie ihre ersten Berichte über den Tathergang „auf Weisung der Schußwaffenkommission" vernichten müssen – ein „ungeheuerlicher Vorgang", wie es der Vorsitzende Richter bewertet. Hintergrund dieser Anweisung war, daß die Aussage des Todesschützen vor der Schußwaffenkommission, die ihm direkt nach dem tödlichen Schuß eine Tatschilderung abverlangte, nicht mit den später verfaßten Tatprotokollen der beiden Polizisten übereinstimmte.

So hatte Rosentreter, offensichtlich noch unter dem Schock des wenige Minuten alten Vorfalls, vor der Schußwaffenkommission lediglich in knappen Worten geschildert, er habe geschossen, als der Junge fliehen wollte und nicht auf Anruf stehengeblieben sei. Später dann berichtete er dem ermittelnden Kripobeamten auch ein wichtiges entlastendes Detail: Der Junge habe einen „Gegenstand" in der Hand gehalten, von dem er sich im Halbdunkel bedroht gefühlt habe – es handelte sich um einen Schraubenzieher, der später am Tatort gefunden wurde.

Dies schrieb auch sein Streifenkollege in den Bericht – den er wenig später auf Weisung der Schußwaffenkommission „in den Papierkorb werfen" mußte. „Der Schraubenzieher gehört nicht in den Bericht", so ein Mitglied der Kommission zu dem Beamten. In der Kommission selbst soll man sich darauf verständigt haben, man könne „die Geschichte mit dem Schraubenzieher so dem Polizeipräsidenten nicht verkaufen", sie sei zu unglaubwürdig.

In den bisher wohl einmaligen Fall, daß ein Polizeigremium bei Ermittlungen gegen einen Polizisten ein entlastendes Indiz unter den Tisch fallen läßt, soll jetzt Berlins oberster Polizist mehr Licht bringen: Das Schwurgericht hat Berlins Polizeipräsidenten Klaus Hübner vorgeladen; das Urteil gegen Rosentreter wird noch in dieser Woche erwartet.



Pleite bis in die oberste Etage: Vom 10. September an bleiben die 250 Betten von Düsseldorfs jüngstem First-class-Hotel leer. FOTO: WOLFGANG DEUTER

Ein guter Name nimmt Schaden am Rhein

284 Tage nach Eröffnung muß Hotel Rheinpark wieder schließen

WILM HERLYN, Düsseldorf

So kompliziert sich der Name liest, so verschachtelt sind die Beteiligungen an dem „Hotel Rheinpark Neuss Kempinski Düsseldorf". Was sich den Gästen aber beim Gedanken an Düsseldorfs jüngster Firstclass-Herberge einprägte ist allein der wohlklingende Name des Luxus-Gastronomen Kempinski. Sie verteidigen erfolgreich in Hamburg („Atlantic"), München („Vier Jahreszeiten"), Frankfurt („Gravenbruch") und Berlin („Bristol") ihren guten Ruf, doch am Rhein, „wo wir eine Lücke in unserem Angebot schließen wollen" (Vorstandsmitglied Rolf Rödig beim Richtfest) war ihnen kein Glück beschieden.

Zwar sind sie mit dem Hotel nur durch einen Management- und Beratungs-Vertrag verbunden und haben nur zwei ihrer Top-Manager – Hoteldirektor Karlhermann Heizmann und den Finanzverwalter – dort eingesetzt, doch muß Vorstandsmitglied Karl Theodor Wallerspiel befürchten, daß die Pleite am Rhein auch den noblen Namen befleckt.

Genau 284 Tage nach der Eröffnung wird das Luxus-Hotel mit angeschlossenem Conferenz-Center am 10. September um 24 Uhr schließen. Als Bauherr war ein Anlagefond in Neuss eingestiegen, Mieter und Betreiber ist die „Rheinpark Hotel und Conference Center GmbH", mit der Kempinski den Management-Vertrag abgeschlossen hatte. Zwangsverwalter Rechtsanwalt Dieter Zirpins: „Bei der Planung hat sich die Gesellschaft schon verkalkuliert." An Baukosten werden – vorsichtig geschätzt – mehr als 50 Millionen Mark angesetzt. Die Hauptgläubigerin, die Allgemeine Hypothekenbank in Frankfurt, will die Versteigerung einleiten – aus Sicht der Bank sicher der einfachste Weg, ihre 30 Millionen Mark sicherzustellen. Zirpins hofft aber noch, Verkaufsverhandlungen einleiten zu können, bevor das Hotel unter den Hammer kommt.

Er steht vor der schier unlösbaren Aufgabe, die Einzelposten aufzulisten und einzuordnen, wer für welche Schulden einzutreten hat. Denn da gehören die 250 Betten einer anderen Gesellschaft als etwa die Bettwäsche, die Marmorbadewannen hingegen sind wieder anders verbucht als Messer und Gabeln.

Als möglicher Interessent ist „Holiday Inn" im Gespräch, eine amerikanische Kette, die in Düsseldorf schon mit einem Stadt-Hotel vertreten ist.

Die Hotelpleite indes ist nur ein Aspekt eines finanziellen Desasters im Rheinpark-Center, das insgesamt zu vier Konkursen führte. An den Eigentumswohnungen und Büroetagen, weder vermietet noch verkauft, kann nicht weitergebaut werden – zahlreiche Düsseldorfer Firmen und Neusser Handwerker warten auf ihr Geld. Insgesamt auf 65 Millionen Mark sollen sich die Gesamtforderungen belaufen. Der Schlußtermin des 10. September, so ist zu hören, ist nur gewählt worden, weil bis dahin noch die Gäste der Modemesse IGEDO gebucht haben. Die Köche – und die Gäste natürlich auch – müssen sich mit den Resten begnügen, die die Vorräte im Keller noch hergeben. Barkeeper Schausten sieht sich, wie die anderen 160 Angestellten, nach neuer Arbeit um. Empfangschef Hans Bernhard Webers: „Schade um das schöne Hotel, aber uns geht es um den Arbeitsplatz. Dabei haben wir uns alle Mühe gegeben. Wir sind nicht schuld", meint er resignierend.

Verflossen auch die kühnen Ideen von Direktor Heizmann. Er wollte einen Fährdienst über den Rhein zur gegenüberliegenden Altstadt einrichten – mit einem Tragflügelboot.

Auffahrunfall auf der Autobahn: Acht Tote

dpa, Köln

Acht Menschen – fünf Kinder und drei Erwachsene – kamen bei einem schweren Unfall in der Nacht zum Mittwoch auf der Autobahn Aachen–Köln ums Leben. Zwei Menschen schweben noch in Lebensgefahr. Die Polizei sprach von einem der schwersten Verkehrsunfälle in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zu dem Unfall kam es in der Nähe von Frechen, nachdem der Pkw der Kölner Familie mit dem 35jährigen Vater, seiner 34 Jahre alten Frau sowie zwei Söhnen im Alter von drei und neun und zwei Töchtern im Alter von zwei und fünf Jahren durch eine Reifenpanne ins Schleudern geraten war, gegen die Mittelleitplanke prallte und danach quer zur Fahrtrichtung auf der Überholspur zum Stehen kam. Während der Vater verzweifelt versuchte, das Auto wieder zu starten, flüchtete sich die Mutter auf den Mittelstreifen, um nachfolgende Autos zu warnen.

Ein belgischer Pkw mit einer vierköpfigen Familie – wahrscheinlich ein in der Nähe von Siegburg stationierter Soldat mit seiner 25 Jahre alten Frau sowie zwei Söhnen im Alter von sechs und sieben Jahren – rammte das Kölner Fahrzeug, dessen Insassen durch die Wucht des Aufpralls aus dem Auto geschleudert wurden. Als ein dritter Wagen aus Leverkusen mit vier jungen Leuten wenig später das belgische Auto rammte, fing das ausländische Fahrzeug sofort Feuer – alle Insassen verbrannten im Wagen bis zur Unkenntlichkeit. In dem Kölner Auto kamen der Vater, seine beiden Söhne sowie seine zweijährige Tochter ums Leben.

Erpresser gestellt

AP, Rosenheim

Der Versuch einer Millionen-Erpressung des Rosenheimer Oberbürgermeisters Michael Stöcker (CSU) ist in der Nacht zum Mittwoch mit der Festnahme des Täters zu Ende gegangen. Ein 35jähriger Diplom-Psychologe hatte in drei Erpresserbriefen an das Stadtoberhaupt zwei Millionen Mark gefordert und gedroht, Bomben in der Stadthalle Rosenheim und in Kaufhäusern zu legen. Per Fangschaltung kam die Polizei dem Mann jetzt auf die Spur.

Raben als Rinderkiller

SAD, Ottawa

Wissenschaftler der Universität von Manitoba haben jetzt bestätigt, was niemand glauben wollte: Raben an der Grenze zwischen den Provinzen Manitoba und Ontario töten Kühe. Wie die Universität mitteilte, greifen die Raben die Rinder im Sturzflug an und hacken ihnen die Augen aus. Die Vögel setzen die Angriffe so lange fort, bis die Rinder zu Tode bluten. Wie viele Rinder bisher auf diese Weise umgekommen sind, steht nicht fest, da Beschwerden von Farmern lange Zeit nicht ernst genommen wurden.

Ausnahmezustand

dpa, Frankfurt

Zwei Großbrände fast zur gleichen Zeit versetzten gestern morgen die Frankfurter Feuerwehr in Ausnahmezustand. Sämtliche Löschzüge waren im Einsatz, um einen Brand in einer stillgelegten Ziegelei im nördlichen Stadtteil Praunheim sowie ein weiteres Feuer in einem türkischen Lebensmittelgeschäft im innerstädtnahen Stadtteil Bornheim zu bekämpfen. Der Schaden wurde auf mehr als fünf Millionen Mark geschätzt.

Der gute Ton füllt in den Staaten Schulen, Sommercamps und Kassen

Vor allem junge Amerikaner bezahlen Tausende von Dollar für gesellschaftlichen Schliff

RALF PETER LAUCK, New York

Die lieben Kleinen kommen zu den Geburtstagspartys in dunklen Anzügen und langen Kleidern. Bönsel küssen den Damen elegant die Hand, ihre kleinen Schwestern setzen artig zum Smalltalk an. Sie alle haben einen Crashkurs in Sachen Benimm hinter sich gebracht, sei es in Schulen oder Sommercamps, die wie Pilze im ganzen Land aus dem Boden sprießen, sei es mit einem der Bücher, die massenweise auf den Markt geworfen werden. Nach Rollerskating und Aerobic ist nun gutes Benehmen Mode in den USA.

„Königin der Höflichkeit"

Einigermaßen erstaunt stellte auch das Magazin „Newsweek" fest, daß Amerikas Jugend sich in diesen Sommerferien mehr mit Manieren, als mit der Verbesserung der Rückhand beim Tennis beschäftigt. So steht etwa in den Camps von Marjabelle Stewart gesellschaftlicher Schliff auf dem Programm. Das frühere Modell, mit einer Mischung aus Respekt und Verwunderung als „Königin der Höflichkeit" apostrophiert, überzog das Land inzwischen mit 420 solcher Schulen. In anderen Instituten lernen die jungen Leute richtig zu picknikken, zu speisen und zu feiern. In der Arthur Murray School of Dancing von Boston wird die Disco-Generation wieder auf die alten Gesellschaftstänze gedrillt.

Noch sind sich Soziologen und Psychologen nicht ganz einig, was dieses plötzliche Interesse bei alt und vor allem jung verursacht haben könnte – zu neu noch ist der Hang zu guten Sitten. Die Kolumnistin Ann Landers glaubt allerdings, dem Phänomen auf den Fersen zu sein: „In schlechten Zeiten suchten die Menschen halt Trost beim guten Benehmen." Nach den Beobachtungen von Professor Albert Mehrabian, Psychologe an der Universität von Los Angeles, ist Protest in rauhen Zeiten ein Luxus. Nur so sei es zu verstehen, daß die Rebellen der 60er und 70er Jahre sich nicht nur willig in den Wirtschaftsprozeß eingliedern ließen, sondern daß sie sogar förmlich danach gierten: „Sie ziehen sich besser an und zeigen Verständnis für die Gefühle der anderen. Sie haben gemerkt, daß die Art, wie sie sich kleiden und wie sie sich selber präsentieren, entscheidend dafür sein kann, ob sie einen Job bekommen oder nicht."

Soweit will Anne Oliver, „Directrice" der „L'Ecole Ingénue de Taos" im Bundesstaat New Mexico nicht gehen. Sie tut die beiden vergangenen „unordentlichen Jahrzehnte" schlicht als Fauxpas ab. Die Amerikaner hätten immer Manieren gehabt, die aber seien nur für eine Weile in Vergessenheit geraten, nimmt sie ihre Landsleute in Schutz. Hart in der Sache, französisch im Stil, hat die hübsche schlanke Frau sich daran gemacht, Verschüttetes wieder freizulegen. In einer Art Skihütte nahe Taos haben sich zur Zeit 20 junge Damen zwischen 13 und 20 Jahren für 1385 Dollar (etwa 3600 Mark) unter ihr Elf-Tage-Regiment begeben. Ein solcher Tag beginnt mit einem Spaziergang und einem „Les délices du matin" genannten Frühstück. Der Rest des Tages ist ausgefüllt mit Französisch-Unterricht, Übungen in Make up, Mode und Meditation. Die Oliver-Schüler lernen, sich zu unterhalten, Blumen zu stecken und eine Menge über Kunst und Sport. Schwärmt die Directrice: „Ich bekomme rohe Diamanten und mache aus ihnen funkelnde Schmuckstücke."

Rückkehr zu guten Sitten

Die Betroffenen selbst gewöhnen sich schnell an die gepflegten Umgangsformen. So gesteht etwa der neunjährige Alex MacPherson in einem Emily-Post-Camp, benannt nach dem weiblichen Knigge der Vereinigten Staaten: „Am liebsten habe ich früher Leute mit Pizza beworfen, aber ich glaube, mir gefällt das hier besser." Der neunjährige Jamie Ayress wurde von seinen Eltern überredet und fand es zunächst langweilig: „Aber dann habe ich eine Menge gelernt." Die achtjährige Catherine Alexander bekniete ihre Eltern gar so lange, bis sie ja sagten und sie zu einem Zwei-Wochen-Kurs nach Palm Beach ließen: „Meine Eltern glaubten, ich sei noch zu jung. Jetzt weiß ich aber, wie man sich pflegt und ein Gespräch anfängt."

Angesichts solch früher Einsicht keimen im Schlepp der guten Manieren noch andere Hoffnungen auf. So kommen im Nobel-Schmuckladen „Tiffany" in New York Sterlingsilber, diamantene Verlobungsringe und allerlei teurer Freundschaftsschmuck wieder in Mode. Und so hat ein Sprecher Grund, gemessen zu frohlocken: „Ganz offensichtlich erleben wir eine Rückkehr zu Eleganz und guten Sitten, und das war höchste Zeit..."

Vor dem Jahrestag der Katastrophe wächst bei Nippons Söhnen die Angst

Vor 60 Jahren kamen 140 000 Menschen beim Beben von Tokio um / Warten auf Wiederholung

dpa, Tokio

In Japan haben die Kassandras Konjunktur. Beim zentralen Wetteramt in Tokio, das auch für die Erdbebenbeobachtung zuständig ist, melden sich seit Anfang August täglich einige hundert Anrufer, die, von Sensationsberichten in Fernsehen und Magazinen aufgeschreckt, wissen wollen, wann und wo sich die nächste große Katastrophe denn wirklich ereignen wird.

Das Buch eines professionellen, in Fachkreisen aber umstrittenen Meteorologen, der für Mitte September den Ausbruch des schneebedeckten Fudschijama (3776 m), Japans höchsten und heiligen Berges, mit nachfolgendem „Killer-Erdbeben" in der dichtbesiedelten Kanto-Ebene um Tokio vorausgesagt hat, wurde innerhalb von Wochen zum Bestseller. In den Kaufhäusern, die vor dem 60. Jahrestag der Erdbebenkatastrophe vom 1. September 1923 ebenfalls das Geschäft mit der Angst wittern, kommen unterdessen Katastrophen-Utensilien ins Angebot: „Erdbebenrucksack", modische Feuerschutzmaske und superleichte Strickleiter aus Kunstfaser.

Berechtigte Nervosität ...

Die Gerüchte, gegen die auch beruhigende Erklärungen der Regierung nichts ausrichten, führen zu einer Nervosität, die allerdings nicht aller Grundlagen entbehrt. Japan gehört wegen seiner Nähe zu mehreren sich überkreuzenden Tiefseefurchen im Pazifik zu den am meisten erdbebengefährdeten Ländern der Erde und erlebt im Jahr durchschnittlich 1000 Erschütterungen, deren Epizentren zumeist aber weit vor der Küste liegen.

Führende Seismologen, wie Professor Hideo Watanabe vom Meteorologischen Forschungsinstitut in Tokio haben vorausgesagt, „daß ein schweres Erdbeben bis zur Stärke acht auf der Richterskala im Tokai-Gebiet zwischen Nagoya und der Hauptstadt in nicht allzuferner Zukunft wahrscheinlich ist". Und wie ein böses Omen hat erst Ende Mai ein völlig überraschendes Seebeben mit nachfolgender Springflut (Tsunami) vor der Küste der nordjapanischen Provinz Akita 102 Menschen getötet und gezeigt, wie lückenhaft das Früherkennungssystem trotz aller technischen Fortschritte noch ist.

Ebenfalls ohne Vorwarnung war am 1. September 1923 die bisher schwerste Erdbebenkatastrophe, die Japan in diesem Jahrhundert erlebte, hereingebrochen. Die Hauptstöße, die um 11.58 Uhr mit einer Wucht von 7,9 auf der Richterskala die damals 2,5 Millionen Tokioter in Panik versetzten und in der ersten Minute rund 5000 Häuser zerbersten ließen, setzten sogar die Seismographen im zentralen Wetteramt außer Gefecht. Innerhalb von zwei Tagen sanken weite Teile Tokios in Schutt und Asche. 140 000 Menschen kamen ums Leben, die meisten jedoch durch ein anschließendes Feuer.

Nicht mitgezählt sind in den offiziellen Statistiken rund 10 000 der damals in der Hauptstadt lebenden Koreaner, die Opfer eines der schlimmsten Pogrome gegen die auch im heutigen Japan noch ungeliebte Minderheit wurden. Ausgelöst wurde das Massaker durch die in der allgemeinen Panik ausgestreuten und nur allzu begierig aufgegriffenen Gerüchte, die Koreaner hätten die Trinkwasserbrunnen vergiftet und bereiteten Aufstände vor.

... und böse Aussichten

Offizielle Schätzungen, daß bei einer Wiederholung des großen Erdbebens von 1923 heute in der Hauptstadt trotz verfünffachter Einwohnerzahl nicht mehr als rund 36 000 Menschen ums Leben kämen, stoßen bei unabhängigen Experten auf Zweifel. So befand eine kürzlich veröffentlichte Studie einer Tokioter Universität, daß die Fluchtwege zu den 134 Evakuierungsstellen angesichts der zu erwartenden Panik durchweg zu lang seien, und kommt zu dem Schluß: „Die meisten werden die Sammelplätze nicht erreichen, sondern an den von flüchtenden Menschenmengen verstopften Kreuzungen zu Tode gequetscht werden."

„Wir wissen, wo das nächste Erdbeben ausbrechen wird, wir können auch ungefähr seine Stärke voraussagen. Die einzig schwierige Frage ist nur, wann es kommt", sagt Kazuo Takahashi von der Erdbebenwarte im zentralen Wetteramt. Jeweils fünf Experten werten hier im Schichtdienst rund um die Uhr mit Hilfe von Computern die Daten aus, die an 70 verschiedenen Punkten z. B. von Veränderungen in den magnetischen Strömen, im Meeres- und Grundwasserspiegel sowie von Verformungen der Erdkruste gemessen werden.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Zwischen einem Hoch über Skandinavien und einem Tief über Südfrankreich wird weiterhin Wärme, in die Nordhälfte Deutschlands aber trockenere Luft abgelenkt.

Deutscher Wetterdienst 24. August 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. bedeckt, still. Nebel. Sprühregen. Regen. Schneefall. Schauer. Gebiete: Regen. Schnee. Nebel. Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront. Kaltfront. Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Donnerstag:
Nach zögernder Dunstauflösung heiter, nur im Bergland nachmittags stärkere Quellbewölkung mit einzelnen gewittrigen Schauern. Höchsttemperaturen dort um 24, sonst nahe 28 Grad, nächtliche Abkühlung auf 18 bis 15 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Warm und trocken, in den südlichen Landesteilen zeitweise wolkig.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	29°
Bonn	25°	Kopenh.	19°
Dresden	23°	Las Palmas	22°
Essen	21°	London	17°
Frankfurt	23°	Madrid	22°
Hamburg	24°	Mailand	27°
List/Sylt	19°	Mallorca	28°
München	21°	Moskau	23°
Stuttgart	21°	Nizza	13°
Algier	26°	Oslo	16°
Amsterdam	19°	Paris	22°
Athen	30°	Prag	24°
Barcelona	22°	Rom	26°
Brüssel	20°	Stockholm	15°
Budapest	26°	Tel Aviv	31°
Bukarest	25°	Tunis	31°
Helsinki	13°	Wien	27°
Istanbul	26°	Zürich	19°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.24 Uhr, Untergang: 20.23 Uhr, Mondaufgang: 21.59 Uhr, Untergang: 9.02 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Kampf gegen die Mafia führt in Schulen und Banken

Der Präfekt von Palermo will das Land in „20 bis 25 Jahren" von jeder Fom des organisierten Verbrechens befreien

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Wie seit vielen Jahren jede neue italienische Regierung hat auch das Kabinett Craxi den entschiedenen Kampf gegen Mafia- und Camorra-Kriminalität auf seine Fahne geschrieben. Keine programmatische Erklärung dieser Art und auch keine der sich periodisch wiederholenden Massenverhaftungsaktionen vermochten freilich bisher die Kette der Gewalt zu sprengen, die Sizilien, Kalabrien und das neapolitanische Kampanien terrorisiert. Selbst der Schock, den vor einem Jahr die Ermordung des Carabinieri-Generals und Präfekten von Palermo, Dalla Chiesa, in ganz Italien ausgelöst hatte, brachte offensichtlich nicht die von der Bevölkerung erhoffte große Wende. In und um Palermo wird weiter gemordet; im kalabresischen Ort Sant'Onofrio wich gerade in diesen Tagen wieder ein Amtsträger dem mafiösen Terror: Der christdemokratische Bürgermeister trat zurück, nachdem ihm „zur Warnung" die Eingangstür seines Hauses in die Luft gesprengt worden war; und im Gefängnis von Santa Maria Capua Vetere bei Caserta demonstrierten erst vorgestern wieder inhaftierte Mitglieder rivalisierender Camorra-Gangs durch eine Schießerei ihre „Unabhängigkeit" vom Gesetz und von den staatlichen Normen des Strafvollzugs.

Ist der Kampf, den Staat und demokratische Gesellschaft gegen die tausendköpfige Mafia- und Camorra-Hydra führen, überhaupt zu gewinnen? Auf diese Frage antwortete der Dalla Chiesa-Nachfolger De Francesco, Präfekt von Palermo und Hochkommissar für die Bekämpfung des mafiösen Verbrechertums, dieser Tage mit der Versicherung: „Wir werden uns von der Mafia befreien, ebenso wie wir uns von der Camorra und von jeder anderen Form organisierten Verbrechertums befreien werden." Aber er fügte sofort hinzu: „In einem Jahr ist das freilich nicht zu schaffen. Wir brauchen 20 bis 25 Jahre – mindestens bis zum Jahre 2000, wenn wir fest und beständig bleiben."

In Interviews mit den Zeitungen „La Republica" und „La Stampa" wies De Francesco auf die „harten Schläge" hin, die Polizei und Justiz in letzter Zeit der Unterwelt zugefügt hätten. Die schwerste Aufgabe sei allerdings noch zu lösen: Man müsse das gesamte sizilianische Volk, ja die ganze Bevölkerung Süditaliens dazu bringen, gegen die Mafia Front zu machen. Man müsse die Mentalität des Volkes ändern, und deshalb sei er überzeugt, daß „der Weg des Erfolges über die Schulen führt". Hier komme man nur mühsam voran.

Der Hochkommissar führte dafür ein Beispiel an: Vor einiger Zeit habe er die Oberschulräte Siziliens aufgefordert, ihm Lehrer namhaft zu machen, die bei ihren Schülern mit besonderem Eifer das Bewußtsein für das Kriminelle der Mafia-Mentalität geweckt hätten. Diesen Lehrern habe er eine Anerkennung durch Staatspräsident Pertini verschaffen wollen. „Kein einziger Name ist mir genannt worden", sagte er enttäuscht. Er beklagte sich auch, daß keineswegs der gesamte sizilianische Klerus die kompromißlose Haltung des Kardinalerzbischofs von Palermo, Pappalardo, gegen die Mafia teile.

Zu den schwersten Schlägen, die den „Cosche" in letzter Zeit versetzt wurden, zählt zweifellos die noch von Dalla Chiesa eingeleitete umfassende Aktion zur Kontrollierung verdächtiger Bankkonten. Gelder im Werte von nicht weniger als 13 Milliarden Mark sind seitdem aus dem Umlauf verschwunden. Zahllose Konten wurden von ihren Inhabern – Strohmännern, hinter denen Mafia-„Familien" vermutet werden – einfach aufgelöst.

Was der Polizei gerade in diesem Kampf zur Aufbrechung des Mafia-Finanzimperiums freilich vorläufig noch fehlt, ist eine ausreichende Zahl qualifizierter Fahnder. Der Hochkommissar klagte: „Niemand soll glauben, daß Vermögens- und Steuererhebungen dieser Art von irgendeinem Polizisten vorgenommen werden können. Es bedarf dafür einer speziellen Vorbereitung, und die Finanzpolizei allein schafft es gar nicht."

Die Mafia-Infiltration im politischen Bereich ist nach Überzeugung De Francescos kein großes Problem mehr. Die Mafia habe heute die Politiker gar nicht mehr so nötig, wie in den Jahren, als sie sich noch vorwiegend auf dem Baumarkt betätigte. Jetzt brauchen sie vor allem Banken, um ihr aus dem Drogengeschäft stammendes schmutziges Geld reinzuwaschen.

ZU GUTER LETZT

„Bei den Umschuldungsverhandlungen in Wien saßen sich zwei Parteien gegenüber, die beide mit dem Rücken zur Wand standen." Aus „Osnabrücker Zeitung"